

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 17. Januar 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein Schurkenreich! Vierfacher Mandatsraub geplant!

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat, 1.10 Mark pro Vierteljahr, 4.20 Mark pro halbjährlich, 8.00 Mark pro jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Sozialdemokraten nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Bekanntmachung für die sechsgealtene Kolonienzeitung oder deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Streifenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Woche über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Wahlprüfungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat am Sonnabend beschlossen, Beweis darüber zu erheben, ob im 5., 6., 7. und 12. Berliner Landtagswahlkreis vom Berliner Magistrat die Wählerlisten dergestalt aufgestellt worden sind, daß für die Wähler mit einem Einkommen bis zu 3000 M. die für das Jahr 1908 zu entrichtenden Steuern zugrunde gelegt wurden; für die zur Selbsteinschätzung verpflichteten Wähler, also die Wähler mit mehr als 3000 M. Einkommen, die Steuern für das Jahr 1907. Sollte diese Tatsache ermittelt werden, so sollen nach der einmütigen Ansicht der Wahlprüfungskommission, der ja bekanntlich kein Sozialdemokrat angehört, diese vier Mandate kassiert werden. Diese Mandate sind aber im Besitz der sozialdemokratischen Abgeordneten Vörgmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann!

Tritt also das Plenum des Abgeordnetenhauses der Auffassung der Wahlprüfungskommission bei, so bedeutet das nichts Geringeres als die Ungültigkeitserklärung von vier von insgesamt nur sieben sozialdemokratischen Mandaten, von denen obendrein eins, das des Genossen Liebknecht, noch auf mehrere Monate hinaus nicht ausgeübt werden kann, weil die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes die Ausübung parlamentarischer Rechte durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten für minder wichtig hält, als die Vollstreckung der Zerstörungshaft an einem „Hochverräter“!

Noch ist es ungewiß, ob in der nächsten Woche der ohnehin so lange verschleppte Wahlrechtsantrag im Abgeordnetenhause zur Beratung gelangen wird! Die Entschcheidung der erbitterten Parteien läßt die Geldsachvertreter des Dreiklassenparlamentes eifrig kalt. Wozu gäbe es denn gegen das aufbegehrende Volk Säbel und Bajonette, wozu blaue Verhängnisspillen? Wohl aber hält es dies Dreiklassenparlament für geboten, von der ohnehin so winzigen Vertretung der stärksten Partei Preußens mehr als die Hälfte so rasch als möglich wieder hinauszujagen! So behandelt man die preussischen Geloten!

Dabei sollen die Volksrechte aber nicht etwa mit Füßen getreten werden! Gott bewahre! Schweren Herzens hat sich der Referent, Herr Fischbeck, dazu entschlossen, die Ungültigkeit der vier sozialdemokratischen Wahlen zu beantragen. Schweren Herzens auch entschloß sich die Kommission, den Anträgen Herrn Fischbecks und des Korreferenten, des konservativen Herrn Stroffer, zuzustimmen, daß bei Feststellung des oben gekennzeichneten Tatbestandes die Ungültigkeitserklärung der vier Wahlen zu beantragen sei.

Herr Fischbeck, bekannt durch sein rüchichtsloses „unentwegtes“ Eintreten für freisinnige Grundsätze, befand sich in doppelt schmerzlicher Verlegenheit. Wie gern wäre er dafür eingetreten, der ohnehin infolge der Dreiklassenmacherei lächerlich schwach vertretenen Sozialdemokratie die vier angefochtenen Mandate zu erhalten. Als Märtyrer seiner unerschütterlichen Rechtsauffassung jedoch mußte er für die Ungültigkeit der vier Mandate plädieren! Lagern doch zwei Protestgründe vor, von denen schon jeder einzelne zur Nullifizierung der vier Sozialdemokraten ausreichte. Erstlich der „Terror“, erwiesen durch eine Reihe von offiziellen Aufforderungen an die sozialdemokratischen Wähler, von der Arbeiterklasse wirtschaftlich abhängige Existenzen, wie Krämer, Bäcker, Schlächter, Grüntranhändler usw., zu sozialdemokratischer Stimmabgabe zu veranlassen. Dieser Terror sei dokumentarisch erwiesen. Und da doch die Sozialdemokratie nicht nur den „angeblichen“ Terror durch Behörden in der schärfsten Weise verurteilt, sondern auch den privaten Terror der Unternehmer gegenüber abhängigen Arbeitern — vergleiche eine neuere Auslassung des „Vorwärts“! — erfordert es die Billigkeit, auch den sozialdemokratischen Terror genau so zu werten, wie den behördlichen oder Unternehmerterror. Daß die öffentliche Abstimmung ja überhaupt den Terror zum Prinzip erhebt, von der Absicht der Einschüchterung diktiert ist, daß dies Wahlrecht des Terrors allen Lehrern, Beamten und Staatsarbeitern das freie Wahlrecht raubt, war dem ehrlichen, prinzipienfesten Herrn Fischbeck für den Augenblick wohl nur ebenso entfallen, wie die Tatsache, daß das führende Organ des Freisinn, die „Freisinnige Zeitung“, bei der Landtagswahl im Juni des vorigen Jahres den behördlichen Terror gegenüber den Beamten dazu benutzt hatte, sie vor der Wahl eines sozialdemokratischen Wahlmannes denunziatorisch zu warnen und für sich selbst einzunutzen!

Aber Herr Fischbeck führte als zweiten Kassationsgrund alsbald das noch schwerere Geschäft der Ungleichheit der Steuerberechnung ins Gesicht. Daß der Berliner Magistrat für die Steuerzahler mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark ein anderes Steuerjahr in Anrechnung gebracht habe, als für die übrigen Wähler, sei ungewisshaftig geschehen und verstoße auch gegen den ministeriellen Erlaß, wonach zwar die einzelnen Orte verschiedene Steuerjahre ihrer Klasseneinteilung zugrunde legen können, nicht aber gleiche Steuerarten nach ver-

schiedenen Jahren in Anrechnung bringen dürfen. Man sieht also: Herr Fischbeck konnte gar nicht anders, als Beweis-erhebung hierüber, und nach dem Ausfall der Beweis-erhebung Ungültigkeitserklärung der vier Mandate zu beantragen.

Und solch einleuchtenden und vom stolischen Geiste unerbittlichsten Gerechtigkeitsempfindens getragenen Darlegungen gegenüber konnte denn auch die Kommission gar nicht anders handeln, als sich dem Vorschlag des Herrn Fischbeck anzuschließen! Es war wirklich unnötig, daß von mehreren Seiten noch versichert wurde, daß man gänzlich unparteiisch verfähre und lediglich das dreimalheilige Recht zum Leitstern des Handelns mache!

Das Ergebnis dieser Debatte war schließlich das folgende: Die Untersuchung über den Terror wird einstweilen zurückgestellt, da ja schon die eventuelle Feststellung der Ungleichheit der Wählerlisten allein zur Kassierung der vier sozialdemokratischen Wahlen führen muß. Der Berliner Magistrat soll durch eine im Laufe der nächsten Woche in ihrem Wortlaut festzustellende Anfrage zur „Rückführung“ über die Grundsätze veranlaßt werden, nach denen er die Aufstellung der Wählerlisten resp. die Klasseneinteilung der Wähler vorgenommen hat.

Rüden wir nun zumal die unerbürdlichen Rechtsgrundzüge des Herrn Fischbeck und seiner Leute in etwas intensivere Beleuchtung.

Vorher jedoch sei die alberne (oder perfide?) Behauptung einer Parlamentarierkorrespondenz, der z. B. das „Berliner Tageblatt“ und die „Deutsche Tageszeitung“ zum Opfer gefallen sind, zurückgewiesen, daß ein sozialdemokratischer Wahlprotest den Fischbeckianern die Handhabe zu ihrem Viermandatsraub gegen die Sozialdemokratie gegeben habe! Die Sozialdemokratie müßte ja dann noch fanatischer aus — Recht verstehen sein wie Herr Fischbeck, wenn sie ihre Abgeordneten eines angeblichen Formfehlers des Berliner Magistrats wegen aus dem Parlament hinauspedieren wollte! Das Attentat auf die vier sozialdemokratischen Berliner Mandate ist reaktionären Ursprungs. Inwiefern konservative und freisinnige sich dazwischen zu teilen haben, mögen sie unter sich ausmachen.

Wie aber steht es um die so feierlich beteuerten „Rechtsgrundzüge des Fischbeck und seiner Hinterlassen?“

Da soll die Ungleichheit der Steuerveranlagung des Berliner Magistrats die Ungültigkeitserklärung der vier sozialdemokratischen Mandate gebieterisch erscheinen. Da ist zunächst die Frage: Befand sich der Berliner Magistrat nicht in der durch das Gesetz bedingten Zwangslage, die Wählerliste so aufzustellen, wie er sie aufgestellt hat? Das Gesetz schreibt vor, daß die Listen auf Grund der zu entrichtenden Steuern aufzustellen sind. Welche Steuern für das Jahr 1908 zu entrichten waren, stand aber bei Aufstellung der Listen für die Wähler mit einem Einkommen von weniger als 3000 M. Einkommen fest. Für die Wähler mit mehr als 3000 M. war eine solche Feststellung schlechterdings noch nicht möglich; für sie konnte nur die Steuerveranlagung für 1907 maßgebend sein! Hätte der Magistrat für die Einkommen unter 3000 M. ebenfalls die Veranlagung vom Jahre 1907 zugrunde gelegt, so hätte er 60—70 000 Wähler benachteiligt, sich den unabweisbaren Einsprüchen dieser Wähler ausgesetzt! 60 000 bis 70 000 Berliner Arbeiter und Privatbeamte wären dadurch mit einer geringeren Steuer eingestellt worden, als sie durch die Steuerdenunziationspflicht der Arbeitgeber, die doch das Dreiklassenhaus schmähtlicherweise beschlossen, zu entrichten hatten!

Der Berliner Magistrat konnte also, wollte er sich nicht die Verantwortung für eine geschehene Benachteiligung von 60—70 000 Wählern aufbürden, gar nicht anders handeln, als er gehandelt hat!

Es kommt aber noch ein Moment hinzu: Es erscheint uns völlig ausgeschlossen, daß der Berliner Magistrat die Aufstellung der Wählerlisten vorgenommen haben könnte, ohne sich vorher des Einverständnisses der Regierung versichert zu haben! Es ist uns deshalb um so wunderbarer, um so unbegreiflicher, daß sich in der Sonnabendbesitzung der Wahlprüfungskommission der Regierungskommissar, der Ober-Regierungsrat Falkenhain, dahin ausdrücken konnte, daß er die Listen-aufstellung des Berliner Magistrats „schwerlich als ordnungsgemäß“ bezeichnen könne. Weiß denn bei der Regierung die rechte Hand nicht, was die linke tut?! Angesichts dieser rätselhaften Unstimmigkeit der Regierungsvertreter muß und dingt festgestellt werden, wer denn der Regierungsvertreter war, der sich seinerzeit mit dem Berliner Magistrat ins Vernehmen setzte und dessen Vorgehen billigte!

Aber nicht nur die Wege der Regierung sind wunderbar, sondern erst recht die der Fischbeckianer mehr oder minder konservativen Einschläges.

Wenn die Listenaufstellung des Berliner Magistrats wirklich geschehridrig war, wie jetzt die Fischbeck und Konsernten so wehleidig konstataieren zu müssen glauben: warum kam ihnen denn diese Erleuchtung so auffallend spät?! Der Berliner Magistrat hat gemäß seiner Auffassung die Wählerlisten für alle 12 Wahlkreise gleichmäßig aufstellen lassen. Der von Fischbeck vertretene und von der Wahlprüfungskommission so einmütig gutgeheißene Wahlprotest hätte dann doch auf sämtliche zwölf Berliner Wahlkreise ausgedehnt werden müssen! Außer den noch übrigen zwei Sozialdemokraten Liebknecht und Ströbel hätten dann allerdings auch noch die 6 freisinnigen Berliner Abgeordneten aus dem Landtag hinausjagen müssen!

Warum also, wenn man jetzt die vier Sozialdemokraten zur Strecke bringen will, ließ man dann nicht auch die zwei übrigen Sozis und die sechs freisinnigen mitliegen?! Warum wollte man die sechs freisinnigen im Parlament lassen, die doch auf Grund der gleichen angeblichen Gesetzwidrigkeit gewählt sind wie die vier Sozialdemokraten, die man jetzt dem unantastbaren „Gerechtigkeitsprinzip“ zum Opfer bringen will?!

Nur ein Narr wartet erst auf Antwort! Der biedere mit der Reaktion bloßbrüderlich versippte Freisinn hat die Dinge eben so genial geschoben, daß an der vorsichtigen Weise so spät von ihm und den reaktionären Helfern ausgeworfenen Angel nur die vier Sozialdemokraten Vörgmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann hängen blieben, während die auf Grund derselben „Gesetzwidrigkeit“ gewählten freisinnigen Abgeordneten Träger, Gerschel, Kopisch, Müller-Sagan, Cassel und Rosenow nach wie vor dem Geldsachparlament angehören und dort bereinst mit Orden belohnte Blochhandlangerdienste leisten dürfen!

Daß dieser stamenswerte Zufall der Protestverzögerung der Fischbeck-Brüder freisinniger — konserverativer Konsernt (die Farben sind ja seit den Hottentottenwahlen bedenklich in einander geflossen!) aber kein Zufall ist, dafür wollen wir folgende Tatsachen beibringen:

Erstens: Die Freisinnigen planten ursprünglich — da sie sich doch noch nicht zu der Objektivität und dem geradezu antiken Rechthchkeitsfanatismus der Fischbeckianer aufzuschwingen vermochten — wegen der Ungleichheit der Steuerveranlagung gegen sämtliche Berliner Wahlen Protest einzulegen. Da machten aber kluge Politiker, wie die ja in Mitleidenschaft gezogenen Herren Cassel und Rosenow geltend, daß dann ja auch die sechs Berliner Freisinnmandate für ungültig erklärt werden müßten. Das zog! Umso mehr, als der Trost, daß dann außer den jetzt beanstandeten vier sozialdemokratischen Mandaten auch noch die Mandate der Genossen Liebknecht und Ströbel für ungültig erklärt würden, ein sehr magerer war: war doch deren Wiederwahl tod-sicher, da sie ja bereits von den ersten beiden Klassen gewählt worden waren! Deshalb verzichtete man auf die gänzlich nutzlose Aufsechtung der Wahl dieser beiden Genossen, um sich selbst den Verlust von sechs Mandaten zu ersparen!

Zweitens: Dr. Fischbeck versucht den „großen Unbekannten“ — ein offenbar Fischbeckianisch angelegenes Pressbureau faßelt ja sogar von einem sozialdemokratischen Protest! — für den perfid aus dem Hinterhalt abgeseuerten Protest verantwortlich zu machen! Dabei hat Fischbeck selbst einem Magistratsmitgliede ins Gesicht erklärt, daß er — natürlich nach Ablauf der Sicherungsfrist für die freisinnigen Abgeordneten Berlin — wegen der Anordnung des Berliner Magistrats Protest erheben werde!

Drittens: Herr Fischbeck, der Wortführer des Freisinn, hat während der trübsten Zeit selbst mehrere Wochen für den beurlaubten Stadtrat Vohm — den Dezerenten für Wahlsachen — das Dezerernat geführt. Er hat, obwohl er von dem Verfahren des Magistrats Kenntnis hatte und dafür als stellvertretender Dezerernat die Mitverantwortung übernahm, dies Verfahren nicht inhibiert, wie es in seiner Macht stand und seine Pflicht gewesen wäre!

Das ist der Fischbeck, der Großsigelbewahrer des Reichs, der Vertreter freisinnigen Rechtsbewußtseins!

Die Komödie ist zu ekelhaft! Das sind die freisinnigen „Wahlrechtskämpfer“! Statt ihren Beteuerungen gemäß für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu kämpfen, sind sie am Werke, dem entrechteten Volke das Wahlrecht noch mehr zu kürzen!

Die Vertretung der stärksten Partei Preußens wollen sie von sieben Vertretern auf drei vermindern!

Wui Teufel!

Nieder mit den freisinnigen Wahlrechtsräubern!
Nieder mit den Helfern und Hülfen des Terrors!
Nieder mit der Blochniedertracht!
Auf die Schanzen für das freie, gleiche Wahlrecht!

Germanisierung in der Nordmark.

Die Landräte und die ihnen ergebenden Amtsvorsteher führen ein unumkehrbares Regiment auf dem Lande. Das hat niemand treffender geschildert als der Hummer Bürgermeister Schädling in seinem Buche: „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens.“ Nirgends tritt jedoch das selbstherrliche Regiment der unteren Verwaltungsbehörden schärfer hervor als in Nordschleswig. Hier lebt noch in dem Bewußtsein der Beamten die weiland köllische Zwangspolitik. Daneben hegt eine gewissenlose Presse, die unter dem köllischen Regime entstanden ist und noch heute durch die Regierung indirekt subventioniert wird, immer von neuem gegen den dänisch gesinnten Teil der Bevölkerung und pöbelhaft die Behörden immer wieder zu Zwangsmahregeln auf. So kommt es, daß hier und dort ein Landrat oder Amtsvorsteher auf eigene Faust Germanisationspolitik im alten Stile betreibt, trotzdem seit dem Amtsantritt des jetzigen Oberpräsidenten v. Bülow bedeutend mildere Seiten gegen die Dänen aufgezogen worden sind.

Ein Fall, der in dieser Hinsicht typisch ist, hat sich vor einigen Tagen in der Nähe von Flensburg abgespielt. Der Dänische Vortragsverein für Flensburg und Umgegend hatte eine Versammlung in Pattburg bei Flensburg einberufen. Die Versammlung war eine geschlossene Mitgliederversammlung, die also nach dem Verbot nicht angemeldet werden braucht und in der auch der Gebrauch der dänischen Sprache nicht verboten werden durfte. Trotzdem erschien der Amtsvorsteher Hansen aus Bau mit einem Gendarmen, um die Versammlung zu überwachen. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung eine geschlossene Mitgliederversammlung sei, ja, ihm wurde freigestellt, zu kontrollieren, daß nur Mitglieder des Vereins Zutritt hatten. Trotzdem beharrte er auf die Überwachung und ließ sich auch nicht davon abhalten, als ihm der Vorsitzende ankündigte, daß er gegen ihn Strafantrag wegen Hausfriedensbruch stellen werde. Als darauf der Landtagsabgeordnete Rissen seinen Vortrag in dänischer Sprache begann, forderte der Amtsvorsteher den Vorsitzenden auf, den Redner zu veranlassen, sich der deutschen Sprache zu bedienen oder ihm das Wort zu entziehen. Das Ansuchen wurde abgelehnt, und darauf löste der Amtsvorsteher die Versammlung auf. Am nächsten Tage forderte der Vorsitzende vom Amtsvorsteher auf Grund des letzten Absatzes des § 14 des Reichsverfassungsgesetzes die schriftliche Begründung der Auflösung. Die Antwort lautete lafonisch, die Versammlung sei aufgelöst worden, weil sie öffentlich gewesen sei. Tatsachen wurden für diesen Auflösungsgrund nicht angeführt.

Damit war die Geschichte jedoch noch nicht erledigt. Es folgte der zweite Akt der selbstherrlichen Germanisationspolitik der unteren Verwaltungsbehörden. Einige Tage nach der Versammlung erhielt der stellvertretende Gemeindevorsteher Karsten Gregersen in Prösels nämlich ein Schreiben des Landrats, in dem es heißt:

„Da festgestellt ist, daß Sie an der Versammlung in Pattburg teilgenommen haben, ersuche ich Sie, ungehäumt Ihre sämtlichen Ämter niederzulegen.“

Der Amtsvorsteher hatte sich also nicht nur ungeschicklicherweise in eine Versammlung gedrängt, er hatte auch die Wahrnehmungen, die er dort gemacht, dazu benutzt, einen Mann zu strafen, dessen geschlechtes Recht es war, der Versammlung beizuwohnen.

Solche Maßnahmen können natürlich die Dänen Nordschleswigs nicht mit dem preussischen Regime ausöhnen, sie müssen vielmehr die Erbitterung steigern. Außer den direkt an dem Unterdrückungsriege gegen die Dänen interessierten Elementen — und das sind nicht wenige —, werden solche Maßnahmen auch von den Deutschen in Nordschleswig scharf verurteilt. Hat sich doch erst kürzlich die Stadtverordnetenversammlung in Tondern durch einen Beschluß scharf gegen die Gründung einer Ortsabteilung des „Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig“ — des Herdes der anti-dänischen Hege — ausgesprochen. Und als die „Schleswigsche Grenzpost“ in Sonderleben, das gehässigste der von der Regierung subventionierten deutschen Preßorgane in Nordschleswig, die Stadtverordneten von Tondern in maßloser Weise beschimpfte, haben diese Beschimpfung bei der Regierung eingeleitet. Die Regierung wird jetzt zeigen müssen, ob sie ihr Doppelspiel: auf der einen Seite die Betonung des milderen Kurses und auf der anderen Seite Unterdrückung der diesem milderen Kurse mit allen Mitteln entgegenarbeitenden Preßorgane, weiter treiben will. Sie wird ferner zeigen müssen, ob sie den Willen und die Macht hat, das selbstherrliche Regiment der unteren Verwaltungsbehörden zu bejähigen.

Der Versammlungsauflösung in Pattburg ist eine neue Auflösung in Flensburg gefolgt. Eine von 300 Mitgliedern des Dänischen Vortragsvereins besuchte Versammlung protestierte durch Annahme einer in deutscher Sprache abgefaßten Resolution gegen die Auflösung der Versammlung in Pattburg. Als nach der Annahme der Resolution die Versammelten ein dänisches Lied anstimmten, löste der überwachende Beamte die Versammlung auf.

Hundert Mark billiger!

Afrika-Peters hat eine gute Bitterung gehabt, als er die Verurteilung gegen das Münchener Schöffengerichtsurteil zurückzog, das den Genossen Gruber wegen Verleumdung Peters mit 500 M. Geldstrafe belegte. Der Ausgang der Verurteilungsverhandlung, die auf Grund der Verurteilung des Beklagten stattfinden mußte, hat's erwiesen. Um 100 M. billiger ist die Peters-Verleumdung der „Münchener Post“ bewertet worden.

Das ist für Peters nicht sehr tröstlich. Um so weniger, als das, was an neuen Momenten in der Verhandlung vorkam, das feststehende Urteil aller geistlichen Menschen über den von der Krenndelique als großen Kulturpionier Gefeierten nur verstärken kann. Der Zeuge Bronnart von Schellendorf, dessen Aussage das ernstliche Bestreben verrät, seinem Gegner nicht zuviel zu tun — lebt er doch auch Momente hervor, die geeignet sein könnten, Einzelheiten der Vorgänge am Klimandscharo in ein für Peters günstigeres Licht zu setzen — hat das entscheidende Wort bestätigt: „Ich trinke auf das Wohl des seligen Rabru!“

Dies Wort charakterisiert den Menschen, der es über die Lippen brachte, zur Genüge. Nach dieser Probe Peters'scher Gesinnung ist eigentlich jedes weitere Zeugnis überflüssig. Ein Mensch, der unter den Umständen, wie sie für Peters hier vorlagen, einen solchen Anspruch tun kann, hat sein Urteil in den Augen aller Leute, für die der Begriff Menschlichkeit noch nicht zum Spott geworden ist, selbst gesprochen. Dies Wort ist eine Rechtfertigung aller derer, die Peters angegriffen haben. Dies Wort ist ein Beweis. Es wirkt alle Erklärungen um, die die Kalen Peters' am Klimandscharo als notwendige Sicherungsmahregeln in gefährlicher Lage hinstellen wollen!

Trotz der Brief Baumanns, die Aussage des dem Peters befreundeten Zeugen von Pechmann, daß Prängel bei Peters'schen Expeditionen „tägliches Brot“ waren, das Urteil v. Pennigens, und so vieles andere mehr!

Das Gericht hat sich allerdings in seiner Urteilsbegründung sehr zurückgehalten. Es will nach dem Vorbild des Schöffengerichts

kein Urteil darüber abgeben, ob die Kalen Peters' durch die Lage am Klimandscharo zur Sicherung der Europäer gezwungen waren oder nicht. Es bezieht sich dafür auf die auseinandergehenden Urteile der Sachverständigen. Es meint, die Sache könne wegen der geschwächten Erinnerung der Zeugen nicht mehr vollständig geklärt werden.

Allerdings ist das Bild, das die Zeugenaussagen geben, von Prozeß zu Prozeß klarer geworden. Aber bestehen bleiben die Urteile, die im Disziplinardersfahren gegen Peters gefällt wurden auf Grund von Zeugnissen, die noch neu und frisch waren.

Jedenfalls haben alle Petersprozesse diese Urteile nicht umstoßen noch erschüttern können. Peters bleibt für alle Menschen, denen die Kolonialpolitik nicht das stiltliche Urteil verwirrt hat, die nicht um kapitalistischen Profits und sogenannter Machterweiterung des Vaterlandes willen jede Grausamkeit gegen Wilde für erlaubt halten, gerichtet.

Freilich, Peters ist kein einzelner, der gerichtliche Vertreter Peters' aber hat in seinem Plaidoyer ein Wort gesagt, das eine ins Herz treffende Kritik aller kapitalistischen Kolonialpolitik ist. Kein Land, so war der Sinn des Rosenthal'schen Satzes, hat je eine Kolonie erworben, ohne daß nach Peters'schen Rezepten verfahren wurde. Herr Rosenthal hat Recht, ganz Recht, nur zu sehr Recht. Deshalb ist ja die Kolonialgeschichte jedes Volkes ein Strom von Blut und Greueln. Und schon deshalb kann das Hoffenbewußte Proletariat nie etwas mit ihr gemein haben!

Geschäftsordnungsreform.

Aus Wien wird uns vom 15. Januar geschrieben: Man sieht sich im österreichischen Abgeordnetenhaus nun allen Ernstes an, die Frage der Geschäftsordnung irgendwie zu lösen. Der Berichterstatter des Geschäftsordnungsaußschusses, der jüngst zum Abgeordneten gewählte deutsch-nationale Abgeordnete Steinwender, hat bereits einen Entwurf ausgearbeitet, und der Ausschuss soll nächste Woche, bevor das Haus seine Arbeiten wieder aufnehmen wird, in die Verhandlung der Sache eingehen, die zu den schwierigsten Parlamentarisproblemen gehört. Mehr noch als in jedem anderen Parlament, obwohl sie es überall ist, erweist sich die Frage der Geschäftsordnung in Oesterreich als eine Frage der Macht, in der um mehr geungen wird, als um die simple Sache der richtigen technischen Bestimmungen für den Gang der parlamentarischen Arbeit. Es ist also gar nicht ausgemacht, obwohl das Urteil über die Unerträglichkeit der gegenwärtigen Zustände nicht schwankt und an ihrer Verbesserung eigentlich alle Parteien interessiert sind, ob der neueste Versuch, die alte Geschäftsordnung (sie stammt unbedeutend aus dem Jahre 1878) zu reformieren, mehr Erfolg haben wird, als alle bisherigen, die ausnahmslos gescheitert sind.

Die Geschäftsordnung des österreichischen Abgeordnetenhauses ist heute deshalb ein parlamentarisches Unikum, weil sie die Obstruktion geradezu funderleicht ermöglicht. Würde man den Unterschied zwischen der Geschäftsordnung des Deutschen Reiches und der des österreichischen Abgeordnetenhauses darzulegen haben, so müßte man sagen, daß im Reichstage überhaupt nicht obstruiert werden kann, in Oesterreich eigentlich obstruiert werden muß. Die Verhandlungen des Reichstages zu erschweren, zu hemmen oder stillzusetzen, ist einfach unmöglich; die größte Minorität ist außerstande, der absoluten Geltung des Mehrheitsprinzips irgendwie Abbruch zu tun. Was aber vermag im österreichischen Abgeordnetenhause heute eine selbst kleine Minorität? Zur Einbringung von Dringlichkeitsanträgen genügen 20 Unterschriften; diese Dringlichkeitsanträge, in der Materie ganz unbegrenzt, gehen aber jeder Tagesordnung voran, selbst einer, die nur die Fortsetzung einer Beratung wäre.

Fünfzehn Abgeordnete können eine Interpellation einbringen und jede Interpellation kann so lang sein, als sie mag (es hat schon solche, die 40 Drucksseiten lang waren, gegeben), und alle müssen in derselben Sitzung, in der sie eingebracht wurden, wirklich verlesen werden. Vor jeder Abstimmung muß auf Verlangen von 20 Abgeordneten eine Pause von 10 Minuten eintreten. 50 Abgeordnete können eine Abstimmung durch Namensaufruf erzwingen (und was der Namensaufruf von 516 Mitgliedern an Zeit kostet, kann man sich ausrechnen) und die Gelegenheiten zu Abstimmungen können durch die zu Beginn der Sitzung über Antrag vorzulesenden Petitionen weit über jeden denkbaren Bedarf gesteigert werden. Alles das, und manches andere noch, gibt es im Reichstage nicht, dessen Geschäftsordnung nach den Abänderungen während des Kampfes um den Zolltarif der Minorität auch nicht die kleinste Möglichkeit gelassen hat, der Majorität auch bloß unangenehm zu werden, geschweige, sie in ihrem Beschließungshandwerk irgendwie zu füren. Daß durch diese Beherrschung der Minorität die Kraft des deutschen Reichstages außerordentlich geschwächt worden ist, steht wohl außer allem Zweifel, wie überhaupt ein Parlament mit gar zu weit getriebenem Ordnungssinn nichts weniger als ein Ideal ist. Das österreichische Abgeordnetenhause stellt freilich nach der anderen Seite das Extrem dar, und es gibt sicherlich in der ganzen Welt kein Parlament, das in ähnlich verworrener und verwirrender Weise seine Geschäfte führen würde. Es ist wirklich ein Wunder, daß es trotzdem geht; und das Parlament des allgemeinen Wahlrechts muß aus gutem Holze gemacht sein, daß es mit der erschrecklichen Schlampe immer noch fertig geworden ist.

Nun wäre es freilich das einfachste, alle diese Gelegenheiten zur Obstruktion zu beseitigen, und tatsächlich strebt der Vorschlag des Referenten nichts anderes an. Nur daß eben dann zweierlei zu erwägen ist. Erstens, daß die Reform, die nur im Wege der Tagesordnung beschloffen werden kann, praktisch nicht leicht durchgeführt werden kann, nachdem sie mit demselben geringen Strafaufwand zu verhindern ist, mit dem im österreichischen Abgeordnetenhause alles verhindert werden kann; und zweitens, daß eine Geschäftsordnung, welche den Minoritäten die Rechte gar zu empfindlich einschränken würde, die Gefahr einer Partei-herrschaft heraufbeschwört, die in dem Nationalitätenstaate, wo die Minoritäten nicht nur Parteien und Klassen, sondern auch Nationen sind, schlechthin unerträglich wirken würde. Die Obstruktion ist ja eine Landplage geworden und ihre so leichte Erreichbarkeit ist die Krankheit des neuen Hauses, das trotz aller Arbeitsbereitschaft der überwiegenden Mehrheit des Hauses zu keinem ruhigen Atemzug kommt. Aber die Möglichkeit der Obstruktion wirkt doch wieder als ausgleichendes, die Parteitranstanz hemmendes, als das regulierende Prinzip des Parlamentarismus, und sie aus der Geschäftsordnung zu tilgen, hieße das Parlament der scharfenlosen Herrschaft einer Mehrheit aus Deutsch-Österreichern und Slawen ausliefern, deren Streupellosigkeit und Selbstsucht durch keine Ermäßigungen der Willigkeit getrübt wäre. Daß sich auch die Sozialdemokratie, die dauernde Minorität des bürgerlichen Parlamentarismus, die Waffe nicht entwenden lassen kann, die sie vor gewalttätigen Angriffen auf das Recht des Proletariats bewahrt und ihr den der Bedeutung des Proletariats innerhalb der Wählerschaft entsprechenden Einfluß im Parlament sichert, ist danach einleuchtend; so hoch kann ihr der Parlamentarismus nicht stehen, daß die Rücksicht auf seine Funktion das Gewicht der proletarischen Interessen zurückdrängen dürfte. Deshalb wird unsere

Fraktion die Reform der Geschäftsordnung wohl unterstützen, aber die Ausführung eines Parteideregiments zu hindern wissen.

Der Kampf wird sich vorzugsweise um die Erhaltung der Dringlichkeitsanträge bewegen, denen der Referentenvorschlag alle Bedeutung nehmen will. Sie sollen künftig, statt sofort, am Schluß der Sitzung zur Verhandlung kommen, und die Debatte über die Dringlichkeit soll auf die bloße Begründungsrede des Antragstellers reduziert werden. Damit würde ihnen das Ausgrot gebrochen und ihre Bedeutung als parlamentarische Einrichtung wie als Obstruktionsmittel gleichermaßen ausgelöscht. Demgegenüber vertritt der Sozialdemokratische Verband die Anschauung, daß an der Einrichtung, die aus prinzipiellen Gründen notwendig, aus sachlichen nützlich ist, im Wesen nichts geändert werden darf, die Reform nur in der Eindämmung der Zahl der Dringlichkeitsanträge, also der Erhöhung ihrer notwendigen Unterstüpfung, bestehen darf. Es wird wohl auch so geschehen, da gegen den Willen unserer Fraktion die Reform unmöglich ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar 1909.

Arbeitskammern.

Aus dem Reichstage, 16. Januar. Um die Bette bemühten sich heute zwei Vertreter der christlichsozialen Arbeiterbewegung, der Stöckerling Behrens und der Zentrumsmann Giesberts, nachzuweisen, um wie viel näher sie dem Regierungserzzen stehen müßten als die klassenkämpferischen Sozialdemokraten. Daß Legien nicht nur als Gewerkschaftler, sondern auch als Sozialdemokrat gesprochen hatte, war dem kaplanfrommen Sinne des Herrn Giesberts unverständlich. Er versuchte sich an dem beliebten Spiel, Unfrieden zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu stiften, mit den alten abgedroschenen Mitteln, mußte aber doch zugeben, daß an den Forderungen, die die Sozialdemokratie an den Gesetzentwurf stellt, „manches berechtigt“ sei.

Mit weit größerem sozialpolitischen Verständnis als die beiden Christen trat der Pole Kulerski an die Sache heran. Genau wie Legien das auch getan, bekämpfte er die kapitalistische Legende von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit.

In energischer Weise wies dann Genosse Sebering die Anpassungen Giesberts jurid. Gegenüber mißverständlichen Auslegungen präziserte er die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu dem Gesetzentwurf dahin, daß die Partei für Arbeiterkammern sei, wenn diese hauptsächlich eine gutachtliche Tätigkeit ausüben sollen; wir würden uns aber auch mit Arbeitskammern einverstanden erklären können, wenn sie Exekutivbefugnisse erhalten würden. Davon sei aber leider in dem Gesetzentwurf nichts zu spüren. Gelänge es, dem Gesetze eine für die Arbeiter wirklich ersprießliche Gestalt zu geben, dann würde die sozialdemokratische Partei ihre Mitwirkung nicht versagen.

Der Entwurf wurde einer 25gliedrigen Kommission überwiesen.

Großindustrielle und Regierung.

Das schöne Dienstverhältnis der preussischen Regierung zu den rheinischen Kohlen- und Eisenmagnaten illustriert treffender, als lange Auseinandersetzungen es vermöchten, das nachfolgende Telegramm des Wolffschen Telegraphenbureaus:

Mülheim (Ruhr), 16. Januar. Die Firma Rath, Stinnes, die größte Koedereifirma auf dem Rhein und durch ihren Besitztum einer der wichtigsten Faktoren im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier, feierte heute ihr hundertjähriges Jubiläum. Die Behörden waren vertreten durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Freiherrn von Schorlemer-Lieser, den Regierungspräsidenten von Düsseldorf Schreiberden Berghauptmann des Oberbergamts in Dortmund Liebrecht sowie die Oberbürgermeister von Mülheim und Essen. Ferner waren anwesend Wirklicher Geheimrat Erzengel Hann, Senator Wessels-Bremen als Vertreter der Vinnenschiffahrt-Berufsgenossenschaft, sowie Deputationen aller Vereinigungen, die mit der Schifffahrt auf dem Rhein oder dem Kohlenbergbau in Beziehung stehen, so des rheinisch-westfälischen Kohlen-syndikats, der rheinischen Kohlenhandel- und Koedereigesellschaft, der vereinigten Koeder vom Ober- und Mittelrhein, des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen u. a. Weiter nahmen an der Feier teil die Chefs aller großen Handlungshäuser der Rheinprovinz. Seine Majestät der Kaiser hat einer Anzahl verdienter Beamten und Schiffer des Hauses Rath, Stinnes Auszeichnungen verliehen, die durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz überreicht wurden.

Die Simultanschule in Württemberg.

Stuttgart, 16. Januar. (Telegraphischer Bericht.) In der heutigen Sitzung der Württembergischen Zweiten Kammer fiel bei Beratung der Volksschulnovelle die Entscheidung über die Einführung der Simultanschule. Die Sozialdemokratie beantragte, daß es den Gemeinden gestattet sein solle, an Stelle der Konfessionsschule die Simultanschule einzuführen. Die Volkspartei beantragte daselbe mit der Einschränkung, falls dadurch eine Verbesserung des Volksschulwesens wesentlich erzielt wird. Weiter stellte die Volkspartei den Eventualantrag, daß 15 Proz. Erziehungsberufte (Väter) für ihre Kinder die Simultanschule verlangen können neben der Konfessionsschule. Der Regierungsentwurf will das Recht für Errichtung einer Konfessionsschule bereits zugestehen, wenn von 90 Familienvätern 31 das verlangen. Der Kommissionsantrag will erst 300 Vätern das Recht zugestehen, eine Simultanschule für ihre Kinder zu verlangen, falls keine nachteilige Zerspaltung des Schulwesens eintritt. Bei der Abstimmung stimmte die Volkspartei und Sozialdemokratie für den sozialdemokratischen Antrag, der abgelehnt wurde. Ebenso wurde der volksparteiliche Antrag abgelehnt mit demselben Stimmenverhältnis. Auch der Antrag, daß 15 Proz. Väter eine Simultanschule verlangen können, wurde abgelehnt. Es blieb noch der Antrag, daß 300 Väter die Simultanschule verlangen können, und der Regierungsentwurf übrig. Der Antrag der Kommission hätte zur Folge gehabt, daß die Simultanschule neben der Konfessionsschule nur in 2 oder 3 größeren Städten möglich geworden wäre, während in kleineren Gemeinden, die am schwersten unter der Zerspaltung zu leiden gehabt hätten, es bei der Konfessionsschule geblieben wäre. Gegen den Antrag der Kommission stimmten das Zentrum, der Bauernbund und 8 unserer Genossen, während drei Genossen dafür stimmten und 5 Genossen sich der Stimme enthielten.

Der Kommissionsantrag fiel somit mit 38 gegen 45 Stimmen. Die Regierungsvorlage ist angenommen worden, welche also jede Simultanschule ausschließt. Was zur Zerspaltung der Stimmen unserer Genossen geführt, ist noch nicht bekannt. Man muß die Gründe erst abwarten.

Auch eine Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung.

Das Oberkriegsgericht des 14. Armeekorps in Karlsruhe hat am Freitag den Russetler Schmojn vom 8. badiſchen Infanterie-Regiment in Laſch zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er:

1. In den ſozialdemokratiſchen „Volkſfreund“ in Karlsruhe Briefe geſchrieben und damit eine ſozialdemokratiſche Geſinnung betätigt.

2. In einem dieſer Briefe den Hauptmann und Kompagniechef Kummert beleidigt hat.

Der Fall dürfte in den Annalen der gewiß an Seltenheiten nicht armen Militärgerichtsbarkeit einzig daſtehen. Er ſei in möglichſter Kürze hier wiedergegeben:

Am 14. April deſ vorigen Jahres enthielt unſer Karlsruher Parteiorgan die folgende Notiz:

„Laſch, 14. April. O, welche Luſt, Soldat zu ſein! Am Montag vor acht Tagen verſuchte ein Soldat der 1. Kompagnie deſ Infanterie-Regimentes Nr. 169 ſich zu erhängen. Er konnte noch rechtzeitig am Selbſtmord verhindert werden. Fortgeſetzte Mißhandlungen ſollten ihn zu dieſem Schritt getrieben haben. Wir empfehlen der Militärbehörde, dieſen Fall zu unterſuchen.“

Schmojn geriet dadurch in den Verdacht, der Verfaſſer oder Veranlaſſer der Notiz zu ſein, daß man bei einer Schrankeiſion das Konzept eineſ Briefeſ an den „Volkſfreund“ fand. Der Kompagniechef, Hauptmann v. Kummert, fühlte ſich durch die Notiz beleidigt. Gegen Schmojn wurde deſhalb Anklage erhoben. Das Kriegsgericht ſprach ihn jedoch frei, da in der Notiz keine Beleidigung deſ Hauptmannſ liege.

Run ſchrieb Schmojn einen zweiten Brief an den „Volkſfreund“ und beſchwerte ſich über die Leiden, welche er als Rekrut von den „Alten“ durch Schimpfſprüche, Stöße vor die Bruſt, Fußtritte uſw. auszuſtehen habe. Zugleich bat er um eine Geldunterſtützung. Damit ihm dieſe gewährt werden könne, ſchickte die „Volkſfreund“-Redaktion den Brief an den ſozialdemokratiſchen Vertrauensmann in dem Garniſonorte Laſch.

Auch von dieſem Briefe erhielt die Militärbehörde Kenntnis. Der Gerichtsherr legte nun gegen deſ freisprechende Kriegsgerichtliche Urteil Verfuſung an daſ Oberkriegsgericht Karlsruhe ein. Die Anklage wurde um daſ Delikt erweitert: Betätigung ſozialdemokratiſcher Geſinnung durch daſ Schreiben eineſ Briefeſ an daſ ſozialdemokratiſche Blatt.“ Am 1. Auguſt 1908 wurde Schmojn, obwohl der Anklageverteiler Freisprechung beantragte, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Anſicht deſ Anklageverteilerſ ging lokalweiſe dahin: eine Betätigung ſozialdemokratiſcher Geſinnung ſei in den zwei Briefeſ nicht zu erblicken. Von dem zweiten Briefe habe die „Volkſfreund“-Redaktion nicht einmal Gebrauch gemacht. Wegen Schmojn ſich über die Mißhandlungen in der Kaſerne beſchwert habe, ſo ſei daſ von ſeinem Standpunkt aus begreiflich geweſen. Leider drang der Anklageverteiler mit dieſer Anſchauung nicht durch. Schmojn wurde ſofort in Haft genommen und in dieſer bis Ende November feſtgehalten. Inzwiſchen hatte ſich nämlich daſ Reichsmilitärgericht — auf Verfuſung von beiden Seiten — mit der Angelegenheit zu befaſſen. Es verwarf die Rekuſion deſ Schmojn, gab aber der deſ Gerichtsherrn ſtatt, da Schmojn in den geſchriebenen Briefeſ eine ſozialdemokratiſche Geſinnung betätigt habe.

Am Freitag verhandelte nun daſ Oberkriegsgericht Karlsruhe wiederum über die Sache. Daſ Endergebnis war: Schmojn wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. — Daſ Gericht erblickte in den Briefeſ deſ Soldaten an eine ſozialdemokratiſche Zeitungsredaktion eine Betätigung ſozialdemokratiſcher Geſinnung. Zugleich fand eſ durch die „Volkſfreund“-Notiz deſ Hauptmann v. Kummert beleidigt. Von der erſtlichen Unterſuchungſtaſ wurden Schmojn 3 Monate angerocht.

Gegen den „Volkſfreund“ iſt man nicht vorgegangen aus begreiflichen Gründen! Den Rekuſulen aber ſteht man 4 Monate im Loch, obwohl er ſich — darauf deuten alle Umſtände hin — der Tragweite ſeiner Handlungweiſe durchauſ nicht bewußt war.

Zur Befreiung zweier Dampfer der Boermann-Linie.

Zu der franzöſiſchen Meldung von der angeblichen Befreiung der beiden Boermann-Dampfer „Maria Boermann“ und „Henriette Boermann“ durch den liberaliſchen Kreuzer „Zar“ teilt die Boermann-Linie mit: Von einer Befreiung der Dampfer kann keine Rede ſein. Die Dampfer ſind nur angehalten und durch einige Stunden Aufenthalt beſchäftigt worden. Die Boermann-Linie hat ſich bereits beſonderſefährend an daſ kuſtwärtige Amt gewandt. Einer der aufgehaltenen Dampfer iſt übrigens bereits in Hamburg eingetroffen.

Uebrigend liegt der Vorfall ſchon mehrere Wochen zurück. Der Dampfer „Maria Boermann“ befindet ſich bereits wieder im Hamburger Hafen.

Initiativantrag.

Am Mittwoch ſoll der von der ſozialdemokratiſchen Fraktion im Reichſtage geſtellte Antrag auf Regelung der Rechtsverhältniſſe der landwirtiſchaftlichen Arbeiter und deſ Geſindeſ zur Beratung gelangen. Als Redner hat die Fraktion die Genoffen Dreh und Stadthagen beſtellt.

Graf v. Hompeſch, der Alterspräſident deſ deutſchen Reichſtage und Vorſitzende der Zentrumſraktion, wurde am Donnerſtag abend von einem Schlaganfall getroffen. Sein Befinden ſoll zu ernſten Beforgniſſen Anlaß geben. — Hompeſch iſt 63 Jahre alt; er vertritt den Wahlkreis Düren-Jülich.

„Schinderhacker“.

Wie wir am Dienſtag mitteilten, hatte die Lübecker Strafkammer die Urteilverleumdung gegen den Genoffen Stellung auf Sonntag verſchoben. Ein Telegramm meldet unſ, daß Stellung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden iſt.

Es handelt ſich um den Artikel „Schinderhacker“, den der „Lübecker Volksbote“ aus dem „Vorwärts“ abgedruckt hatte; um jenen Artikel, der objektiv die ſkandalöſen Soldatenſchinderereien kritiſierte, die im vorigen Jahre zu einer Serie ſensationeller Mißhandlungſprozeſſe führten. Aus der Kritik am System machten der Kriegsminiſter v. Einem und die gefügige Staatsanwaltschaft eine „Beleidigung ſämtlicher Offiziere und Unteroffiziere deſ deutſchen Heereſ“! Auf dieſen Veim iſt nun auch die Lübecker Strafkammer getroffen, indem ſie über Stellung die oben genannte Strafe verhängte.

Es verſteht ſich von ſelbſt, daß Genoffe Stellung Reviſion einlegen wird.

Der Prozeß gegen den „Vorwärts“ dürfte im Februar vor ſich gehen.

Amtsdichterliche Auslegung deſ Vereinsgeſetzeſ.

Am 1. November fand in Dortmund eine Mitgliederverſammlung deſ ſozialdemokratiſchen Vereinſ für den Wahlkreis Dortmund-Görde ſtatt. Zu der Verſammlung hatten nur Vereinsmitglieder Zutritt. Eſ wurde ſtarke Luſtkontrolle ausgeübt. Die Behörde erklärte die Verſammlung trotzdem für eine öffentliche, weil an derſelben nicht nur die Genoffen der Stadt Dortmund, ſondern auch die Genoffen der Landorte teilnahmen. Der Veranſtalter der Verſammlung, Parteifreſkär Genoffe Klugſch, erhielt deſhalb einen amtſdichterlichen Strafbefehl über 50 M. Daſ Dortmunder Schöffengericht hat dieſe Verſtöruſung unter der folgenden Begründung beſtätigt:

„Als öffentliche Verſammlungen ſind nicht nur ſolche anzueſehen, die als öffentliche veranſtaltet werden, ſondern im Gegenſatz zu den eigentlichen geſchloſſenen Verſammlungen, entſprechend der geltenden Rechtsprechung, inſofern auch die Verſammlungen ſolcher Vereine, die nach räumlicher Ausdehnung deſ Gebietes, daſ ſie umfaſſen, wie nach der Zahl ihrer Mitglieder ſo groß ſind, deren Organisation eine ſo loſe, bei denen der Erwerb und der Verluſt der Mitgliedschaft an ſo geringe Vorausſetzungen gebunden und ſo wechſelnd iſt, daß von ihnen nicht ſagte werden kann, ihre Mitglieder bilden einen in ſich geſchloſſenen, beſtimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter ſich verbundenen Perſonen.“ Eſ iſt Verfuſung eingelegt.

Politik in Kriegervereinen.

Wohl ſie bei der Stadtverordnetenwahl in Mülheim a. Rhein ſozialdemokratiſch geſtimmt haben, wurden fünf Mitglieder aus dem dortigen Kriegerverein ausgeſchloſſen.

Zugleich wird aus Cuſtrich (Rheinprovinz) berichtet, daß der dort neu gegründete „Verein der Waffenbrüder“ erſt dann die behördliche Genehmigung erhielt, nachdem, wie eſ der Oberſte der Kriegervereiner deſ Regierungebezirkſ Köln verlangt hatte, der biſherige Vorſitzende ſein Amt niedergelegt hatte. Dieſen Mann wurde nämlich zur Laſt gelegt, daß er bei der jüngſten Stadtverordnetenwahl für den Kandidaten Mey geſtimmt habe. Mey iſt aber nicht etwa ein roter Umſtürzler, ſondern nur ein — Demokrat.

Reichstagskandidatur in Schrimm-Schroda.

In dieſem Wahlkreis hat demnächſt eine Radikaliſ zum Reichſtage ſtatzufinden. Die Polen haben als Kandidaten den Landtagſabgeordneten v. Kiegotowski aufgeſtellt. Der Kreis iſt ſicherer polniſcher Beſitz.

Gestorbene Politiker.

In Bonn iſt heute morgen der Reichſtagſabgeordnete Geheime Sanitätsrat Dr. Ruegenberg im Alter von 63 Jahren geſtorben.

Dr. Ruegenberg gehörte dem Zentrum an und vertrat ſeit dem Jahre 1903 den Wahlkreis Aſenau-Jell-Rochem.

Ferner ſtarb in Bremen der frühere Vertreter Bremend im Reichſtage, der Senator und Großkaufmann Freſe im Alter von 66 Jahren.

Freſe hat von 1893—1903 dem Reichſtage als Vertreter der Freiwünnigen Vereinigung angehört.

Verichtigung. Herr Friß Wey, Herausgeber der „Zeitfragen“, erſucht und um Aufnahme folgender Zuſchrift:

In die Redaktion deſ „Vorwärts“, Nr. 12 deſ „Vorwärts“ enthält unter der Ueberschrift „Aus dem bürgerlichen Preßkampfe“ die Mitteilung, daß der Schriftſteller Hermann Daſſel früher Redakteur der „Zeitfragen“ geweſen ſei. Ich erſuche um Aufnahme folgender Verichtigung: Eſ iſt unwaſr, daß Daſſel jemals Redakteur der „Zeitfragen“ war. Friß Wey, Herausgeber der „Zeitfragen“.

War dieſelbe Herr Daſſel nur Mitarbeiter der „Zeitfragen“?

Die Balkanfrage.

Aus Wien wird gemeldet, daß die unterbrochenen Verhandlungen zwiſchen Bulgarien und der Türkei wieder aufgenommen werden ſollen. Die Türkei wolle ihre Anſprüche auf 160 Mil. Frank reduzieren, Bulgarien ſei bereit, 120 Mil. zu bewilligen. Da die Differenz ſo gering iſt, iſt eine Einigung wahrſcheinlich.

In Serbien hat daſ Kabinett Beliniſch angeſichts deſ Zutrittſ der Skupſhina neuerlich ſeine Demiſſion gegeben, die wahrſcheinlich angenommen werden würde. Eſ ſoll ein neues Koalitionſminiſterium gebildet werden.

In Wien ſind Gerüchte verbreitet, daß Fürſt Nikola von Montenegro abgedankt habe; ſein Nachfolger ſoll nicht der Erbprinze Danilo, ſondern deſſen jüngerer Bruder Mirko werden. Eine Beſtätigung dieſer Gerüchte iſt abzuwarten.

Frankreich.

Jaurès gegen die Marokkopolitik.

In der Marokkodebatte übte Jaurès ſcharfe Kritik an dem Vorgehen der Regierung. Er anerkannte zunächſt, daß die Regierung trotz der Fehler Ruſſlands mit Erfolg an der Erhaltung deſ Friedens im Balkangebiet und an dem Zuſtandekommen deſ öſterreichiſch-türkiſchen Abkommens mitgearbeitet habe. Für die franzöſiſche Marokkopolitik empfahl Jaurès Klarheit und Entſchiedenheit. Nachdem Frankreich den neuen Sultan anerkannt habe, müſſe eſ ihm ſeine Aufgabe erleichtern und ihn nicht bloſtellen. Man dürfe nicht eine ſofortige Zahlung der Kriegſtoſſen erwarten. Marokko müſſe vollſtändig geräumt werden. Jaurès ſagte ſodann, die Beſetzung deſ öſtlichen Marokkoſ dauere, wie der Bericht deſ Generalſ Duauten zeige, fort. Miniſter Piſchon erklärte, dieſe Verhalte ſich nicht ſo. Jaurès beſand auf Mitteilung deſ Berichtſ Duauten. Miniſterpräſident Clemenceau erwiderte, die Regierung könne nicht alle Berichte ihrer Vertreter zur Kenntnis bringen. (Lärm auf der äußerſten Linken.) Miniſter Piſchon fügte hinzu, eſ gebe diplomatiſche Schriftſtücke, die nicht veröffentlicht werden könnten. Trotz der gegenteiligen Behauptung Piſchonſ erklärte Jaurès, der Bericht Duautenſ enthalte den Plan zur Beſetzung deſ Marokkoſ durch Ausbau eineſ Wohngebietſ zur Erſchließung deſ Gebietes bis zum Waduiſafluſſe und ſogar noch darüber hinaus. Auch der Geſandte Regnault habe in ſeinem Berichte über dieſen Plan geäußert, daſ Projekt Duautenſ werde Mulay Hafid Frankreich gegenüber argwöhnlich machen. Piſchon erklärte, dieſe Note Regnaultſ nicht zu kennen; ſolange er die Verantwortlichkeit als Miniſter habe, werde der Bericht Duautenſ nicht veröffentlicht und nicht einmal der Kommiſſion mitgeteilt werden, der er jede ſonſtige gewünschte Auskunft geben werde. (Lebhafter Beifall auf der Linken und im Zentrum.)

Jaurès wandte ſich hierauf zur Beſprechung der allgemeinen politiſchen Lage Europas und erklärte, man habe ihn einmal vorgeworfen, daß er im Namen Deutſchlands ſpreche, als er einige Einwendungen hervorhob, die von dort kommen könnten. Nach wie vor weiſe er im Namen Frankreichſ auf die Quellen hin, von denen Schwierigkeiten kämen. Bedauer beglückwünſchte dann den Miniſter Piſchon zu der maßvollen Haltung, die er in der Orientfrage eingenommen habe und ſproch ſeine Genugtuung darüber aus, daß außer Frankreich auch Deutſchland in gleicher Weiſe im Intereſſe deſ Friedens tätig geweſen ſei. Was die anderen Mächte anbelange, ſo habe Ruſſland anſtändig der Balkanwirren alles verſucht, ſein geſchwächteſtes Vreſtge bei den ſlawiſchen Völkern wieder herzuſtellen. England habe die Orientereigniſſe mit gemiſchten Empfindungen angeſehen, beſonders ſei die Haltung, welche ein Teil der engliſchen Preſſe beobachtet habe, zu bedauern. Jaurès belonte am Schluſſe ſeiner Rede, daß Frankreich ſich von der Marokkofrage befreien müſſe, um wirksam für die Aufrechterhaltung deſ Friedens tätig ſein zu können.

Türkei.

Aus dem Parlament.

Konſtantinopel, 15. Januar. (Deputiertenkammer.) Der Finanzminiſter beantwortete heute eine Interpellation wegen der noch nicht erfolgten Einbringung deſ Budgetſ. Er erklärte, trotz aller Mahnungen ſeien die Einzelbudgetſ noch nicht eingebracht. Daſ Haus beſchäftigte ſich ſodann mit den in Haft befindlichen Würdenträgern deſ alten Regimeſ. Ueber die Frage, wie weit ſie zur Verantwortung zu ziehen ſeien, entſpann ſich eine lebhafteste Debatte, die ſchließlich auf Montag verlegt wurde.

Aus der Partei.

Anerkennung.

Die „Rhein. Weiſt. Ztg.“ iſt ganz entzückt von einem Artikel deſ Genoffen Karl Leuthner in den „Sozialiſtiſchen Monatsheften“, in dem ſich höchſt überflüſſige, zum Teil ſehr mißverſtändliche Bemerkungen über die Auffaſſung deſ nationalen und internationalen Problems durch die Sozialdemokratie finden. Mißverſtändlich, wie Leuthnerſ Problemſtellungen an ſich ſind, provozieren ſie geradezu die Gefahr, von bürgerlicher Seite ausgeſchaltet zu werden. Daſ Organ der alldeuſchen Scharfmacherei erhebt auch bereits Leuthner zu „den geiſtig am höchſten Stehenden unter ſeinen geſinnungsverwandten Genoffen“, der, wenn auch mitunter auf falſcher Fährte, ſo doch im allgemeinen mit ſeiner Theorie über Entwicklung deſ Nationalgefühls durchaus daſ Richtige“ treffe. Und ſofort mißbraucht daſ Scharfmacherei dieſe Theorie zu einer Heiße gegen die Dänen und Franzoſen im Deutſchen Reich.

Man ſieht, Leuthner hat mit ſeinen Anhängern Pech, aber iſt er daran wirklich ganz unſchuldig?

Unſere Toten. In Hannover (Kreis Stade) ſtarb am Mittwoch ein verdienter Parteiveteran, der Genoffe Heinrich Schulz im Alter von 80 Jahren. Daſ „Harb. Volksbl.“ widmet dem Verſtorbenen folgenden ehrenden Nachruf: Der alte Kämpfer war trotz ſeines hohen Alters von ſeltener Friſche und geiſtiger Regiamkeit. Er ſtand ſeit dem Jahre 1867 in der Bewegung und war Mitglied deſ Allg. deutſchen Arbeitervereins. Alte Harburger Genoffen kennen ihn noch genau. Von Beruf Lehrer, machte er ſich durch ſeine freiheitlichen Betreibungen unumgänglich. Er arbeitete abwechſelnd in Schleſwig-Holſtein und der Provinz Hannover, war ſechszeitig als der beſte Ballmaler auf der großen Gummiſabrik bekannt und erlernte außerdem noch die Tuchweberei. Seit etwa achtzehn Jahren ernährte er ſich als Weber in Hornburg, bis eſ nicht mehr ging. Da er inſolge der niedrigen Rente, die er bezog, in Bedrängniſ geriet, nahm ſich der ſozialdemokratiſche Verein deſ 17. hannoveriſchen Wahlkreiſes brüderlich ſeiner an und erleichterte ihm den Lebensabend nach Möglichkeit durch entſprechende Unterſtützung. Er, der einſt ſo fröhlich die Fidei ſtrich — er war Gründer und erſter Geſanglehrer deſ Arbeiter-Sängerbundeſ in Harburg — hat nun Ruhe. Bis zuletzt hand er in enger Fühlung mit der Parteileitung, an allen politiſchen Ereigniſſen nahm er Anteil.

In New York iſt Genoffe Gottſchall, einer der eifrigſten und tätigiſten New Yorker Parteigenoſſen und Mitbegründer der „New Yorker Volkszeitung“, im Alter von 69 Jahren dem Magenkrebde erlegen. Genoffe Hermann Gottſchall iſt in Düſſeldorf geboren und war ſeit 1867 in New York tätig.

Ein ſozialiſtiſcher Bürgermeiſter, der erſte im Lande, wurde vom Stadtrat zu Kofaniz (Bulgarien) gewählt, nachdem die Liſte der vereinigten Oppoſitionsparteien bei den Gemeindevahlen geſiegt hatte.

Polizellliches, Gerichtliches uſw.

Eine biſig reparierte Reichsverbänderchere. Vor dem Schöffengericht Wahrenth hatte ſich am Donnerſtag Genoffe Friß Buchta von der „Frankiſche Volksſtaube“ wegen Beleidigung deſ Reichsverbänderchereſ Dr. Rainer in Wamburg zu verantworten. Dem Angeklagten war ein Brief „zugeſchrieben“, den Dr. Rainer in ſeiner Eigenſchaft als Leiter deſ Reichsverbänderſ für Oberfranken an den Landrat Weiſ in Arzberg gerichtet hatte, in dem er leſteren und deſſen Sohn zum Beitritt in die ehrenwerte Organisation zu veranlaſſen ſuchte und weiter in die Hoffnung auſſprach, Weiſ möge dem Appell für die vaterländiſche Sache etwas mehr Verſtändniſ entgegenbringen wie Fabrikbeſitzer Kubera in Arzberg (Oberfranken), der eine ihm angebotene Vorſtandsſtelle im Reichsverband in nicht beſonders freundlichen Worten ablehnte.

Dieſen Brief veröffentlichte Genoffe Buchta mit entſprechendem Kommentar. Die Anklage ſah die Beleidigung darin, daß in dem Artikel deſ Dr. Rainer vorgeworfen war, daß er „Bettelbriefe“ ſchreibe, daß behauptet war, daß ihm und anderen von Kubera die Lüre geſchieſen ſei, daß weiter von Reichsverbänderchereſ die Rede war und ſagte wurde, der Reichsverband ſei eine Organisation, die moralisch mehr und mehr adwiſchiſte. Außerdem enthielt der Artikel eine Spitze gegen die Wahrenther Liberalen, die mit dem Reichsverband paktierten. Ihnen war ſagte worden, daß politiſches Reiniſchheitsgefühl ein Artikel ſei, der nicht überall geſchätzt wird.

Der klagende Herr Doktor hatte einen jezt beſcheidenen Erfolg. Daſ Gericht ſprach dem Beſagten den 5 M in weitgehendem Maße zu und verurteilte ihn lediglich wegen deſ Ausdruckſ „Reichsverbänderchereſ“ zu 10 Mark Geldſtrafe.

Bekämpfer deſ Umſturzeſ — eine Beleidigung. Vor dem Schöffengericht Altenburg ſtand am Freitag Genoffe Dilreiter von der „Altenburger Volkszeitung“. Er ſollte einen ländlichen Ortſchulinspektor u. a. auch dadurch beleidigt haben, daß er ihn einen „Bekämpfer deſ Umſturzeſ“ nannte. Dazu erklärte unſer Genoffe, er habe biſher gemeint, eſ gelte in der bürgerlichen Geſellſchaft als ehrenvoll, als „Bekämpfer deſ Umſturzeſ“ angeſprochen zu werden. Sollte daſ Gericht beſwegen zu einer Verurteilung kommen, ſo müſſe die bürgerliche Geſellſchaft ſich mit der Tatſache abfinden, daß eſ nicht ehrenvoll, ſondern beleidigend ſei, von jemandem zu ſagen, daß er „Bekämpfer deſ Umſturzeſ“ mache. Daſ Gericht erhöhte die vom Staatsanwalt beantragte Geldſtrafe von 50 auf 75 Mark, mit der Begründung, die Redewendungen in der unter Klage ſtehenden Notiz ſeien geeignet, den pflichtgetreuen Beamten in der Öffentlichkeit herabzuwürdigen. — Eſ gilt alſo fürderhin im Lande Altenburg nicht mehr für ehrenvoll, als Bekämpfer deſ Umſturzeſ bezeichnet zu werden. Was man ſich merken ſoll.

Die Verleumdungſucht der Sozialiſtenſeinbe trat in einer Gerichtsverhandlung in Scheibenberg im Erzgebirge wieder einmal recht ſtark zutage. Der Hilfslehrer Gerhart Reſſler ſchimpfte im September v. J. gelegentlich einer Bahnfahrt kräftig auf Genoffen Göhre. Er nannte ihn einen Heuchler und behauptete, daß Göhre ſein geiſtliches Amt wegen eineſ Sittlichkeitsverbrechens niederlegen mußte. Ein Mitreisender ſtellte den Verleumder.

Vor dem Schöffengericht in Scheibenberg wollte Reſſler nichts mehr davon wiſſen, doch er wurde durch Zeugenaufſagen überführt. Genoffe Göhre erklärte, er habe kein Intereſſe daran, daß Reſſler in ſeinem Horikommen geſchädigt werde, deſhalb wurde folgender Vergleich geſchloſſen:

Reſſler erklärt, daß er ſeine durch nichts gerechtfertigte Beleidigung bedauernd zurücknimmt. Er übernimmt die gemalten Koſten deſ Rechtsſtreitſ einſchließlich der Koſten deſ Privatklägerſ, inſofern die Gebühren deſ Rechtsanwalts. Der Angeklagte geſtattet dem Privatkläger, aus vorſtehendem Vergleich ſowie alſ dem Privatkläger gut dünkt, in der „Erzgebirgiſchen Volksſtimme“ und „Ehrenfriederödorfer Anzeiger“ zu veröffentlichen.“ Die Koſten dürfen über 100 M. betragen.

Soziales.

Erkrankung inſolge Ueberanſtrengung.

Mit einem Fall auſergewöhnlicher Ausbeutung der Arbeitskraft eineſ Angeſtellten hatte ſich geſtern die 1. Kammer deſ Verleiner Kaufmannsgerichtſ zu befaſſen. Der Kläger Paul A. trat am 28. November v. J. als Verkäufer in die Dienſte deſ Beſagten Bruno Antemann, Inhaber deſ „Deutſchen Kolonialhandels“. Er hatte von morgens 1/2 Uhr biſ abends 1/2 Uhr angeſtrengt tätig zu ſein und verſpürte, wie er in der Verhandlung auſführte, ſchon nach den erſten Wochen ſeiner Tätigkeit inſolge der faſt erdrückenden Arbeitslaſt eine rapide zunehmende Nervenerſchlaffung. Nam

14. Dezember an Lieh der Beklagte bis 10 Uhr abends arbeiten, obgleich, wie ein Zeiger bemerkte, die verlängerte Geschäftszeit vor Weihnachten erst am 17. Dezember begann. Der Kläger hatte in diesen Tagen 17 Stunden Arbeitszeit. Er kam, da er an der Peripherie wohnte, erst gegen Mitternacht nach Hause. Er hatte dann etwa vier Stunden Nachtruhe übrig; denn er mußte schon ganz früh zum Einkauf für das Geschäft in der Markthalle sein. Die Folge dieser Ueberanstrengung war, daß der Kläger am 19. Dezember gänzlich zusammenbrach. Der Arzt stellte das Vorhandensein von Neurasthenie fest. Der Beklagte ließ der Verdächtigung der Erkrankung gerade zu Weihnachten die — sofortige Entlassung folgen. Wie die Ehefrau des Klägers als Zeugin bezeugte, kam ihr Mann alle Tage müde erschöpft und ausgehungert nach Hause, denn er durfte im Geschäft nicht einmal einen Happen in Ruhe zum Abendbrot essen. Wollte der Kläger auch nur drei Minuten die Arbeit unterbrechen, dann sagte Herr A.: „Wenn Sie mit der linken Hand das Brot halten, können Sie mit der rechten Hand arbeiten.“ Als die Zeiger, auch die Prinzipale, dem Beklagten ihr Erstaunen über die dem Kläger ausübende Arbeitslast zum Ausdruck brachten, erwiderte er: „Was will das für einen zünftigen Mann sagen! Ich habe auch früher so arbeiten müssen.“

Der Kläger ließ von seinem Anwalt am 20. M. die Summe von 65 M. ab, so daß der Beklagte leider mit einem Vergleich von 115 M. davontam.

In einer Umfassungsverfrage

Die den Fall des Ausscheidens eines Gesellschafters einer offenen Handelsgesellschaft betrifft, ist das Oberverwaltungsgericht jetzt nach einer Schenkung zu seiner ersten Auffassung wieder zurückgekehrt. Zu den beiden Gesellschaftern einer offenen Handelsgesellschaft in Neumünster gehörte der Fabrikant Hansen. Als der zweite Gesellschafter ausschied, gingen sämtliche Passiven und Aktiven der Gesellschaft einschließlich ihres Grundbesitzes auf Hansen über. Dieser wurde nun wegen des Grundstücks zur Umschafsteuer (Grundvermögenssteuer) herangezogen. Der Bezirksauswahlschuss wies seine Klage auf Freistellung im Hinblick auf ein Urteil des 7. Senats des Oberverwaltungsgerichts ab. Durch dieses Urteil hatte der Senat im Gegensatz zu der früheren Stellung des Gerichts ausgesprochen, auch unter den hier obwaltenden Umständen bestände die Umschafsteuerpflicht. Das Urteil des Bezirksauswahlschusses wurde jedoch vor kurzem vom 7. Senat des Oberverwaltungsgerichts auf Hansens Revision aufgehoben und H. wurde von der Umschafsteuer freigestellt. Der Senat gab seinen zuletzt vertretenen Standpunkt auf und kehrte zu seiner früheren Auffassung zurück. Diese geht dahin: In Fällen der vorliegenden Art, wo infolge des Ausscheidens des einen von zwei Gesellschaftern einer offenen Handelsgesellschaft sämtliche Passiven und Aktiven einschließlich des Grundbesitzes auf den verbleibenden Gesellschafter übergingen, liegt keine freiwillige Eigentumsübertragung vor. Es verfolge vielmehr gegenüber dem verbleibenden Gesellschafter nur ein Zwangsverhältnis im Sinne des § 738 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Hinsichtlich des Grundbesitzes bedürfte es deshalb keiner Auflassung. Wäre aber diese nicht erforderlich, so könne Umschafsteuer nicht erhoben werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der „Unterstützungsverein“ der Siemens-Werke.

Am Freitag, den 16. Januar, fand im „Roarbeiter Gesellschafts-Haus“ eine Betriebsversammlung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Siemens-Werke statt, die überaus gut besucht war, so daß viele der Anwesenden stehen mußten. Die Versammlung diente dem Zwecke, den in den Siemens-Werken Beschäftigten zu zeigen, wie ihre Interessen vom Vorstand des gelben Unterstützungsvereins vertreten werden. An Stelle von Adolf Cohen, der verhindert war, hatte der zweite Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Handl, das Referat übernommen. Der Redner entrollte, gestützt auf reichliches Material, ein ebenso interessantes wie unerschöpfliches Bild von den Verhältnissen in den Siemens-Werken und dem Treiben des Unterstützungsvereins des Betriebes. Redner kommt auf die 1908 eingeführte verfeinerteste Arbeitsordnung zu sprechen. Damals wurde jeder Protest durch das Treiben der Gelben schon im Keime erstickt. Man mühte nun annehmen, daß diese von der Firma besser behandelt würden; doch treffe dies nicht zu. Denn die in letzter Zeit verfügten Maßnahmen im Betrieb seien derart, daß auch die gelben Verbände zu murren beginnen. Redner erinnert an das schamlose Verhalten des Vorstandes des Unterstützungsvereins bei der Neuen Maschinenbauerkasse, wo er die eigenen Mitglieder demontierte, daß sie faulstank und Simulanten seien. Auch konnte mit seiner Hilfe die Firma aus der Neuen Maschinenbauerkasse ausscheiden und eine eigene Betriebskasse gründen, obgleich jeder Arbeiter weiß, daß er in einer solchen Kasse bedeutend ungünstiger gestellt ist, als in einer frei verwalteten Kasse. So wurde denn auch an die Betriebskassen die Anordnung erlassen, nur im äußersten Falle Arbeiter krank zu schreiben. Arbeiter wurden gesund geschrieben, die bestimmt noch krank und arbeitsunfähig waren. Einzelne mußten sich nachträglich auf eigene Kosten ausheilen. Gegen all diese Maßnahmen haben sich die gelben Vorführer nicht aufgelegt. Kein Wunder, daß die Verhältnisse in dem Betriebe sich immer weiter verschlechtern. Ziel zu wünschen übrig läßt die Behandlung durch die Meister und Obermeister. Auch die wiederholten Abzüge müßten bei den Arbeitern Verbitterung auslösen. So wurde im Autobau an Lohn und Akkord 3—5 Pf. die Stunde abgezogen. Als der Arbeiterauswahlschuss, der durchweg gelb ist, bei der Betriebsleitung um Zurückziehung der Abzüge bat, wurde kategorisch erklärt: „Wem es nicht paßt, der kann gehen!“ Im Dynamowerk, wo nur Gelbe beschäftigt sind, wurde der Stundenverdienst um 2 Pf. gekürzt. Auch in der Abteilung Berg und Bos, wo der Vorsitzende des Unterstützungsvereins, Herr Schönke, beschäftigt ist, wurden Abzüge gemacht. Redner unterzieht auch das Strafsystem einer kritischen Betrachtung. Einem Obergelben im Autobau wurden 6 Mark Strafgelder abgezogen, einem anderen Arbeiter 3 M., weil ihm zwei Werkzeugmarken fehlten, einem Schleifer 10 M. usw. Das alles geschieht unter den Augen der Führer des Unterstützungsvereins, ohne daß diese wagen, dagegen Maßnahmen zu ergreifen. Ueber den Terrorismus, wie er von Seiten der Gelben in den Siemens-Werken gegen die freien Gewerkschafter geübt wird, wußte der Referent manchen charakteristischen Fall anzuführen. Bei der Wahl der Delegierten zum Konsumverein, die per Stimmzettel vorgenommen wird, hat man, ähnlich wie in Junterdistrikten, durch allerlei ungelegene Wahlurnen eine Kontrolle auf die Wähler ausgeübt. Solche Kandidaten, die der freien Gewerkschaft angehörten, wurden entlassen. Redner wies auch treffend darauf hin, daß der größte Teil der gelben Mitglieder nur aus Furcht vor Entlassung im Unterstützungsverein bleibt. Ein Arbeiter wünschte die Berufungskasse verlassen zu werden. Herr Direktor Baffert, an den er sich wandte, meinte, er möge warten, bis die heutige Versammlung vorbei sei, dann würden jedenfalls Plätze frei werden. Umhüllend erklärt der Referent, habe die Firma Siemens nicht 1000 Mark an den Rebusverein gezahlt. Wenn die gelben Führer einen Interessenverein zwischen Unternehmer und Arbeiter bilden wollen, so komme ihm das so vor, als wenn die Hasen mit den Hunden ein Schutz- und Trutzbündnis schließen. Handl schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung an die anwesenden Mitglieder des Unterstützungsvereins, auszutreten und sich der freien Gewerkschaft anzuschließen, die jederzeit die Interessen der Arbeiter wirksam vertreten habe. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion ergänzten mehrere Redner die Ausführungen des Referenten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 15. Januar tagende Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Siemens-Werke nimmt Kenntnis von dem infamen arbeitserkennlichen Treiben des Vorstandes des Unterstützungsvereins und eines Rebus. Die Versammelten versprechen, nicht eher zu ruhen, bis den Arbeitervertretern das Handwerk gelegt ist. Die Versammelten geloben, Anklärung

in die Reihen der Mitglieder des Unterstützungsvereins zu fragen, um sie den freien Gewerkschaftern zuzuführen. Nur in den freien Gewerkschaften sehen die Versammelten ihre beste Interessenvertretung.“

Ehren-„Bürger“ Lebius.

Herr Lebius wird immer spaziger. In der neuesten Nummer seines „Bund“ erklärt er feierlich einen offenen Brief an den Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, der unseren Verantwortlichen kürzlich in einem Lebiusprozeß verteidigt hatte und daher beruflich gezwungen war, sich mit der Persönlichkeit des Selbstes aller Gelben zu befassen. Das war Lebius offenbar sehr unangenehm, er scheint jetzt selbst einzusehen, daß er sich einer öffentlichen Gerichtsverhandlung nicht ausweichen kann, ohne arg mitgenommen zu werden, und er richtet nun, um das Kampffeld zu verschieben, an den Genossen Rosenfeld als „geehrten Parteianwalt“ die Frage, ob er die Genossen Bebel, Singer, Nechling und andere Genossen für Ehrenmänner halte, ob seine Feindschaft in Ehrensachen auch Parteigenossen gegenüber standhalte, oder ob er aus Parteifanatismus gar einer doppelten Moral halbe.

Nun, Genosse Rosenfeld dürfte keine Reigung haben, sich zu der selbstverständlichen Antwort herabzulassen, daß eine doppelte Moral nur bei Lebius zu finden ist, der sich den Arbeitern gegenüber als unabhängigen Gewerkschaftsführer aufspielt, während er sich von den Unternehmern aushalten läßt, und der konervative Politik unter nationaldemokratischer Flagge treiben will.

Viele Spalten hindurch beschäftigt sich Lebius auch mit seinen Prozeßen gegen den „Vorwärts“. Er befreit immer noch, daß er gleichzeitig für Blätter verschiedener politischer Richtungen geschrieben und daß er selbst zugestanden habe, für die Polizei Verdichte gefertigt zu haben, während alles dies bereits erwiesen ist. Ueber seine Verdächtigung des Genossen Sudekum schweigt er sich vorsichtig aus.

Lebius demängelt auch die Richtigkeit unserer Prozeßberichte, während er selbst so weit geht, aus dem Urteil lediglich mitzuteilen, daß die Verurteilung unseres Verantwortlichen zurückgewiesen wurde, ohne hinzuzufügen, daß auch er Verurteilung eingeleitet hatte, und daß auch seine Verurteilung erfolglos war, eben weil das Gericht für eine Verleumdung des Lebius 30 M. als ausreichende Sühne ansah.

Wie Lebius flunkert.

Aus Halle a. S. erhalten wir folgende Zuschrift: Herr Rudolf Lebius behauptet in der neuesten Nummer des „Bundes“, ich hätte 1908 durch Gerichtsurteil und journalistische Gutachten meinen sozialdemokratischen Mitarbeitern bewiesen, daß für durchgeführte Artikel nur zwei Pfennig Zeilenhonorar gezahlt zu werden brauchten. — Das ist ein Lebiusches Darstellungsweise. Der Sachverhalt ist folgender: Unser Blatt hatte damals einem anderen Parteiblatt einen Bericht entnommen; ich glaube, es handelte sich um eine Gewerkschaftsversammlung. Nach längerer Zeit forderte Lebius Bezahlung in einer ganz exorbitanten Höhe. Wenn ich mich recht erinnere, verlangte er über 37 M. Für derartige Berichte sind auch heute noch 5—6 M. der übliche Satz. Daß Lebius, der damals schon aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ geschieden war, Anspruch auf das Honorar erheben durfte, war weder einem meiner Redaktionskollegen noch mir bekannt. Um die Sache aus der Welt zu schaffen, bot ich Herrn Lebius mehr als das Doppelte des üblichen Satzes. Auch darauf ging er nicht ein, sondern klagte. In der Verhandlung wurde durch einen vom Gericht geladenen journalistischen Sachverständigen erklärt, solche Notizen seien überhaupt nachdrucksfrei (das jetzt geltende Urheberrecht mit den verstärkten Nachdruckbestimmungen ist erst später Gesetz geworden), höchstens sei ein Satz von 2 Pf. pro Druckzeile angemessen.

Lebius wurde auf Grund dieses Gutachtens mit seiner Klage, die schon lange Zeit spielte, kostenpflichtig abgewiesen. Ich hatte ihm nicht 2 Pf., sondern 5 Pf. oder noch etwas mehr geboten. Der Sachverständige war kein unferer Parteigenosse, sondern ein freimüthiger Chefredakteur. Und nicht ich habe Herrn Lebius das Zweipfennighonorar „bewiesen“, sondern das Gericht hat das getan.

Die Einzelheiten des Prozesses, der mit recht klamablen Zwischenfällen für Herrn Lebius verbunden war, sind mir im Augenblick nicht alle gegenwärtig. Herrn Lebius aber mühte sich eigentlich die bittere Lehre, die ihm der Prozeß brachte, besser ins Gedächtnis gegraben haben, so daß er nicht flunkern sollte.

Halle, 15. Januar 1909.

A. Thiele.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Salz Rosenberg, Dirschstr. 40, haben sämtliche Arbeiter, weil sie Lohnabzüge nicht ohne weiteres hinnehmen wollten, die Entlassung erlitten. Circa 80 Arbeiter sind heute auf Strohpflaster geworfen. Wir ersuchen die Kollegen, dieses zu beachten. Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in den Beleuchtungsfabriken zu Weiswasser in Schlesien, von der circa 900 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen waren, ist beendet. Die Arbeiter willigen in den Abschluß eines Tarifes, der für dieses Jahr Gültigkeit hat, und monach bis 30. Juni eine Lohnreduktion von 5 Proz. eintritt. Anfanglich forderten die Unternehmer eine Lohnreduktion von 15 Proz. Der Versammlung, in der die Aussperrten dem Tarif zustimmten, wohnten auch die Unternehmer bei. Einer von ihnen bezeichnete die Lage der Glasindustrie als eine traurige. Die Betriebe werden Montag wieder geöffnet.

Stuttgarter Aussperrung in Hannover.

Die seit einiger Zeit drohende Aussperrung der Stukkateure ist zur Tatsache geworden. Den Anlaß dazu gab die von der Innung beschlossene Arbeitsordnung. Derselbe sieht außer einer Verlängerung der Arbeitszeit noch eine Reihe anderer Verschlechterungen vor. So soll der auf dem Bau beschäftigte Geselle sich ein den Vorschriften entsprechendes Gerüst bauen und bei Nichtbefolgung die Strafen selbst zahlen. Damit gestehen die Innungsleute ein, daß die Antreiberei bei der Arbeit eine so große war, daß die Unternehmer den Arbeitern nicht genügend Zeit einräumen, um absolut sichere Gerüste herzustellen. Besser hätte es der Innung angestanden, ihre Mitglieder anzuhalten, die rückständigen Löhne auszugeben. Eine Versammlung der Stukkateure nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Auf keinen Fall die Arbeit aufzunehmen, ehe nicht seitens der Innung die Arbeitsordnung vom 1. Januar d. J. zurückgezogen ist. Von diesem Beschluß wird auch gegenüber einzelnen Innungsmitgliedern keine Ausnahme gemacht. Die Lohnkommission der beiden Organisationen (freie und christliche) ist jederzeit bereit, mit der Innung in Verhandlung über einen neuen Tarifvertrag zu treten.“

Kalte Füße.

Bei der Firma Sifig in Rath bei Düsseldorf sind 22 Formner und Gießereiarbeiter in den Streik getreten. Die nächste Ursache war die Anfertigung von Streikreifen für die bekannte Firma Frorip in Rheidt. Das hätte sich hierüber noch eine Einigung erzielen lassen, wenn auch sonst in dem Betriebe geordnete Verhältnisse vorhanden gewesen wären. Die Firma zahlt die niedrigen Löhne am Fluge, die sie in der Krise noch kürzte. Kaum waren Streikposten aufgestellt, als auch schon die Gendarmerie anrückte, zunächst preussisch-militärisch. Ich weiß schon, weshalb Sie hier patronisieren, wenn Sie sich nicht entfernen, werden Sie verhaftet,“ meinte einer der Streikenden. Als diese Drohung fruchtlos blieb, versuchte es der Gendarm mit väterlichen Ermahnungen: Er habe mit Herrn Sifig gesprochen, die Papiere lägen schon fertig. Er (der Gendarm) sei vor Sifig beauftragt worden, das den Streikposten zu sagen. Es komme keiner der Streikenden wieder in den Betrieb hinein. Es sei auch besser, die Sache zu beenden, dann bekämen die Streikenden keine — kalten Füße und er (der Gendarm) auch nicht! — Wie rührend!

Die Beendigung des Streiks im Streikbrot

hat bekanntlich noch zu häßlichen Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes geführt. Wir berichteten bereits über den Ausgang von zwei Versammlungen, die in Mannheim und Ludwigshafen stattfanden. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes legt nun Wert auf die Feststellung, daß die Versammlung in Mannheim die Vertreter des Verbandsvorstandes Vorhölzer und Raffasch, die mit Zustimmung der Ortsverwaltung, eines Teiles der Mitglieder und der Vertrauensleute zu Referenten bestimmt waren, nicht zum Wort kommen ließ. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes stellt ferner fest, daß die Resolution, die sich gegen die „Ausführungen“ des Referenten richtete, schon vor Eröffnung der Versammlung vorlag.

Eine zweite Arbeitslosenzählung

will das Gewerkschaftsblatt Karlsruhe um deswillen am 23. Januar vornehmen, weil seit Anfang Dezember — dem Zeitpunkte der stattgefundenen Zählung der Arbeitslosen durch die Stadt — die Arbeitslosigkeit sich bedeutend vermehrt hat.

Die Notstandsarbeiten vermögen die schlimme Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht zu beheben.

Scharfmachergründung im Steinmetzgewerbe?

Von Köln ausgehend wird die Gründung von Arbeitgeberverbänden im Steinmetzgewerbe äußerst eifrig betrieben. Ein vom Verband der Steinmetzgeschäfte von Köln und Umgegend versandtes Rundschreiben setzt auseinander, daß der Steinmetzverband agitiere, „um auch den letzten Steinmetzgehilfen in die Organisation hineinzutreiben“; dann werde dieser Verband 20 Proz. Lohnreduktion und achtstündige Arbeitszeit fordern.

Es habe sich erwiesen, daß der „Verband Deutscher Steinmetzmeister“ nicht in der Lage sei, in Arbeiterfragen mit Erfolg vorzugehen zu können. Auch das System der schwarzen Listen hat sich bei allen Verbänden als unzulänglich erwiesen.

Darum sollen Lokal- und Bezirksverbände geschaffen werden nach dem Grundsatze: Getrennt marschieren, vereint schlagen.“

Zwecks Gründung eines beratenden Arbeitgeberverbandes findet Ende Januar d. J. eine Versammlung der Steinmetzmeister und Steinbruchbesitzer von Rheinland, Westfalen, dem Raingebiet und der Pfalz statt.

Die Tarifbewegung der Münchener Brauereiarbeiter.

Wie schon in letzter Nummer telegraphisch berichtet wurde, endigte die Lohnbewegung in der Münchener Brauindustrie mit einem Erfolge der organisierten Brauereiarbeiter. Drei Wochen wurde vor dem Münchener Gewerbegericht hinter verschlossenen Türen ein hartnäckiger Kampf geführt. Vor acht Tagen waren die Verhandlungen bereits schon einmal beendet. Die Brauereiarbeiter lehnten aber damals die Zugeständnisse des Brauereibesitzer ab und beschloßen, daß den Unternehmern erneut Vorschläge gemacht werden.

Den Zugeständnissen des Ortsverbandes Münchener Brauereiarbeiter auf die neuerlichen Forderungen stimmten nun am Freitagabend die Arbeiter zu, nachdem der Verbandsbeamte Ja Loeb im Namen der Tarifkommission die Annahme empfohlen hatte. Nach dem neuen Tarif, der vom 1. Januar 1909 bis 1. Januar 1913 gilt, wird die Arbeitszeit (bei einer zwölfstündigen Präsenzzeit) von 10 auf 9½ Stunden verkürzt. Bezahlt werden aber 10 Stunden. Für das Stab- und Fuhrpersonal beträgt die Präsenzzeit 14 Stunden und bei den Bierhidern 13 Stunden. Die Erhöhung der Wochenmindestlöhne beträgt 1 bis 7 M.; die ständigen Handwerker erhalten ihre Stundenlöhne um 9 Pf. erhöht. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten nach ein- bis dreijähriger Dienstzeit einen Urlaub von vier bis sechs Tage. Die Braugehilfen erhalten bereits nach einjähriger Beschäftigung eine volle Woche Urlaub. Ebenso die Maschinisten, Maschinewartler, Heizer und deren Hilfskräfte. Der Biergenuß während der Arbeitszeit ist verboten. Etwasige Streitigkeiten kommen vor das Tarifamt, das für die Einhaltung des Tarifvertrages Sorge zu tragen hat.

Wohl sind auch in dem neuen Tarif noch viele Wünsche unerfüllt geblieben; aber trotzdem können die Münchener Brauereiarbeiter auf ihren Erfolg, den sie ihrer streifen Organisation zu verdanken haben, stolz sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Wünsche Wilhelms II.

Berlin, 16. Januar. (B. L. V.) Aus Anlaß des bevorstehenden Besuches der Reichshauptstadt durch König Eduard von England hat der Kaiser den Oberbürgermeister Kirchner und die Herren der magistratischen Ausschauungskommission zu sich gebeten, um mit ihnen über die Maßnahmen zum Empfang des Königs zu sprechen. Der Kaiser hat dabei den Wunsch geäußert, daß die Ausschmückung der Eingangsstraße möglichst farbenprächtig sein möge und daß für diejenigen, die zum Empfang des Königs erscheinen, mit Rücksicht auf ihre Gesundheit ein Zelt gebaut wird. Ferner sollen die Herren nicht mehr wie früher im Grad erscheinen, sondern zum Schutze gegen die rauhe Witterung mit Ueberziehern versehen sein und nicht mit entblößtem Haupte während der Rede des Oberbürgermeisters dastehen. Endlich sollen auch die Damen mit warmen Sachen versehen sein.

Die „Vertreter des sozialen Friedens“ gegen den Arbeitskammerung! geschenktwurf.

Berlin, 16. Januar. (B. L. V.) In der von Vertretern fast aller Industrien Deutschlands besuchten Ausschauung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände am 10. Januar wurde eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt, der neue Arbeitskammerungsgesetzentwurf werde nach den bisherigen Erfahrungen seine Aufgabe nicht erfüllen können. Der soziale Frieden werde dadurch nicht gefördert, sondern die Gegensätze vielmehr verschärft werden. Die Arbeitskammerung als Einigungsämter seien überflüssig und unzulänglich. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände ist der Ueberzeugung, daß die Arbeiterkammer dringend der Ruhe bedürfte und erwartet daher, daß der Reichstag dem Gesetzentwurf seine Zustimmung verweigere.

Folgeschwere Gasexplosion.

Griehberg (Oberh.), 16. Januar. (B. L. V.) Hier erfolgte heute früh gegen 6 Uhr in der Gewerbeschule eine Gasexplosion. Türen und Fenster wurden hinausgeschleudert und die Wände nach der Vorderseite zu, die etwa 40 Zentimeter dick sind, stark beschädigt. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend. Man nimmt an, daß Gas aus dem Gasmotor, der zu Lehrzwecken für die Elektrizität dient, entwichen ist.

Das Leben unter den Trümmern.

Rom, 16. Januar. (B. L. V.) „Corriere d'Italia“ meldet heute aus Messina: Eine Abteilung Soldaten fand gestern Abend unter den Trümmern eines Hauses eine sechzig Jahre alte Frau, die noch am Leben, aber so erschöpft war, daß sie nicht sprechen konnte. Die Frau wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo die Ärzte hoffen, sie retten zu können.

Die Opfer der Eisenbahnkatastrophe.

Denver (Colorado), 16. Januar. Bei dem Zugzusammenstoß sind nach den letzten Feststellungen 68 Personen getötet worden. (Siehe auch Vermischtes.)

Reichstag.

186. Sitzung vom Sonnabend, den 16. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg.

Die erste Beratung des Arbeitskammergesetzes

Wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Döffel (Npt.): Es war charakteristisch, daß gerade der Vertreter der Partei, die vorgibt, am meisten für den geschlichen Schutz der Arbeiter einzutreten, sich am schärfsten gegen das vorliegende Gesetz gewandt hat...

Zu billigen ist, daß die Handlungsgehilfen, die ganz andere Interessen haben als die Arbeiter, von den Arbeitskammern ausgeschlossen werden sollen. Die Gründe, welche von Seiten der Unternehmerverbände gegen den Gesetzentwurf vorgebracht sind, sind zum Teil beachtenswert...

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Die einstimmige Zustimmung, die der Entwurf hier gefunden hat, entspricht der Stimmung im Lande, daran kann weder der Widerspruch der Unternehmerverbände und Handelskammern etwas ändern, noch der Schwanengesang, den Legien hier den Arbeitskammern gesendet hat...

Legien machte gestern auf die Gefahr der Kapregelung von Mitgliedschaften der Arbeitskammern aufmerksam. Diese Gefahr besteht; aber das spricht nicht gegen die Arbeitskammern, sondern gegen die Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen...

Mit dem Wahlrecht, das der Entwurf vorseht, sind wir im ganzen einverstanden, aber die Interessen des Handwerks und der kleinen Unternehmer müssen besser gewahrt werden, und ferner ist es unumgänglich notwendig, daß auch die Arbeitersekretäre für die Arbeitskammern wählbar sind...

Abg. Anterski (Pole): Wir begrüßen die Vorlage nur mit gemäßigten Gefühlen und werden versuchen, sie in der Kommission unteren Wünschen entsprechend zu gestalten. Wir verlangen Arbeiterkammern, nicht Arbeitskammern. Der Herr Staatssekretär hat sich gegen den Verdacht der Parteipolitik für die Arbeitgeber verhalten, aber diese Vorlage verleiht diesen Verdacht, sonst ist nicht einzusehen, warum man nicht den Arbeitern ebenso Arbeiterkammern gibt...

Kleines Feuilleton.

Der Trompeter der Hohenzollern. Die nationale Presse ist in diese Krauer verfallen. Eine tiefe Schmerzenswolke lagert sich über uns, schreibt das „Berl. Tageblatt“: Ernst v. Wildenbruch ist gestorben. Als der Schiller von gestern und heute wird einer gefeiert, dessen Dramen heute schon so gut wie tot sind...

Die literarische Kritik hat so wenig Veranlassung, sich jetzt oder später mit Wildenbruch zu befassen. Und viele der Tränen, die zu allen Geschäften taugliche Federn heute auf dem Papiere rinne lassen, sind eitel Heuchelei. So die Kritik in bürgerlichen Blättern sich frei gebahren konnte, hat sie den lebenden Wildenbruch bitterer verpöthet, als wir es heute noch tun können...

komme Nacht hat, und um zu wünschen, daß sie sie bekommt. Das allerdings verstehe ich nicht, wie ein Arbeitersekretär, Herr Behrens, sagen kann, der Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den christlichen Arbeitern bestehe darin, daß die christlichen Arbeiter nicht wünschen, daß der Arbeiterschaft die ihr zukommende Macht eingeräumt wird!

Also noch einmal: geben Sie den Arbeitern, was Sie auch den anderen Ständen gegeben haben, schaffen Sie Arbeiterkammern! (Bravo! bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gottschoff (rei. Bg.): Ich freue mich über die hohe Anerkennung, die der Herr Staatssekretär den Gewerkschaften ausgesprochen hat, und erwarte, daß er auch die Konsequenzen ziehen und auf die Befestigung der Schranken und Hemmnisse, die den Gewerkschaften immer wieder in den Weg gelegt werden, hinwirken wird...

Mit lebhafter Genugtuung begrüße ich es, daß in diesem Entwurf die volle Gleichberechtigung der Frauen in der sozialen Gesetzgebung anerkannt wird. Die Wählbarkeit muß unbedingt auf das 25. Lebensjahr herabgesetzt werden — mit diesem Jahre beginnt ja auch die Wählbarkeit zum Reichstag.

Zu bedenken möchte ich auch geben, ob man die Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitskammern nicht auch den Gewerbebetriebern in nicht unterliegenden Berufen geben will, dem Versicherungsgewerbe und vor allem den bei den Rechtsanwälten beschäftigten Bureauangestellten. Gerade die Rechtsanwälte haben sich in unbegreiflicher Rücksichtslosigkeit ihren Angestellten gegenüber auf den Herrenstandpunkt gestellt, und hier wäre vielleicht ein Zwang zum Verhandeln sehr beifam. Oder will man diese Bureauangestellten angliedern an die für die kaufmännischen und technischen Angestellten in Aussicht genommenen Kammern?

Geheimrat Caspar erklärt auf eine Anfrage der Abg. Behrens und Gottschoff, daß die Regierung über die Berufsbetretung der Wermeister und Handlungsgehilfen vorläufig keine positive Auskunft geben könne. Vielleicht würde die Kommissionsberatung aus über diese Punkte Licht verbreiten.

Abg. Wiesbiers (J.) weist auf die allmähliche Aenderung der ursprünglich schroff feindlichen Stellung des Staates zu der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hin und meint, daß die wirtschaftlichen Kämpfe längst an Schärfe verloren hätten, wenn man schon früher paritätische Arbeitskammern bewilligt hätte. Paritätischer als die Sozialdemokraten betreiben gewisse Großindustrielle den Klassenkampf. Diese Leute sind es, die diesen Entwurf bekämpfen, weil sie Krieg auf Leben und Tod, nicht aber eine Basis zur Verständigung wünschen...

3. Februar 1845 zu Weirat) die beiden Karrieren eines Junkers: die militärische und die juristisch-administrative verfaßt. Beiden konnte er wenig Geschmack abgewinnen, obwohl er schließlich im Auswärtigen Amte die Ruhe und den sicheren Gehalt eines Bureaukraten fand. Seine überschüssige Vegetation, die im Amte nicht Befriedigung finden konnte, entlud sich nun in Dichtungen und Dramen, deren Schöpfung freilich keinen Theaterdirektor zur Ausführung verführte. Da traf sich das Vegetationsbedürfnis der die Universitäten beziehenden nationalen Jugend, der feine anderen Ideale geliebten waren als der lärmende hohenzollerische Patriotismus mit Wildenbruchs Ambitionen und nun war er im Ru zum national-preussisch-deutschen Dichter erkoren, der die ganze Weltgeschichte mit seinem preussischen Paroxysmus zu erfüllen und ungeduldet gewonnen und befähigt war. Wilhelm II. mußte naturgemäß diesen (im doppelten Sinne geborenen) Hohenzollerndichter protegieren. Die Berliner Schiller wurden in die Duitzows befohlen und das Opernhaus für den neuen Aktus geöffnet. Da aber Wildenbruch kein Streber und kein Hölbling war — was ja die Junker lange nicht im gleichen Maße sind wie hoffähig geworden Bürgerliche — so gab es bei den Handlangerdiensten naturgemäß Konflikte. Der Dichter, der dem lebenden Volk Hohenzollerndichtern künden wollte, mochte doch nicht nach kaiserlichen Rezepten dichten. Und so war er bald in Gnade, bald in Ungnade; bald öffneten sich ihm die Pforten der künftl. Theater, bald blieben sie ihm aus dynastischen und sonstigen weltbewegenden Gründen verschlossen. Es ist nicht ohne Ironie, daß dieser freiwillige und getreute Hohenzollerndichter wie ein Sakai behandelt wurde, wenn irgend jemand vom Hofe Anstoß an seinen Sitten nahm. Und als er vollends in Sachen des Wiederaufbaues des Heidelberger Schlosses und des Abbruchs des Berliner Opernhauses gegen die kaiserliche Privatmeinung Front machte, da wurde der Hohenzollerndichter offiziell boykottiert.

Theater.

Thalia-Theater: „Meister Tutti“ bezieht sich diese neueste Bearbeitung von „Rameau Nivouche“, zu der Wilhelm Rab und Viktor Holländer die Musik geliefert haben. Holländer spezialisierte einige Einlagen, wie: „Amors Sprigenmum“, „Mutterherz — Mutterlieb“, „Komm mein Schächgen“ und „Penschenkind“ bei, die vermöge ihrer einlärmelnden oder pridelnd-melodischen Sangbarkeit zündende Wirkung erzeugen. Die für den textlichen Part verantwortlichen Zeichnenden Direktoren Jean Kren und Alfred Schönfeld haben ja reichlich, beinahe allgureichlich, für Abwechslung und Ueberraschungen georgt — sogar für eine chaubinistisch gefärbte Entgleisung, mit der sie natürlich bei einem durch Scherls Bildungstreiber „emporgeläuterten“ Publikum das richtige Verständnis erwarten dürfen. Im übrigen sind flotte farbenfante Ensembleszenen und Bilder gestellt worden.

Meine Arbeiterkammern sind keineswegs prinzipiell zu vertwerfen, aber paritätische Arbeitskammern scheinen mir doch den Vorzug zu verdienen. Auch der Sozialdemokrat Paul Umbreit ist dieser Ansicht. (Hört! hört! im Zentrum.) Wenn man die große Minorität, die auf dem Kölner Gewerkschaftskongress für Arbeitskammern war, zu den auf den christlich-nationalen Arbeiterkongress vertretenen Arbeitern zuzählt, so ergibt sich über eine Million Stimmen für Arbeitskammern gegenüber circa 700 000 Stimmen für Arbeiterkammern. (Lebhafte Hört! hört! im Zentrum.)

Der Staatssekretär hat gestern darüber geklagt, daß das Großunternehmertum hier zu schwach vertreten sei. Wenn das der Fall ist, so liegt das an der antisozialen Haltung der Großindustriellen, die sie beim allgemeinen Wahlrecht für das Volksvertreteramt unmöglich macht. Und ich sehe darin gerade einen Vorzug des allgemeinen Stimmrechts. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Hoffentlich kommt es zu einer Einbeziehung der Armeo- und Eisenbahnarbeiter. In bezug auf Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten ist dem Kollegen Legien zugustimmend. Wir hoffen auf Annahme des in der Kommission zu verbesernden Entwurfs mit möglichst großer Mehrheit, vielleicht sogar mit Einschluß der Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Seering (Soz.):

Herr Wiesbiers hat angedeutet, als ob Kollege Legien seine Bemerkungen, daß ein Ausgleich der Interessen in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht möglich sei, gemacht habe, weil die Gewerkschaftsbeamten sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zur sozialdemokratischen Partei befänden, die ein derartiges Bekenntnis verlange. Ich muß gegen eine derartige Unterstellung auf das nachdrücklichste protestieren. Wir sind in den Gewerkschaften sowohl wie in der Partei gewöhnt, unsere Ueberezeugung zum Ausdruck zu bringen, und das hat Legien getan. Wenn wir die Unmöglichkeit des Ausgleichs der wirtschaftlichen Interessengegensätze betonen, so stellen wir uns damit keineswegs in Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Grundansätzen. Bei aller Anerkennung des großen Wertes der Tarifverträge haben wir doch stets betont, daß sie im besten Falle Waffenstillstandsabemerkungen sind. Was ich am meisten bei der Polemik des Herrn Wiesbiers bedauert habe, war die Tatsache, daß er auch diese ernste Beratung benutzte, um kleinliche parteipolemische Erörterungen zu führen. Am meisten habe ich seine Bemerkungen über den Artikel eines sozialdemokratischen Schriftstellers in der „Neuen Zeit“ bedauert. Herr Wiesbiers weiß doch sehr genau, daß wir mit denselben Waffen keine Partei bekämpfen könnten. Soll ich etwa daran erinnern, daß der Gegenkandidat des Herrn Becker bei der Wahlbewegung die christlich-nationalen Arbeitersekretäre als Parteiverderber bezeichnete? Soll ich ihn daran erinnern, daß auch ein Zentrumorgan wie die „Rheinische Volksstimme“ die christlich-nationalen Arbeitersekretäre ebenfalls mit derartigen Uebeldarstellungen beglückt hat?

Der Herr Staatssekretär bedauert, daß keine Vertreter der Großindustrie im Reichstag wären. In der Tat haben wir eine ganze Anzahl solcher Vertreter, ich erinnere an die Herren v. Wendt, Hehl zu Herrnsheim, v. Schubert usw. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Und wenn ich an das Wort des Herrn v. Wötischer denke: „S., wir arbeiten ja nur für Sie! so wäre auch der ganze Bundesrat eine Vertretung der Großindustrie.“

Eine Erfüllung des Versprechens bei Zusammenzutreten dieses Reichstages, daß die Sozialpolitik kraftvoll fortgeführt werden solle, kann ich in der Vorlage nicht erblicken. Das sage ich, obgleich ich kein prinzipieller Gegner für Arbeitskammern bin. Ich habe auf dem Kölner Gewerkschaftskongress für Arbeitskammern und gegen Arbeiterkammern gestimmt. Unsere Stellung ist in der bisherigen Diskussion überhaupt nicht richtig verstanden worden. Wir machen unsere Entschiedenheit lediglich davon abhängig, was das Gesetz gibt. Die Frage, ob Arbeiterkammern oder Arbeitskammern, ist für uns nicht entscheidend. Ist die Tätigkeit der Kammern in der Hauptsache eine gutachtliche, so sind wir für Arbeiterkammern, soll die Tätigkeit aber eine verwaltungsbrechtliche eingeraumt werden, so treten wir für Arbeitskammern ein, weil wir der Ansicht sind, daß dann in der Tat für den gewerblichen Frieden manches erreicht werden kann. Nun weist der vorliegende Entwurf aber nichts auf, was und beanlassen könnte, uns für die Arbeitskammern mit besonderer Lebhaftigkeit zu erwärmen. Ich erinnere an das Wort des Herrn Kaumann, daß die Frage der Besetzung der Arbeitskammern sehr schwierig sein werde, wenn der Unterbau der Arbeiterkammern fehle. Die Notwendigkeit eines solchen Unterbaus hat, glaube ich, auch der Herr Staatssekretär anerkannt. Er meinte aber, daß alle Aufgaben, die die Arbeitskammern erfüllen könnten, heute von den Gewerkschaften erfüllt werden. Das wäre richtig, wenn heute die Arbeiterorganisationen

In poffenhafter Umrahmung erscheint Alexander Girardi denn doch als strahlender Mittelpunkt, so bedauerlich es auch ist, daß für diesen gemittosten Meister der Menschendarstellung keine würdigere Rolle gefunden werden kann. Gleichwohl gibt er seinem Kapellmeister Holberg einen wunderbaren altspanischen Typ, dem das Couplet von der guten alten Zeit unsagbar tief und rührend aus der Seele kommt — mit aller niedrigen, frogeladenen Lust obendrein. Und so hat er sich abermals die Berliner im Sturm erobert — sofern eben die nicht endenwollenden Hervorbrufe und rauschenden Beifallsstößen Herzenssache, aber keine Wobensache sind. Ihm, dem bejubelten Meister, standen in erster Linie Helene Vallot und Arnold Niek, dieser zumal als Schmierensomdiand und Wstlicher Jann würdig zur Seite. In gemessenem Abstand vertrat die Damen: Albertine Bella und Joh. Junker-Schach, sowie die Herren: Kurt Diers, Hugo Hummel und Theodor Stolzenberg ihren Part mit gutem Gelingen. Die unterwiltliche Laune, mit der gespielt, getanzt und gelungen wurde, half selbst über die allzu großen Längen des zweiten Aktes hinweg. „Meister Tutti“ scheint dauernden Erfolg zu versprechen. e. k.

Kunst.

Eine Klinger-Ausstellung hat die Berliner Seession Sonnabend in ihrem Hause am Kurfürstendam eröffnet. Den Mittelpunkt bildet das für die Musikhalle in Hamburg bestimmte Brahmendenkmal, ein umfangreiches Marmorwerk, das als Ganzes wenig Eigenart und mancherlei Schwächen zeigt und nur in Einzelheiten den Geist und die Hand des Meisters verrät. Daneben enthält die Ausstellung noch 8 andere Plastiken in Marmor, Bronze und Silberguss (darunter den vielbesprochenen Athleten, die Porträtbüsten von Wilhelm Bunt und Georg Brandes usw.), einige Zeichnungen, zahlreiche Aquarelle (impressionistische Skizzen aus Spanien, Griechenland, Italien und der Umgegend von Raumburg), sowie fast sämtliche graphische Arbeiten Klingers in guten Abdrücken. — Wir kommen auf die Ausstellung, die ein immerhin interessantes Bild von der jüngsten Entwicklung Klingers als Graphiker und Plastiker gibt, noch mit einigen Worten zurück. J. S.

Notizen.

— Ernst Reher, der Senior der französischen Komponisten, ist im Alter von 85 Jahren (er war am 1. Dezember 1823 in Warfelle geboren) am Freitag in Loulou gestorben. Von seinen Opern sind „Maitre Boltram“, „Grosfats“, „Sigurd“ und „Salammbô“ zu nennen; auch als Komponist von Kantaten, Balletten („Sakuntala“ 1858) und Liedern hat er sich belannt gemacht. Auch als Musikkritiker war Reher — als Nachfolger von Berlioz — lange Jahre am „Journal des Débats“ tätig.

schon von der Regierung und den Unternehmern anerkannt wurden. Das ist aber nicht der Fall. Wenn in der nächsten Woche der Fabrikarbeiterkongress zusammentritt, so glaube ich nicht, daß der Staatssekretär einen Vertreter hinführen wird, und ebenso wenig wird er es beim Bergarbeiterkongress tun. (Zurufe rechts.) Glauben Sie etwa, daß die Vertreter des Handels den Handel im allgemeinen repräsentieren oder die Vertreter der Landwirtschaft die Landwirtschaft im allgemeinen? Das ist Gott sei dank nicht der Fall. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Arbeiterdeputationen hat der Herr Staatssekretär empfangen, weil zufällig Abgeordnete wie Herr Behrens darunter waren. Wir haben aber keine Verantwortung, uns so anzubieten, wie es von anderer Seite manchmal geschieht. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Also die Regierung mag mit der Anerkennung der Gewerkschaften vorgehen, das würde einen heilsamen Einfluß auf die Unternehmern ausüben. Die Regierung denkt aber gar nicht daran, den gewerkschaftlichen Organisationen eine größere Anerkennung zu verschaffen. Die Marineverwaltung hat sogar einen besonderen Arbeitsnachweis geschaffen, um den Einfluß des Arbeitsnachweises der Gewerkschaften zu verringern.

Der Staatssekretär fragte, was Arbeiterkammern noch neben den Gewerkschaften sollen. Sie sind notwendig, um den Stundengebühren der Unternehmernorganisation mit dem gleichen Rechte auf Beachtung entgegenzutreten. Gewiß können auch heute die Gewerkschaften und einzelne Arbeitervertreter die Angriffe, die in den Gutachten der Unternehmernorganisationen enthalten sind, zurückweisen, aber sie haben dann eben nicht das gleiche Recht auf Beachtung. Deshalb fordern wir, wenn eben die Tätigkeit der geplanten Kammern eine hauptsächlich gutachtliche sein soll, Arbeiterkammern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Staatssekretär hat gestern auf die weitere um sich greifende Differenzierung der Arbeiter hingewiesen. Wir ist trotz der sorgfältigen Beobachtung von solchen Erscheinungen nichts bekannt geworden. Es tritt im Gegenteil eine immer größere

Rivellierung

Herbor, die durch die größere Arbeitsteilung herbeigeführt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So haben wir denn noch einen Unterschied zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern? In der Maschinenindustrie sind die Bohrer, die Gobler, die Schleifer, die Revolverdreher usw. sämtlich ungelerte Arbeiter. Technisch ist es in der Holzindustrie, und dieselbe Erscheinung tritt überall in den großen Industrien hervor; die ungelerten Arbeiter, die im Afford beschäftigt sind, haben meistens auch denselben Verdienst wie die gelehrten. Die Begründung der sachlichen Gliederung der Arbeiterkammern mit der erhöhten Differenzierung der Arbeiter geht überdies nicht an. — Der Herr Staatssekretär meinte, die territorial gegliederten Arbeiterkammern würden einzig auf dem Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebaut sein. Nein, sie würden vielmehr aufgebaut sein auf den Bestrebungen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben. Nicht, was man uns als Maß gegen die Gleichen unterlegt, sondern das Bestreben der Arbeitervertreter, die Interessen der Arbeiter zu fördern, würde die Grundlage bilden. Der Staatssekretär betonte das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Selbstverständnis, das in den Arbeiterkammern notwendig ist. Weis aber läßt sich noch besser in territorial gegliederten Kammern erreichen.

Der Staatssekretär deutete an, es solle eine Arbeiterkammer für die Metallindustrie in Rheinland-Westfalen errichtet werden. Schon dies eine Beispiel zeigt, daß wir

territorial gegliederte Arbeiterkammern

brauchen, denn wir haben in Rheinland-Westfalen in den verschiedenen Bezirken sehr verschiedene Zweige der Metallindustrie, so in Solingen Stahlwarenindustrie, in Wetzlar Röhrenindustrie, im Ruhrgebiet Hütten- und Walzwerke. Ganz ebenso verhält es sich mit den anderen Berufen. Die territorial gegliederte Arbeiterkammer hat den Vorzug, daß sie bei ihrer Veranlagung in die einzelnen Verhältnisse ihres Bezirkes viel tiefer eindringen kann. Was aus einer paritätischen Begutachtung manchmal herauskommen kann, das beweist die Bekannmachung der Bestimmungen des Bundesrats für die Betriebe in der Grobisenindustrie. 1907 haben wir solche Bestimmungen für die Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken gefordert. Der Reichstangler hat einer Deputation des christlich-nationalen Arbeiterkongresses zugesagt, diesem Verhältnisse seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Gelegentlich eines Besuchs in Münster hat auch der Kaiser die Arbeiter seines Schutzes versichert. Und jetzt kommen diese Bestimmungen, die in keiner Weise den gewünschten Schutz bringen. Sie sind aber auch paritätisch, auch von Arbeitern begutachtet worden, freilich von Arbeitern, die ihre wahre Meinung nicht sagen können. Was wird aber auch bei den abhängigen Arbeitern in den Arbeiterkammern der Fall sein. Warum hat der Reichstangler zur Begutachtung der Bestimmungen nicht die unabhängigen Gewerkschaftsbeamten des Metallarbeiterverbandes hinzugezogen? Hätte er das getan, so wäre bei den Bestimmungen wohl etwas anderes herausgekommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Zweckbestimmung der Vorlage ist nach den Motiven „die Pflege des gewerblichen Friedens“. Diesen Zweck erreicht man aber durch die Förderung der Tarifverträge. Hat aber die Regierung jemals einen Versuch gemacht in dieser Richtung einzugehen? Mehrmals hat das Haus in Resolutionen verlangt, daß von der Heeres- und Marineverwaltung Lieferungen nur an solche Firmen vergeben werden, welche den im Gewerbe bestehenden tariflichen Vereinbarungen zustimmen. Die Marineverwaltung hat aber dieser Forderung bisher nicht nachgegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Geh. Admiralitätsrat Harms hat ausdrücklich erklärt, daß heute noch Erhebungen darüber veranlaßt werden, ob es möglich sei, diesen Beschläffen des Reichstags nachzukommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die süddeutschen Städte haben wegen des Vorgehens der Metallindustriellen gegen die technischen Beamten ähnliche Resolutionen gefaßt, aber viel energischer als der Reichstag, und sie haben dadurch mehr zur Förderung des gewerblichen Friedens beigetragen als die Regierung durch die Einbringung dieser Vorlage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen Herrn Behrens betone ich, daß weder die sozialdemokratische Faktion noch der Mann, der sie nach seiner Vorstellung befragen sollen, für Arbeiterkammern eingetreten, mein Parteifreund Hue, es ablehnen, daß Arbeiter und Unternehmern zusammenkommen. Auch wir meinen, daß dadurch mancher Mißverständnis beseitigt werden kann, und auch wir würden für Arbeiterkammern eintreten, wenn ihnen verwaltungstechnische Aufgaben zugewiesen werden und ihnen Einflußgewalt eingeräumt würde. Die Ansicht aber, daß die Tätigkeit der Kammern, wie sie hier geplant sind, im Sinne des gewerblichen Friedens sein wird, ist falsch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist auch das Beispiel der holländischen Arbeiterkammern, an welche die Regierungsentwürfe sich anlehnt. Auf diesem Gebiete haben die holländischen Arbeiterkammern vollständig versagt, einmal, weil dort die kräftigen Organisationen der Arbeiter und Unternehmern fehlen, dann aber, weil eben die Befugnis der Arbeiterkammern nur eine gutachtliche ist. Daß die Arbeiterkammern als Einigungsamt dem gewerblichen Frieden dienen sollen, ist auch nicht so einfach, wie die Regierung meint. Sie macht es sich sehr leicht. Sie meint: es wird einfach ein Vorsitzender der Arbeiterkammer bestimmt, und dieser hat den gewerblichen Frieden herzustellen! Herr Wiesbert hat ganz recht, daß nicht jeder Fing und Aum, nicht jeder Regierungsdirektor sich dazu eignet. Bezeichnend ist es, daß die Männer, welche die größten Erfolge als Vorsitzende von Gewerbegerichten als Einigungsamt gehabt haben, wie der verorbnete Oberbürgermeister Schner, nicht aus der Beamtenenschaft, sondern aus dem praktischen Leben hervorgegangen sind.

Ueber die Einzelheiten des Entwurfs werden wir uns in der Kommission unterhalten, deren Mitgliederzahl wir auf 28 festzusetzen bitten. Die einzige Berücksichtigung, welche der Entwurf dem früheren gegenüber enthält, muß in der Kommission

wieder ausgemerzt werden; wir können nicht für besondere Kammern für Handlungsgehilfen stimmen, vielmehr meinen wir, daß an den Arbeiterkammern besondere Abteilungen zur Vertretung der Interessen der Handlungsgehilfen und technischen Angestellten ebenso wie besondere Abteilungen für die Hausgewerbetreibenden zu bilden sind. Ferner verlangen wir auch die Einbeziehung der Arbeiter, die der Heeres- und Marineverwaltung unterstehen — hat doch die Marineverwaltung in viel ihren Arbeitern unterlag, „in Verbindung zu treten“, um ihre Interessen zu fördern, wenn sie das auch nur durch eine gemeinsame Eingabe an den Reichstag machen wollen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Mit aller Entschiedenheit verlangen wir ferner, daß auch die Verleharbeiter, denen man bei jeder Gelegenheit das Koalitionsrecht zu beschränken sucht, in die Arbeiterkammern einbezogen werden, ebenso wie die anderen Arbeiter, die von der Gewerbeordnung ausgenommen sind, das Bestände und die Schiffer. Weiter muß ähnlich wie bei den Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, wonach unter gewissen Voraussetzungen die Arbeiterkammern einberufen werden müssen.

Was gestern Legien über die

Wählbarkeit von Gewerkschaftsbeamten und anderen unabhängigen Personen

gefragt hat, kann ich nur unterschreiben. In Frankreich ist heute schon ein Gesetz in Vorbereitung, welches den Gewerkschaftsbeamten die Wählbarkeit einräumt. Es wäre interessant gewesen, wenn Herr Kollege Behrens den Ort genannt hätte, wo, wie er anführte, ein Gewerbegerichtsmitglied einen Arbeitervertreter zugelassen hat. Besonders gefreut hat es mich, daß Herr Rothhoff sich im Gegensatz zu seinem Parteifreunde Gosler für eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Wählbarkeit ausgesprochen hat. Herr Gosler schien sich gegen einen solchen „Radikalismus“, wie er es nannte, zu wenden. Ich meine, daß auch die Jugendlichen ein großes Interesse daran haben, in den Arbeiterkammern mitzuraten und mitzutaten.

Weiter verlangen wir eine

Beseitigung der bürokratischen Verwaltung

der Arbeiterkammern, weil wir der Ansicht sind, daß sich auf die Dauer keiner der Beteiligten, weder die Arbeitgeber, noch die Arbeitnehmer, eine derartige Bevormundung durch die Bürokratie wird gefallen lassen. Wir werden mitarbeiten, um in der Kommission dem Gesetz eine Gestalt zu geben, die es wirklich ermöglicht, daß die Arbeiter eine wirksame Interessvertretung erhalten. Wird das nicht erreicht, so werden wir dem Gesetz die Zustimmung verweigern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Wiesbert: Ich habe keine Parteipolemik entfehlen wollen, sondern nur meinem Ersäunen darüber Ausdruck gegeben, daß gerade ein Gewerkschaftsbeamter derartige Ausführungen in der „Neuen Zeit“ mache.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Ich bin bereit, den Namen des Ortes Herrn Seeverg persönlich zu nennen. Oeffentlich nennen will ich ihn nicht, weil sonst die Gefahr besteht, daß dann dieser vernünftige Zustand der Beziehung des Gewerbegerichts gestört wird.

Das Gesetz wird hierauf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß der Abgeordnete Dr. Ruegenberg (B.) verstorben sei. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Zweite Beratung des Zukigetaß.)
Schluß 3 Uhr.

Menichenchinderelen in einem Mädchenheim.

Das Urteil des Gerichts ging dahin:

Der Ehefrau Colander wird zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die Ehefrau Colander wird freigesprochen.

Ueber die gefrige, die Kulturtiefe Preußens drastisch illustrierende Verhandlung über die entsetzlichen Brutaltäten, die von dem Hausvater Colander und seiner Ehefrau an wehrlosen Fürsorgezöglingen verübt wurden, geht uns der nachstehende telegraphische Bericht zu:

Der heutigen Verhandlung wohnte im Auftrage des Ministers des Innern Landrat Vosse (Zpehoe) bei. Nach Eröffnung der Sitzung ergreift der

Staatsanwalt Dr. Richardi

das Wort zu seinem Plaidoyer:

Im Gerichtssaale ist ruhig zu prüfen, was wirklich festgestellt worden ist. Dem Angeklagten und seiner Frau soll volle Gerechtigkeit widerfahren, aber Gerechtigkeit auch den von ihnen in so schwerer Weise mißhandelten Opfern. Die allgemeine Menschlichkeit scheint ins Gesicht geschlagen, wenn auch nur einige der den Angeklagten zur Last gelegten Verfehlungen sich als wahr erweisen. Die rechtliche Entscheidung ist schwer, da die Straftaten schon weit zurückliegen. Es ist eine lange Zeit vergangen, seit die Angeklagten in dieser Weise gegen ihre Opfer vorgegangen sind. Man kann wohl als erwiesen annehmen, daß sie seit einem Jahre ihr Institut in Ordnung gehalten haben und auch seit einem Jahre bestritt gewesen sind, ihre Zöglinge gut zu behandeln. Diese Tatsache geht wohl darauf zurück, daß nach der Flucht der Dunkel eine Revision vorgenommen wurde und daß bald darauf das gegenwärtige Strafverfahren einsetzte. Dieser Umstand hat auf das Verhalten der Angeklagten Einfluß gehabt, das jetzt von den Zöglingen als einwandfrei geschildert wird.

Wert der Aussagen.

Die Zöglinge haben durch die letzte gute Behandlung Zeit gehabt, sich an diese zu gewöhnen und haben die zurückliegenden Dinge aus ihrem Gedächtnis ausgelöscht. Die Entscheidung war auch deswegen schwer, weil das Zeugenmaterial zum Teil ein recht bedenkliches war, das seine Aussagen aus der Voruntersuchung zum Teil widerrufen hat. Sämtliche Fürsorgezöglinge haben ihre Aussagen aus der Voruntersuchung zurückgezogen und vollständig neue Angaben gemacht, und zwar in allen Fällen zugunsten der Angeklagten. Es steht fest, daß wohl noch niemals so groß gelogen worden ist, wie in dem vorliegenden Falle. Die Herren Richter werden zu entscheiden haben, welcher Aussage sie mehr Glauben schenken wollen, der in der Voruntersuchung oder der heutigen. Ich möchte die Entscheidung dem Gerichtshof überlassen, muß aber feststellen, daß die Zeuginnen überwiegend noch in der Anstalt sind und Furcht haben müssen, falls sie etwas gegen den Hausvater auszusagen. Es besteht auch die Möglichkeit, daß sie einen neuen Hausvater bekommen, der sie nicht so gut behandelt wie der jetzige. Solche Furcht kann wohl geeignet sein, die Zeuginnen zu beeinflussen. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Zeuginnen seit Jahren unter den Angeklagten stehen. Natürlich brauchen sie von diesen nicht bearbeitet zu sein, aber Tatsache ist, daß sie bis zur letzten Stunde nicht getrennt gewesen sind, daß sie manches besprochen haben mögen, und diese Tatsache kann wohl veranlaßt haben, vor Gericht nicht die Wahrheit zu sagen. Sie können auch eine Vereinbarung getroffen haben, um ihre früheren Aussagen abzuschwächen, damit sie es in der Anstalt besser haben. Es kommt hinzu, daß verschiedene Mädchen auffälligerweise die gleichen Redewendungen gebraucht haben. Im allgemeinen pflegt

auch ein bestertraster Mensch Brügel als Schmach zu empfinden. Die Mädchen waren aber alle überzeugt, daß sie zu Recht behandelt worden seien und zwei bis drei gebrauchten sogar dieselben charakteristischen Worte: Wir haben nur „nützliche“ Strafen erhalten, ein Ausdruck, der den Mädchen sicher nicht geläufig ist und von dem Angeklagten bei seiner Vernehmung auch gebraucht worden ist. Weiter kommt hinzu, daß die Zeuginnen behaupten, sie seien von der Schwiebe späterhin beeinflusst worden. Sie bestreiten nicht die Mißhandlungen, welche sie erduldet haben, aber sie schieben jede Schuld der Schwiebe zu. Welche Logik liegt darin! Sie lassen sich die Mißhandlungen von der Schwiebe gefallen, dann aber von der Schwiebe gegen die Angeklagten aufheben! Die Zeuginnen sind in der Voruntersuchung vernommen worden und haben einmütig bei allen Vernehmungen die Angeklagten schwer belastende Aussagen gemacht. Ein Mädchen hat sogar erklärt, sie habe sich Dinge rein ausgedacht, welche andere Zeuginnen mit angelesen haben! Schließlich hebe ich noch hervor, daß eine Hauptzeugin, die Behn, nicht zu bewegen war, den Eid auf ihre jetzige Aussage zu leisten. Nach der Behauptung der Angeklagten soll alle Schencklichkeiten und Pervertitäten allein die Schwiebe verübt haben, ohne daß sie etwas davon gewußt hätten. Wäre das glaubhaft, dann wäre bei beiden Angeklagten eo ipso die vollständige Unfähigkeit für ihr Amt erwiesen. Was soll man von ihnen denken, wenn die größten Straftaten und Pervertitäten vorgekommen sind, ohne daß sie etwas davon bemerkt haben! Ja sie haben sogar die angebliche Täterin noch mit dem größten Vertrauen besetzt und ihr eine bevorzugte Stellung eingeräumt. Leider ist nur festgestellt, daß sie ihr Vertrauen dem Mädchen auch dann noch schenken, als sie von den Mißhandlungen erfahren hatten; sie waren also mit den Mißhandlungen einverstanden. Der Staatsanwalt führt weiter aus, daß auch außerhalb der Anstalt kein Skandal gegen die Angeklagten von seiten der früheren Zöglinge und etwa im Einverständnis mit den jetzigen Zöglingen geschwieben sein könne. Die Schwiebe war auch nicht die Persönlichkeit, die den Zöglingen einen anderen Hausvater hätte verschaffen können. Alle diese Dinge müssen dem Gericht bei der Urteilsfällung Direktiven geben.

Was die

Mißhandlungen

betreffe, so bestreite Colander selbst nicht, solche in größter Weise begangen zu haben. Er gibt zu, die Mädchen mit einer Hundekette gefesselt und dann erbarmungslos mit einem Stock geschlagen zu haben. War der Angeklagte überhaupt berechtigt, Züchtigungen an den Mädchen vorzunehmen? Diese Frage ist zu verneinen. Es sollte ihm hierzu jede Berechtigung. Dieses Recht steht nur Eltern, Vormündern und Lehrpersonen zu, nicht aber einem Aufseher. Dem Angeklagten ist nicht die Vormundschaft über die Mädchen übertragen worden, und auch in diesem Falle hätte er nur das elterliche Züchtigungsrecht ausüben dürfen. Es kommt hinzu, daß dem Angeklagten jede Züchtigung durch das Protokoll vom Mai 1904 ausdrücklich untersagt war. Auch der Vater des Angeklagten hat bekundet, daß der Aufseher nicht selbst Züchtigungen vornehmen durfte. Der Angeklagte mußte also, daß er nicht prächtig durfte, und wenn er es dennoch tat, so tat er es vorsätzlich und widerrechtlich. In keinem Falle aber konnten ihm solche Züchtigungen geschehen, selbst wenn er das elterliche Züchtigungsrecht gehabt hätte, wie er sie vorgenommen hat. Wo in aller Welt gibt es einen Lehrer, einen Vormund oder eine Lehrperson, der die ihm anvertrauten Zöglinge selbst und erbarmungslos darauf los schlägt? Der Angeklagte durfte das um so weniger, als es sich nicht um kleine Kinder, sondern erwachsene Mädchen handelte im Alter von 18 bis 21 Jahren. Wo wird ein Vater seine erwachsenen Töchter so züchtigen, wie es der Angeklagte getan hat? Die öffentliche Aufmerksamkeit ist auf die Vorgänge im Asyl besonders dadurch gelenkt worden, daß in kurzer Zeit fünf Mädchen hintereinander an Tuberkulose starben, und zwar Mädchen, die ganz gesund in die Anstalt eingeliefert worden waren und in deren Familien keine Tuberkulose herrschte. Es ist nicht erwiesen, und ich möchte das im Interesse der Angeklagten betonen, daß die erlittenen Mißhandlungen die Ursache waren, daß die Mädchen erkrankten, aber immerhin haben die Todesfälle der noch so jungen Mädchen die allgemeinste Aufmerksamkeit erregt, und sie können bei Beurteilung der Sachlage nicht außer acht gelassen werden.

Einzelheiten.

Der Staatsanwalt weist auf die Zeugenaussagen hin, wonach der Angeklagte die Mädchen an den Haaren riß, sie in der Kälte stehen ließ, mit Wasser übergieß, sich mit Rot beschmierern ließ usw. Der Zeugin Kruse, die ebenfalls an Schwindstucht verstorben sei, sei nachgewiesen worden ein Nachtgeschirr über den Kopf geschoben worden. Sie mußte dann in der Kälte drauhen stehen, daß ihr der Inhalt am Kopfe ansetzte und sich dann mit kaltem Wasser reinigte. Eine Aufseherin des Krankenhauses zu Städtadt hat sich dahin geäußert, daß, wer als krank aus dem Asyl ins Krankenhaus komme, dieses lebend nicht mehr verlässe. Die Nachbarn der Angeklagten haben Mädchen längere Zeit in der Kälte sitzen sehen, während der Vorsteher in der Kälte herumging. Die Arrestzelle, der jede Stuh- und Schlafgelegenheit fehlte, war immer besetzt. Entlassene Mädchen wurden nach der Wiedereinkaufung durchgeprügelt. Wenn Zöglinge entließen, wurde für die Wiederergriffung eine Belohnung von 5 R. versprochen. Helfershelfer bedrohte man mit Strafen.

Der Pastor Jachson hat ebenfalls den Eindruck gehabt, daß die Mädchen verschähtet waren. Dieser erklärte, daß die Anstalt mehr den Eindruck eines Gefängnisses als einer Erziehungsanstalt machte. Daß die Zöglinge Schmutzerien begangen haben, ist ungewisselhaft, aber es ist erklärlich, wenn man die Aussagen der Zeuginnen heranzieht, daß sie nur selten austreten durften. Es wurden gegen die Mädchen Arreststrafen von 3 bis 5 Tagen verhängt und dabei nur Wasser und Brot gegeben. Das trägt nicht dazu bei, die Mädchen gesund zu erhalten. Der Angeklagte hat ohne jede Haus- und Dienordnung nach Willkür getan was er wollte. Es fehlte ihm jede Direktive und er hat sich auch keine gegeben.

Im Falle Behn hält der Staatsanwalt für erwiesen, daß das Mädchen Rot mit dem Munde aufnehmen mußte, daß sie gefesselt und niedergelassen wurde. Ich nehme aber nur gefährliche Körperverletzung in drei Fällen an. Ferner in dem Fall, wo das Mädchen nach Verwundung des Nachgeschirres gezwungen wurde, sich das Gesicht mit Rot zu beschmierern und den ganzen Tag mit dem Rücken über den Kopf in der Kälte drauhen stehen mußte, eine vollendete Missetat und schließlich in der Tatsache, daß sie den Rot mit dem Munde aufnehmen sollte und solange geschlagen wurde, bis sie niederkniete, eine verurteilte Missetat. Im Falle Kruse, die Kaffee aus dem Nachtgeschirr trinken sollte, nehme ich ebenfalls verurteilte Missetat an. Weiterhin sind erwiesen die Mißhandlungen der Dunkel, die mit einer Kette an das Fensterkreuz befestigt und erbarmungslos geschlagen wurde, so daß, wie das ärztliche Attest ausweist, der Körper braun und blau war. Die Angeklagten behaupten, daß die Mädchen auf dem Vagge mißhandelt worden seien, wo sie mit Männern verkehrten. Ich habe aber noch nie gehört, daß Männer, die mit Mädchen schön tun, diese auch mißhandeln. (Zweiter Teil.) Auch hier liegt gefährliche Körperverletzung vor. Im Falle Green scheint erwiesen, daß Frau Colander dem Mädchen das Gesicht entblößt und sie mit einem Rohrstock geschlagen

Satz. Wenn hier kommt eine Mithäterschaft der Schwiebe in Frage, daher scheidet er diesen Fall aus. Dagegen sei im Fall Kruse erwiesen, daß Frau Colander das Mädchen mit einem Schlüsselbund geschlagen habe, so daß dieses krank wurde. Hierfür sei die Angeklagte verantwortlich. Daß die Kruse auch noch vom Angeklagten mißhandelt worden sei, daß ihr das Nachtgeschir über den Kopf gegossen wurde, daß sie in den Arrest gesteckt wurde u. a. sei zwar erwiesen, er lasse aber hier die Anklage fallen, weil nicht die eigenen Zeugenaussagen der Verstorbenen herangezogen werden konnten.

Die vorliegenden Fälle reichen zur Verurteilung aus, er gleiche daher die anderen 5 bis 6 Fälle zurück.

Bei de*

Strafmaß

sei die außerordentliche Rohheit und Schwere der Mißhandlungen zu berücksichtigen, und daß die Mißhandlungen gegen solche Personen verübt wurden, denen man mit besonderer Liebe entgegenzutreten sollte. Denn es unterliege keinem Zweifel, daß derartige Mädchen nicht mit Knüttel und Kette auf den Weg des Rechts zurückgeführt werden könnten. Dazu gehörten ganz andere Mittel. Die Bekehrungen, welche der Angeklagte dem Zeugen Seemann gegenüber getan, bewiesen auch eine außerordentliche Rohheit und Bestialität der Gesinnung, weshalb ihm mildernde Umstände nicht auszubilligen seien.

Dagegen sei er der Meinung, daß die Strafe nicht zu hoch sein dürfe, denn es sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte nicht die nötigen Fähigkeiten für sein verantwortungsvolles Amt besaß. Vom Hörer weg als 23jähriger junger Mensch, ohne je ein Amt und dessen Verwaltung kennen gelernt zu haben, sei er Vorsteher geworden. Der Angeklagte hatte keinerlei Erziehungskenntnisse, er hatte noch kein einziges Kind erzogen und sollte nun eine so große Zahl von nicht ganz einwandfreien Mädchen erziehen. Das ging über seine Kräfte, und wir haben auch gehört, daß die Hälfte des Direktoriums ihn nicht wollte, aber die Stimme des Direktors, seines Vaters, gab den Ausschlag. Sine qua non, daß der Angeklagte keine bestimmten Direktiven hatte und nach Willkür handeln konnte, schließlich auch, daß die Mädchen auffällig waren und der Angeklagte noch unbestraft ist.

Der Frau billige er mildernde Umstände zu. Für den Angeklagten beantrage er für einen jeden Fall ein Strafmaß von acht Monaten, zusammen ein Jahr Gefängnis, die Frau 100 M. Geldstrafe wegen der Mißhandlung mit dem Schlüsselbund.

Verteidiger A.-A. Dr. Reinecke:

Es ist ein graufiges Bild, das sich vor uns entrollt, aber nur insofern, als man das Gericht zu belügen versucht hat, wie es noch kaum vorgekommen ist, und zwar gelogen hat zuungunsten der Angeklagten. Die vorgebrachten Sachen reichen zu einer Verurteilung nicht aus.

Was hat die Staatsanwaltschaft überhaupt zur Erhebung der Anklage bemerkt? Die Kruse lag sehr krank an Schwindsucht im Krankenhauste. Sie hatte ihre Mutter Sachen erzählt, die haarsträubend zu nennen sind, wenn sie wahr wären. Durch den Schmerz über den Tod ihres Kindes, das angeblich zu Tode geprügelt wurde, ist die Frau veranlaßt worden, Anzeige zu erheben. Dann haben sich allerlei Leute hineingemengt. Was mag noch hinter den Kulissen vorgegangen sein. Vielleicht, daß die Zeugen sich miteinander besprochen haben. Die Erfahrung lehrt auch, daß man besonders weiblichen Personen bei Aussagen mit besonderer Vorsicht entgegenzutreten muß. Dazu kommt die Vergangenheit der Mädchen und der Umstand, daß sie vorher andere Aussagen gemacht haben. Es ist gewiß etwas faul im Staats Dänemark, aber die Frage ist doch, inwieweit die Angeklagten schuldig sind. Ich glaube, daß die Angeklagten selbst die Ueberzeugung haben werden, daß sie nicht länger Leiter der Anstalt bleiben dürfen. Der Fehler lag am System. Im Direktorium herrschte nach Aussage des Pastor Holt ein latenter Widerspruch. Gegen die Angeklagten liegen, was die Sache selbst anlangt, nur widersprechende Aussagen vor. Auch hat sich keines der Mädchen beim Landeshauptmann beschwert. Ich meine daher, das Gericht kann sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß das Material zur Verurteilung ausreiche und beantrage die Freisprechung.

Erklärung der Angeklagten.

Der Angeklagte Colander erklärt: Die Strafhandlungen habe ich nicht begangen, ich fühle mich nichtschuldig und beantrage meine Freisprechung.

Frau Colander: Ich habe die Kruse nicht mit dem Schlüsselbund geschlagen und beantrage meine Freisprechung.

Um 5 Uhr nachmittags verkündet der Vorsitzende nach vierstündiger Beratung folgendes

Urteil:

Der Angeklagte ist am 1. Oktober 1903 in der milden Stiftung „Blöhmische Widwid“ als Hausvater angestellt worden. Die Anstalt ist eine private Unternehmung, steht aber unter staatlicher Aufsicht. Die Aufsicht wird von einem Direktorium ausgeübt, an dessen Spitze Colander sen., der Vater des Angeklagten, steht. Der Weg, auf dem die dort untergebrachten Mädchen wieder zu einem

ordentlichen Lebenswandel angehalten werden sollen, ist der Weg der Arbeit. Eine Hausordnung bestand nicht, ebensowenig ein Dienstreglement. Das Uebel wurde wiederholt vom Direktorium und von den staatlichen Aufsichtsbehörden bestraft. Es hat sich da nichts zu erinnern gegeben, da äußerlich alles in Ordnung war. In den letzten 5-6 Jahren, aber auch schon früher sollen die Mädchen eine Behandlung erfahren haben, wie sie in anderen Anstalten nicht üblich war. Es kam so weit, daß Beschwerden über vorgekommene Mißhandlungen dem Direktorium Anlaß gaben, dem Angeklagten jede körperliche Züchtigung zu verbieten. Nach dem Zeugnis des Bürgermeisters Brandes ist festgestellt, daß mit dem Angeklagten ein Protokoll aufgenommen wurde, wonach das Direktorium der Anstalt der Ansicht war, daß dem Angeklagten ein Züchtigungsrecht nicht zustand. Dem Angeklagten wird nun zur Last gelegt, daß er nicht nur Züchtigungen, sondern auch gefährliche Körperverletzungen und Nötigungen seinen Zöglingen gegenüber begangen hat. Es fragt sich nun in rechtlicher Beziehung: Hatte der Angeklagte ein Züchtigungsrecht? Diese Frage ist zu verneinen. Ein solches steht nur Eltern, Vormündern, Lehrern usw. zu. Er ist aber nicht Vormund seiner Zöglinge gewesen. Im übrigen hätte ihn auch das Amt als Vormund nicht befugt, solche Strafen zu verhängen. Es fragt sich ferner: War der Angeklagte über die Nichtberechtigung zu Züchtigungen orientiert? Diese Frage ist bejaht worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der eigene Vater ihm sagte, er dürfe die Mädchen nicht züchtigen. Dem Angeklagten werden nun eine Reihe Vergehen der gefährlichsten Körperverletzung, der versuchten und vollendeten Nötigung zur Last gelegt. Er soll die Dunkel, Kruse, Behn und andere Mädchen körperlich mißhandelt und zum Teil auch genötigt haben. Was den Fall Dunkel anlangt, so hat der Gerichtshof auf Grund der Zeugenaussagen und des ärztlichen Gutachtens als erwiesen angenommen, daß der Angeklagte das Mädchen an den Händen mit einer Kette geschlossen und mit einem Stock geschlagen habe.

Das sind vorfällige Mißhandlungen mittelst eines gefährlichen Werkzeuges. Ferner hat er sie an den Haaren geschleift, ihr auf der Brust gefeilt und ins Gesicht geschlagen. Das sind Mißhandlungen unter Verletzung der Berufspflicht. Bei der Kruse liegt nicht Mißhandlung, sondern ein Fall vorfälliger Körperverletzung vor. Im übrigen ist nicht festgestellt, daß der Angeklagte vorfällige Körperverletzungen begangen hat. Ferner ist im Fall Kruse Nötigung durch Gewalt und Drohung erwiesen. Im Fall Kruse wäre das Strauschilden vor die Tür und Stehenlassen von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends als eine Nötigung schlimmster Art angesehen worden, wenn das Gericht nicht hätte annehmen müssen, daß der Angeklagte an jenem Tage früh fortgegangen und erst abends wiedergekommen ist und das Mädchen sofort nach seiner Rückkehr wieder in das Haus ließ. Desgleichen ist nicht festgestellt, daß der Angeklagte einem Zögling das Nachtgeschir über den Kopf gekippt hat. Es kann sein, daß es sich hier um eine Mithäterschaft handelt. Im Fall Runge ist die Tatsache, daß sie sich das Gesicht mit Rot beschmierem mußte, als versuchte Nötigung aufgefaßt worden. Ebenso die Tatsache, daß sie ihren Rot selbst aufnehmen und aus einem Nachtgeschir Kaffee trinken mußte.

Was die Frau Colander anlangt, so wird sie beschuldigt der Mißhandlung in vier Fällen. Das Gericht konnte aber hier ohne das ebliche Zeugnis der verstorbenen Kruse nichts anfangen, so daß die Beweise nicht ausreichend zu einer Verurteilung sind.

Was die Strafmaßung anlangt, so hat das Gericht erwogen, daß der Angeklagte sich in einer Vertrauensstellung befand, in der er sich als darmherziger, christlicher Mensch erweisen sollte. Es ist nicht leicht, so etwas zu tun, wenn man so jung ist wie der Angeklagte und keine Vorbildung besitzt. Der Angeklagte ist auf dem unrichtigsten Wege vorgegangen. Freilich hat er mit einem schlechten Menschenmaterial zu tun gehabt, das berechtigte ihn aber noch nicht zu seinen Strafen. Auch die Jugend des Angeklagten ist berücksichtigt worden, so daß ihm mildernde Umstände zugesprochen wurden. Das Gericht hat zwei Fälle von vorfälliger Körperverletzung und zwei Fälle von Nötigung angenommen und eine Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis ausgesprochen, die Frau Colander wurde freigesprochen.

Dem Angeklagten wurden beim Verlassen des Saales Schmäufchen nachgerufen.

Das Strafmaß ist ein auffallend niedriges. Es hat das Gericht alle Fälle, in denen Verstorbene schwer gemißhandelt wurden, ausgeschieden. Aber auch nach Ausschcheidung dieser Fälle blieben eine Reihe vom Gericht für erwiesen erachteter Fälle so feiger, niedriger, ekelhafter, roher und systematisch betriebener Brutaltäten übrig, daß als gerechte Strafe nur eine nach Jahren zu bemessende erwartet werden durfte. Das Gericht hat als Milderungsgrund vor allem die Unfähigkeit des Angeklagten erachtet. Damit ist indirekt das zum Himmel schreiende System unseres Fürsorgegesetzes verurteilt. Ein junger Mann ohne jegliche Erfahrung wird, lediglich weil sein Vater Direktor der Anstalt ist, zum Hausvater ernannt. Hinreichende Beaufsichtigungen und Revisionen der Anstalt fanden nicht statt. Mädchen im Alter von 18 bis 21 Jahren mußten

sich die entwürdigendste, schmachlichste, ihr Leben gefährdende, ihr Menschthum und den Rest von Schamgefühl vernichtende Behandlung schuldlos gefallen lassen. Durch Ausschungen der Mädchen spart der Hausvater. Die Revision fand, abgesehen von der Ausschungen der Mädchen, nie etwas zu erinnern, bis infolge der bestialischen Behandlung hintereinander Mädchen starben und eine Mutter Anzeige erstattete. Dann wurde endlich seitens der Behörde eingeschritten. Aber nicht etwa der Menschenschinder seines Amtes entsetzt. Er konnte ferner seine Biegebefohlenen behandeln, ja auf ihre späteren Aussagen Einfluß ausüben! Nur die Staatsanwaltschaft schritt ein. Und auch diese erhob nicht Anklage wegen Mordes der fünf verstorbenen Mädchen, deren Tod durch Mißhandlungen und Hunger herbeigeführt zu haben der Angeklagte nach dem Ergebnis der Verhandlung dringend verdächtig ist. Selbst die Anklagen wegen Mißhandlung dieser armen Opfer unseres Fürsorgegesetzes ließ der Staatsanwalt trotz des erdrückenden Beweismaterials fallen, weil — die Verstorbenen nicht mehr ausfragen können. Nach diesem Grundsatz müßte künftighin jede Anklage wegen Mordes unterbleiben, weil ja der Ermordete Zeugnis nicht ablegen kann. Angenehme Perspektiven für Mordtuben! Wäre eine Anklage wegen Mordes gegen den ehrbaren Hausvater und die Verweigerung dieses Teils der Anklage an das Schwurgericht nicht gerechter gewesen?

Welt mehr als die Milde des Urteils und das Falllassen der Hauptanklagen gegen den Hausvater, der durch Hinweis auf seine ordnungsparteiliche Tätigkeit bei der letzten Reichstagswahl sich seinen Richtern zu empfehlen suchte, fallen durch die Verhandlungen die Schäden des preussischen Fürsorgegesetzes auf. Welche Erfolge hat die „Blöhmische Widwid“ aufzuweisen? Fünf Mädchen sind frühzeitigem, qualvollem Tode überantwortet und der Rest zu Turen „erzogen“, die letzte Spur jeder Selbstachtung ist in den armen Kindern systematisch getödtet worden.

Hierfür mitverantwortlich ist die Verwaltung unseres Fürsorgegesetzes und das System selbst. Unser Fürsorgegesetz hat nicht die Wirkung, daß es mangelnde Erziehung ersetzt, die körperlichen, geistigen und sittlichen Fähigkeiten der Fürsorgezöglinge weckt und ausbildet, auf daß diese den schweren Kampf ums Dasein bestehen können, vielmehr muß das preussische Fürsorgegesetz in dem Geiste, wie es gehandhabt wird, mit Notwendigkeit die körperlichen, sittlichen und geistigen Fähigkeiten der der Fürsorgeobhut Anvertrauten vollends vernichten. Die Richtung, welche Prügeln gestattet, muß, auch wenn nicht Scheuseligkeiten in der in Zuehne festgestellten Art dabei begangen worden, zum Austreiben alles Menschlichen aus dem Menschen, zu einer Erniedrigung des Menschen zu einer willenlosen Maschine führen. Die Ausführungsbestimmungen zum Fürsorgegesetz legen den Hauptwert darauf, Arbeitskräfte für die Landwirtschaft aus den Fürsorgekindern zu machen. Gegen die Möglichkeit, daß ähnliche Fälle wie die in Zuehne aus Tageslicht gebrachten, vorkommen und sich wiederholen, ist keine Fürsorge getroffen. Wiederholt haben wir auch aus anderen Fürsorgeanstalten Fälle anführen müssen, die den heuchlerischen Charakter der Anpreisung unseres Fürsorgegesetzes dartun. Hier muß endlich Wandel geschaffen werden. Ein Reich, das Gesetze und Ausführungsbestimmungen zu demselben dichtet, welche Fälle wie die Glühfadler ermögligen, schlägt seiner Kulturaufgabe ins Gesicht. Die Kinder sind das teuerste Gut, das die Nation hat. Sie unter dem Vorgeben einer Fürsorgeerziehung zum Dinger für heißhungerige Leute zu machen, ist ein zum Himmel schreiendes Unrecht.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	15. I.	14. I.		15. I.	14. I.
Remel, Mühl	254,9	-4	Saale, Großsch.	60	-2
Bregel, Bismarck	8 ¹⁾	-5	Saale, Spandau	63	+2
Beitel, Thorn	166 ¹⁾	+12	Rademans	72	-4
Ober, Ralthe	88	-5	Spre, Spremberg	72	+2
Kroffen	177	+25	Beckum	70	+1
Frankfurt	124 ¹⁾	-4	Selzer, Münden	-61	+24
Saale, Sierum	143	+2	Winda	10	+27
Landberg	85 ¹⁾	+3	Rein, Raguniansau	306	-63
Rege, Borkum	10	-1	Kaub	120	+31
Eide, Letmeritz	-50	-2	Klin	89	+36
Dresden	-222	+2	Rezar, Heilbrunn	175	+122
Harz	24	+6	Rain, Wertheim	152	+35
Magdeburg	28	+2	Roel, Zriem	253	+117

+) + bedeutet Quab., - Fall. - ? Unterregel. - ? Stöhrand.



Rosenthaler Str. 24
Ecke Gipsstraße

Inventur-Verkauf!
Große 25 cm doppelseitige Platten.

Echte Graphophon-Platten 17 cm jetzt **35 Pf.**

Reparaturen ohne Rücksicht auf Fabrikat schnell und billig.

Seltene Gelegenheit! Dieser Apparat, genau wie Abbildung, mit Konzert-Schalldose u. 35 cm großem Blumentrichter u. 10 großen echten Lyrophon-Platten aus M. 23.75.

Phonographen-Katz

Dirksenstraße 20, direkt am Bahnhof Alexanderplatz.

Glänzende Neuaufnahmen aus „Mitternachtsmädchen“, „Donnerwetter - tadello“, „Die Dollarprinzessin“, „Walzertraum“ etc. Nur Schillager! Bestes Fabrikat!

Echt amerikanische Goldguß-Walzen solange Vorrat **25 Pf.**

Sonntag von 9^{1/2}-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

Andreas-Straße
Ecke Blumenstraße

Nur diese Woche!

Ganz Berlin freut sich

Man weise minderwertige Nachahmungen zurück.

über den **großen Erfolg** und die **vorzügliche Qualität** der **Bouillon-Würfel** Marke „**Krone**“



1 Würfel 5 Pfennig
Überall käuflich.

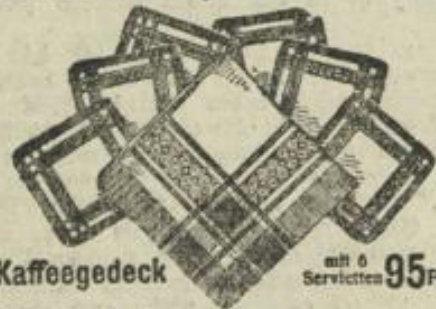
Jandorfs 95 Woche

Soweit Vorrat.
Verkauf an Wiederverkäufer
findet nicht statt.

Die annoncierten Artikel stellen nur einen Auszug aus den einzelnen Abteilungen dar. An jedem Lager ist eine grosse Auswahl von 95-Pfg.-Artikeln vorhanden. Wir machen noch besonders auf unsere Schaufensterdekoration aufmerksam.

Bis Sonnabend den 23. Januar

- 3 Meter Renforcé, Hemden- oder Louisanatuch
- 3 Meter Hemden-Barchent
- 2 Meter Dimiti in diversen Streifen, schwere Qualität
- 2 1/2 Meter Molton in vielen Farben
- 2 1/2 Meter Velour-Barchent in neuesten Dessins
- 2 1/2 Met. Pique- o. Körper-Barchent
- 2 Meter Schürzenstoff
- 1 Plättdecke
- 1 Barchent-Bettflaken weiss oder bunt
- 1 Tischtuch Drell oder Jacquard
- 1 Dutzend Jacquard-Servietten



Kaffeegedeck mit 6 Servietten 95 Pfl.

- 1 Kaffeedecke mit geknüpften Franzen
- 1/4 Dutzend Gerstenkornhandtücher halbesmetrisch geknüpft und gebündelt
- 1 Dutzend Wischtücher
- 1 Rolltuch mit Jacquard-Bordüre
- 2 weisse Stubenhandtücher
- 3 bunte Küchenhandtücher
- 1 Frottierlaken in schwerer Qualität
- 1 Frottierhandtuch weiss oder mit bunter Jacquardbordüre
- 1/2 Dutzend gelbe Poliertücher
- 1 Tändelschürze weiss Stickerel-Stoff, ringsherum Volant
- 1 Tändelschürze Satin in verschiedenen Farben mit Spitzen-Ein- und Ansatz schwarz Satin, Lasting oder Panama
- 1 Tändelschürze mit Trägern, weiss Batist, ringsherum Stickerel
- 1 Tändelschürze mit Träg. in hübsch. gemust. Organdy und Spitzen-Volant
- 1 Hausschürze mit Volant und Tasche, schwarz oder farbig
- 1 Miederschürze mit Trägern in schwarz Panama
- 1 Miederschürze mit Trägern, hell oder dunkel gemustert
- 1 Reformschürze mit Trägern u. Tasche, blau-weiss punktiert, Kretonne ringsherum Volant
- 1 Kleider-Reformschürze mit Besatz, einfarbig oder gemustert Stoff
- 1 Kinder-Reform-Hänge-Schürze ca. 45-70 cm lang, schwarz oder farbig gemustert
- 1 Kinder-Hänge-Schürze ca. 45-70 cm lang, weiss Batist mit Stickerel-Garnierung
- 1 Kinder-Kimono-Schürze ca. 45-70 cm lang, weiss Batist oder farbig gemustert

ca. 4500 Dtzd. Batist-Taschentücher mit oder ohne Hohlbaum, für Damen und Herren in weiss, 1/2 Dtzd. 95 Pfl. oder weiss mit buntem Rand

- 1/2 Dutzend Taschentücher mit Buchstaben bunt für Herren
- 1/2 Dutzend Taschentücher weiss Linon
- 1 Korsett Empire-Fasson, elegante Garnierung, gemustert Stoff
- 1 Korsett halbhohle Fasson, auf Spiralfedern
- 1 Frack-Korsett grau Drell
- 1 Korsett-Tuch weiss Batist, reich garniert
- 1 Paar Trikothandschuhe für Damen, mit Seidenfutter und 2 Druckknöpfen
- 1 Paar lange Strickhandschuhe für Damen, weiss
- 1 Paar lange imit. Schwedenhandschuhe für Damen, weiss, farbig oder schwarz
- 1 Kissenbezug Javastoff, mit Volant, handgestickt
- 1 Stuben-Paradehandtuch fertig, blau oder rot
- 1 Paradehandtuch mit reichen Durchbrüchen, schöne Vorzeichnungen
- 1 Tischläufer mit reichen Durchbrüch., neue Vorzeichnung
- 1 Tischdecke mit reichen Durchbrüchen moderne Vorzeichnungen
- 1 Bettwandschoner aus grauem Fantasiestoff, garniert und vorgezeichnet
- 1 Paradehandtuch Linon vorgezeichnet, mit Lochsaum u. madeiraartigen Durchbrüch.
- 1 Tischdecke Linon, vorgezeichnet mit Lochsaum und madeiraartigen Durchbrüchen
- 1 Spielschürze reich garniert und vorgezeichnet



Russenkittel aus marinesblauen Chevrot, karierten Stoffen oder inleiert Leinen, schön garn., in d. Läng. 95 Pfl. 45-60 cm

Grosse Posten Seiden- und Wollstoffe

- Louisine** einfarbig, reine Seide in grossem Sortiment durchweg Meter
- Taffet oder Louisine** in den apartesten Streifen und Karos
- Schwarze Seidenstoffe** gute Qualität
- Blusen- u. Kleidersammete** in grosser Auswahl
- Alpaka** schwarz oder farbig, aparte Streifen oder Karos in den schönsten Mustern
- Chevron, Diagonal od. Cheviot** in reiner Wolle

95 Pfl.

Damen-Gummi-Gürtel

- 1 Bluse aus mod. karierten od. gestreift. Stoffen in hellen und dunklen Mustern, m. Krawatte garniert
- 1 Bluse aus dicken Barchent-Stoffen in schönem Farbensortiment
- 1 Bluse Hemdfasson in schönen Tennisstreifen
- 1 Bluse aus weissem Batist mit Spitzenpasse, Vordertheil reich garniert, mit Einsätzen und Säumchen
- 1 Matinee a. Barchentstoffen in hellen und dunklen Mustern
- 1 Unterrock aus modelfarbig. Kreton, mit plissiertem Volant, Soutache u. Treppengarn, aus imit. Velourstoffen m. eingewebte Bordüre
- 1 Kinderkleid Stickerelkragen und Soutachegarnitur, in Längen 45-60 cm
- 3 Serviteurs weiss für Herren, Leinen viert., mod. Fasson
- 3 Stehkragen für Herren, mod. Fasson
- 2 Stehumlegekragen für Herren vierfach
- 2 Paar Manschetten für Herren Lein. viert.
- 1 Yachtclubmütze für Herren
- 1 Matrosenmütze für Mädchen oder Knab. m. Schriftb.
- 1 Prinz Heinrich-Mütze f. Knab., blau Tuch mit Lederschirm zuzusamm.
- 1 farbiges Serviteur extra gross, in ganz modernen neuen Stoffen
- 1 weiss. Kragen-Schoner reine Seide, schwere Qualität
- 2 Regattes für Steh- oder Stehumlegekragen
- 1 Kragen- u. Manschetten-Garnitur für Kinder Matrosen- o. runde Form, weiss od. écar., in barvorragend schön. Mustern
- 1 modernes Jabot und 2 plissierte Bäfichen
- 1 Spachtel-Passe oder Kragen in neuesten Mustern
- 1 Gibson-Collarette mit Rüschen-Garnierung in vielen sehr eleg. Ausführungen
- 1 Spachtel-Kimono in verschiedenen Ausführungen
- 6 Stück feine Halsrüschen im Karton
- 1 hochmod. Tüll- o. Spitzen-Jabot in 10 verschiedenen Ausführungen
- 6000 Kup. Schweizer Wäsche-Stickerelen in schönen Mustern, Kupon Met. 4/4, 4/10
- 1 Filztuch-Tischdecke reich bekurb. mit Applikat.
- 1 Filztuch-Komodendecke mit Applikat.
- 1 Divankissen imitiert Leinen oder Filztuch, reich appliziert
- 1 Schlafdecke gemustert, mit hübscher Bordüre
- 1 Axminster-Bettvorleger ca. 50/100 cm
- 2 Erbstüll-Scheibenschleier m. Volant, Stange und Zubehör
- 1 Erbstüll-Läufer u. 2 Sophadecken reich mit Band besetzt
- 1 Filztuch-Lambrequin reich bekurbelt
- 1 Paar Herren-Filzpantoffel in verschiedenen Ausführungen
- 1 Paar Damen-Plüschpantoffel m. Ledersohle u. Absatzfleck
- 1 Paar Damen-Ledertuchpantoffel Linoleumsohle
- 1 Paar Damen-Filzschuhe mit Filz- und Linoleumsohle



Golfbluse hell oder dunkel farbig 95 Pfl.

- 1 Damenhemd Achsel- od. Vorder-schluss m. Languetten
- 1 Damen-Fasson-Hemd mit verschiedener Stickergarnierung
- 1 Damen-Nachtjacke in Barchent oder Dimiti mit Languetten
- 1 Damen-Beinkleid Knie- oder lange Form, in Barchent oder Hemdtuch
- 1 Damen-Anstands-Rock weiss Barchent, mit Volant
- 1 Untertaile aus reichem Stickerel-stoff, m. Stickerel-Achsel und breitem Band-Durchzug
- 1 Untertaile m. reicher Spitzen-Garnierung und breitem Band-Durchzug
- 1 Herren-Hemd Hemdtuch, mit Falze
- 1 Kissenbezug mit verschied. Einsätzen oder gebogtem Rand
- 1 Knaben-Stoffbluse a. blauem Chevrot o. dunkelmeiliert. Stoff für das Alter von 3-8 Jahren
- 1 Knaben-Tennisbluse aus dunkelblau- und weissgestreiften Tennisstoffen für das Alter von 3-8 Jahren
- 1 Knaben-Stoffhose aus blauem Chevrot od. halbtönen dunkelgrünen Stoffen, für das Alter von 3-8 Jahren
- 1 garnierter Tirolerhut für Damen
- 1 Toilettehalter komplett mit
- 1 Rolle Toilettepapier
- 1 Lichtmanschette, 1 Licht
- 1 Flasche Bay-Rum
- 1 Karton enthaltend 12 Stück Blumenfettseife
- 6 Stück Lanolinseife



Bluse aus Baumwoll-Mousseline mit Spitzenpasse 95 Pfl.

- 5 grosse Stücke Fliederseife zusammen 95 Pfl.
- 1 Brenmmaschine
- 1 Lockenschere
- 1 Wellenschere
- 1 Kreppschere
- 1 Flasche Eukalyptus- o. Kräuter-Mundwasser
- 1 grosses Fensterleder
- 1 Läufer elegant 100 ge-zackte Papierservietten
- 100 Bogen Elfenbein, Leinen oder Repp-Post
- 100 Kuverts
- 6 grosse Rollen Toilettepapier
- 5 Pakete ca. 500 Bogen Butterbrotpapier
- 100 Berliner Ansichtskarten schwarz und bunt sortiert
- 6 Romane guter Autoren nach Wahl
- 1 Postkarten-Album für 500 Karten
- 1 Reisetasche ca. 33 cm
- 1 Krümelschaufel u. Bürste vernickelt
- 1 gerahmtes Bild ca. 58 cm lang, 29 cm breit
- 3 Metall-Bilderrahmen (1 Kabinett, 2 Visité)
- 1 Hausapotheke nussbaumartig
- 1 Wandspiegel ca. 55 cm lang, 40 cm breit
- 1 Handtasche Leder mit Einrichtung
- 1 Handtasche, 1 Portemonnaie im Kart.
- 1 Markttasche Wachtuch, ca. 39 cm gross
- 1 gerahmter Haussegen ca. 40 cm lang, 33 cm breit
- 1 Kammgarnitur 6-stellig
- 1 Photographiealbum hohes format
- 1 Panelbrett nussbaumartig, mit Glasschale und Tulpe ca. 30cmhoch
- 3 Paar Damenstrümpfe deutschlang, schwarz, Fuss ohne Naht
- 3 Paar Damenstrümpfe englisch lang, schwarz oder lederfarbig
- 3 Paar Herren-Schweisssocken 1/2 gestrickt, englisch lang,
- 3 Paar Kinderstrümpfe verschiedene Grössen, schwarz oder lederfarbig, verschiedene Grössen für Damenstrümpfe
- 6 Paar Ersatzfüsse schwarz od. lederfgr.

- 1 Paar Kinder-Filzschlappenstiefel
- 1 Paar Kinder-Filzhausschuhe Grösse 27-33
- 1 Paar Kinderstiefel f. Leder od. Stoff Grösse 17-21
- 1 Paar Damen-Tuchpantoffel mit Filzsohle und Absatzfleck
- 1 Paar Damen-Filzpantoffel mit Filz- und Ledersohle
- 2 Paar Damen-Plüschpantoffel mit Filzsohle
- 1 Herrenhemd od. Beinkleid Normal- oder Maccolfarbig, in 3 Grössen
- 4 Korsettschoner mit Einsatz
- 2 Auto-Shawls weiss, mit Franzen
- 1 Knaben-Sweater einfarbig od. gemust. in 3 Gröss.
- 1 Kinder-Trikot normalfarbig od. grau mit angewebt. Futt., all. Gröss.

- 1 Obstmesserständer mit 6 Obstmessern
- 1 Wandspiegel ca. 55 cm lang, 40 cm breit
- 1 Handtasche Leder mit Einrichtung
- 1 Handtasche, 1 Portemonnaie im Kart.
- 1 Markttasche Wachtuch, ca. 39 cm gross
- 1 gerahmter Haussegen ca. 40 cm lang, 33 cm breit
- 1 Kammgarnitur 6-stellig
- 1 Photographiealbum hohes format
- 1 Panelbrett nussbaumartig, mit Glasschale und Tulpe ca. 30cmhoch
- 3 Paar Damenstrümpfe deutschlang, schwarz, Fuss ohne Naht
- 3 Paar Damenstrümpfe englisch lang, schwarz oder lederfarbig
- 3 Paar Herren-Schweisssocken 1/2 gestrickt, englisch lang,
- 3 Paar Kinderstrümpfe verschiedene Grössen, schwarz oder lederfarbig, verschiedene Grössen für Damenstrümpfe
- 6 Paar Ersatzfüsse schwarz od. lederfgr.

- 1 Porzellan-Kaffeeservice für 6 Personen 9 Teile dekoriert
- 1 Porzellan-Kaffeeservice 4 Teile
- 6 Porzellantassen mit Untertassen, dekoriert
- 1 Porzellan-Kaffeekanne dekoriert, grosse Form
- 8 Stück Porzellan-Speiseteller nach
- 6 Stück Porzellan-Speiseteller tief
- 6 Porzellan-Dessertteller dekoriert
- 1 Porzellan-Suppenterrine f. 12 Personen dekoriert Satz 6 Stück
- 1 Satz Porzellan-Milchtöpfe dekoriert
- 1 Schöpflöffel, 1 Schaumlöffel, 1 Fischheber, 1 Fleischklopfer } zusammen 95 Pfl.
- 1 Porzellan-Butterdose m. 3 Dessert-sellera
- 1 Porzellan-Salz- u. 1 Mehlmeste mit Holzrückwand mit 6 Eier-bech., dekor.
- 1 Satz Salattieren grosse Form, gerippt, 6-teilig
- 1 Glasaufsatz mit Vase Waschs-service mit Fond, 3-teilig
- 2 Stück Glasvasen mit Goldrand
- 1 Likörservice mit Glasblecht, 8-teilig
- 1 Kompottschale „Diamant“ mit 6 Tellern 1/4 Liter Inhalt
- 10 Stück Gambrinusbecher
- 1 Holzgarnitur bestehend aus: 1 Küchenbrett, 1 Wurstbrett, 1 Messerputzbrett, 3 Quirls, 2 Löffel, 1 Rührlöffel, 1 Fleischklopfer, 1 Reibekeule } zusammen 95 Pfl.
- 2 vernickelte Teeglashalter mit Glas und Tablett
- 1 Salontisch nussbaumartig
- 1 Eckbrett braun, mit 13 Haken, ca. 42 cm lang
- 1 Kleiderriegel mit 5 verstellbaren Haken
- 1 Leiter 4-stufig
- 1 Petroleumkanne 3 Liter, fein lackiert mit Stiel
- 1 Rosshaarbesen
- 6 Paar Messer und Gabeln
- 3 Paar Messer und Gabeln Stahlgabel, 4-kantiges Heft Krug u. 6 Ollaer
- 1 Messerbrett mit 1 Brotmesser, 1 Küchenmesser, 1 Fleischmesser } zusammen 95 Pfl.
- 1 Plättbrett und ein bezogenes Aermelplättbrett
- 1 Kopfbürste, 1 Hutbürste, 1 Kleiderbürste
- 12 versilberte Messerbänke
- 6 Gläsersteller mit Majolikaritzage und vernickeltem Rand
- 1 Brotkorb Aluminium
- 6 Teelöffel im Etui
- 6 Alpaka-Teelöffel oder 3 Alpaka-Esslöffel
- 1 Emaille-Sand-Seife-Soda-Garnitur neublau oder weiss
- 1 Emaille-Kaffeekanne u. 1 Emaillemilchtopf neublau o. weiss
- 1 Schwarzwälder Uhr gutgehend oval, fein lackiert und dekoriert
- 1 Brotkorb geflochten, mit Majolika-Einlage u. vernick. Rand aus Holz, gestrichen und lack., m. Deckel u. Schrift
- 1 Kohlenkasten
- 1 lackierter Deckelhalter mit 6 Emaille-Deckeln
- 1 Emaille-Ascheimer mit Aufschrift mit Rand u. Deckel ca. 20 cm
- 1 Emaille-Schmortopf ca. 20 cm
- 1 Emaille-Eimer dekoriert
- 1 Emaille-Eimer neublau, mit Deckel ca. 10, 12, 14, 16 cm
- 4 Emaille-Kasserollen neublau oder weiss ca. 14 cm, fein dekoriert
- 1 Tischlampe mit Eisenfuss, 10"
- 1 Küchenlampe dekoriert, mit Spiegelblende
- 6 Glühstrümpfe und 6 Gaszylinder
- 3 Gas-Selbstzünder
- 1 Strausslederwedel
- 1 Pfund Kaffee
- 1 Flasche Kognak oval, ca. 40 cm, grau oder neublau 95 Pfl.
- 1 Flasche Kümmel
- 1/2 Pfund Kakao, 1/4 Pfund Tee
- 1 Flasche Halb und Halb
- 1 Flasche Stonsdorfer
- 2 1/1 Dosen Gemischtes Gemüse



Waschs-service mit Fond, 3-teilig



Waschs-service mit Fond, 3-teilig



95 Pfl.



95 Pfl.

Zurück auf Aristoteles!

Um den Kampf gegen die „Marx-Epigon“ mit der ganzen mächtigen Kraft des Revisionismus zu führen, hat die „Frankfurter Tagespost“ nach dem Münchener Parteitag eine wissenschaftliche Wochenbeilage, den „Vollsbildner“, gegründet.

Seitdem sind 14 Nummern des „Vollsbildners“ erschienen, ohne daß das Blättchen sonderliche Beachtung in der Parteipresse gefunden hätte; denn was es verzapft, ist wesentlich ein verdünnter Abpült des gewöhnlichen liberalen Aufklärungs mit schmeicheleigenen Paprika-Mehlschöben.

In gewisser Hinsicht ist dem Genossen Heinrich Harpuder sogar der alte Genosse Aristoteles schon zu marxistisch angehängelt. Zu Anfang seiner „Politik“ verlangt Aristoteles, daß man bei der methodischen Betrachtung der politischen Verhältnisse diese in ihrem „Entstehungsprozesse“ verfolgen, also, wie wir heute sagen würden, die historisch-genesische Methode anwenden müsse.

Einer der wesentlichsten Fortschritte von Marx über die englische klassische politische Ökonomie hinaus besteht bekanntlich darin, daß er die heutigen wirtschaftlichen Kategorien als historische Erscheinungen auffaßt. Im Gegensatz zur englischen Schule, die die ökonomischen Gesetze der sich vor ihren Augen vollziehenden Warenproduktion als allgemein natürliche Gesetze alles wirtschaftlichen Lebens, als abstrakte Gesetze aller Zeiten auffaßt, hat nach Marx jede Entwicklungsperiode ihre besonderen, historisch bedingten Gesetze, und demnach können diese Gesetze auch nur historisch erfaßt, d. h. aus dem Entwicklungsverlauf heraus begriffen werden.

Genosse Heinrich Harpuder knarrt in seiner Abneigung gegen den Marx'schen Historismus diese Methode. Er fängt nach altem Schema wieder mit den abstrakten allgemeingültigen Grundlegungen an. In seinem ersten Artikel setzt er uns auseinander, daß der Mensch nicht nur ein „Naturwesen“, sondern zugleich ein „Sozialwesen“ ist, das in „Gesellschaft“ lebt.

Diese jugendlich-stürmische Harpudersche Logik ist doch etwas gar zu vornehm. Zunächst gilt es doch wohl festzustellen, was eine Gesellschaft ist, weiter inwiefern sie etwas Gleichbleibendes oder Veränderliches ist, ob sie sich entwickelt, ob es also verschiedene „Gesellschaftsformen“ gibt, und endlich, ob in diesem Entwicklungsverlauf immer die gleichen Tendenzen zum Durchbruch kommen, d. h. dieselben Gesetze sich durchziehen, oder ob jede Entwicklungsperiode auch ihre besonderen Gesetze hat.

Darauf folgen im zweiten Artikel allerlei Beschränkungen über die Wirtschaftslehren des Aristoteles, Plato, Colbert, Quesnay, Smith, Marx und Engels, und darauf im dritten Artikel endlich die gründliche systematische Untersuchung der wirtschaftlichen Erscheinung.

Was ist Wirtschaft? Antwort: Das Wirtschaften ist auf Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse gerichtet. Und was ist ein Bedürfnis? Das Bedürfnis entsteht aus dem Gefühl eines Mangels. Es verändert, kompliziert, vermannigfaltigt sich, aber im großen und ganzen ergibt sich doch eine gewisse Gleichheit und Gleichartigkeit. Die Tätigkeit, die auf Bedürfnisbefriedigung gerichtet, so wird dann im nächsten Artikel nochmals angefaßt, ist wirtschaftliche Tätigkeit. Aber der Mensch hat keine „wirtschaftliche

Natur“. Der primitive Mensch versteht nicht hauszuhalten, nicht zu wirtschaften; er lernt es erst. Es gibt also eine Wirtschaftsentwicklung. Sie geht dahin, daß die Hand immer mehr und mehr in immer rascherem Tempo vom Munde getrennt, immer weiter von ihm getrennt wird. Es findet, wie Genosse Harpuder sich ausdrückt, „eine Trennung der Konsumtions- und der Produktionswirtschaft“ statt.

Im fünften Artikel wird darauf in gleicher voraussetzungsloser Weise auseinandergesetzt, daß jene Gegenstände, die Mittel der Bedürfnisbefriedigung sind, Güter genannt werden. Da aber der Mensch die Fähigkeit der Gegenstände, diesem Zweck zu dienen, nicht immer erkennt, so ist eigentlich nur das ein Gut, was der Mensch für geeignet hält, ein Bedürfnis zu befriedigen. Und wie es verschiedene Bedürfnisse gibt, so gibt es natürlich auch verschiedene Arten von Gütern; freie und wirtschaftliche, materielle und immaterielle, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Genussgüter und Produktivgüter (Produktionsmittel).

Damit ist Harpuders voraussetzungslose systematische Grundlegung der Nationalökonomie beendet. Der Leser ist nun befähigt, nicht nur die Marx'sche Werttheorie, an der sich schon so manche Volkswirtschaftler die Zähne ausgebissen haben, zu verstehen, sondern sie auch kritisch zu würdigen. Zwar weiß der Leser noch gar nichts von der Wirtschaftsentwicklung, auch nichts von der heutigen Warenproduktion, selbst der Begriff Ware ist ihm unbekannt; und noch weniger weiß er von der Entstehung und der Entwicklung der Wertlehre; doch das ist unnötig; die Tatsache, daß er erfahren hat: das Wirtschaften richtet sich auf die Befriedigung von Bedürfnissen und die Bedürfnisse entstehen aus Mangel, genügt der voraussetzungslosen Harpuderschen Wissenschaft zum Verständnis der schwersten ökonomischen Probleme.

Genosse Harpuder beginnt also im sechsten Artikel ohne weiteres mit dem Wert:

Jedes Gut, so führt er aus, spielt für unser Dasein und unsere Wohlfahrt eine verschieden wertvolle Rolle, das eine eine höhere, das andere eine geringere, je nach der Dringlichkeit des Bedürfnisses, die wiederum nichts Feststehendes, sondern im Laufe der Entwicklung Veränderliches ist, und je nach der in seiner Gegenständlichkeit ruhenden Fähigkeit, das jeweilige Bedürfnis in einem höheren oder niedrigeren Maße zu befriedigen:

„Wert nennen wir deshalb die Bedeutung, die der Mensch einem Gute im Hinblick auf die Bedürfnisbefriedigung beilegt. Mit anderen Worten: Wert ist der Grad, in dem ein Gegenstand Gut ist, ein zur Bedürfnisbefriedigung geeignetes Ding. „Gut“ ist eine allgemeine Eigenschaft, Wert dagegen das Maß, der Grad, in dem eine Sache diese Eigenschaft aufweist. Ebensovienig wie das Gut ist der Wert eine ausschließlich dem Gute innewohnende Eigenständigkeit, eine ein für allemal in der Realität des Gegenstandes liegende, gegebene Eigenschaft. Im Gegenteil, der Wert äußert sich je nach den Anschauungen der Menschen, denn er wurzelt zu einem guten Teil in der Meinung, in der Anschauung der Menschen, also in einem subjektiven Faktor, auf den die Beschaffenheit des Gut keinen oder einen geringen Einfluß hat.“

Das ist im wesentlichen richtig; nur ist das, was Harpuder hier als Wert bezeichnet, nicht der Wert, mit dem sich die Wertlehre beschäftigt: der Tauschwert. Er spricht hier lediglich vom Gebrauchswert, dem Nutzungswert. Nun ist zwar die Eigenschaft, daß sie einen Gebrauchswert haben, eine Vorbedingung des Austausch der Waren, denn wenn diese gar nicht zu gebrauchen und zu benutzen wären, würde niemand sie eintauschen; aber dieser Gebrauchswert ist nicht der Maßstab des Austausches: d. h. er bestimmt nicht auf dem Markte den Tauschwert, der bekanntlich seinen relativen Ausdruck im jeweiligen Marktpreis findet.

Doch der große Nationalökonom Harpuder weiß sich zu helfen: der Tauschwert ist, wie er erklärt, gewissermaßen nur eine andere Seite seines „Gutswertes“, d. h. des Gebrauchswertes.

„Ein Gut“, sagt er, „kann nun von zwei Gesichtspunkten betrachtet werden, je nach dem Zwecke, dem es zugeführt wird. Das eine Mal kann es als Gegenstand des menschlichen Bedürfnisses dienen, als „Lebensmittel“ zum unmittelbaren Konsum. . .

Andererseits vermag er zu Markte zu gehen und sich hier gegen andere Güter in einem bestimmten Verhältnis auszutauschen. Hier fungiert er als Tauschwert.

Es ist klar: um Tauschwert zu sein, muß jedes Gut zunächst Gebrauchswert sein. Denn was es als Tauschwert auch eine ganze Reihe von Händen durchlaufen, letzten Endes muß es doch in seine Bestimmung münden, in den Konsum. Und um konsumiert werden zu können, muß es eben Gebrauchswert sein. Demgegenüber muß nicht jeder Gebrauchswert auch ein Tauschwert sein. Gebrauchswerte können hergestellt werden, ohne daß sie zum Austausch dienen müssen. Auf primitiver Kulturstufe, in unentwickelten kommunikativen Gemeinden, ja selbst noch in der Bauernwirtschaft des Mittelalters sind die meisten Güter nur Gebrauchswerte, sie werden, da Tausch nur als Ausnahmerscheinung vorkommt, für den Selbstgebrauch, für den Eigenbedarf produziert; hier haben sie ihren Tauschwertcharakter nach nicht entwickelt, er schlummert noch, um erst auf viel späterer Entwicklungsstufe zum Leben zu erwachen.“

Hier kommt Harpuder selbst zu der Anerkennung, daß der Tauschwert eine historische Kategorie ist und sich erst in der warenproduzierenden Gesellschaft durchsetzt. Aber sich irgendwie auf eine Schilderung des Wirtschaftscharakters dieser Gesellschaft einzulassen, fällt ihm nicht ein. Seine voraussetzungslose Wissenschaft geht nun einmal von der Voraussetzung aus, daß der Tauschwert gewissermaßen nur eine bloße Nebeneigenschaft des „Gutswertes“ ist, und so wirft er denn auch hinterher beide wieder zusammen, indem er ausführt:

„Der Wert ist, wie schon oben dargelegt, eine labile, schwankende, elastische, teils von objektiven, teils von subjektiven und von dem Gemessen abhängigen Faktoren bedingte Größe. Nun hat man seit langem in der Wissenschaft den Versuch gemacht, diese Unstetigkeit, dieses Flüchtige des Begriffs zu beseitigen und den beherrschenden Summumoments durch einen solchen aus halbwegs härterem, starrerem Material zu ersetzen. Unter diesen Versuchen, die alle als mißglückt anzusehen sind, verdient in allererster Linie eine nähere, wenn auch gedrängte Darstellung, die interessante Theorie vom „Arbeitsmarkt“, wie sie systematisch zuerst von Adam Smith aufgestellt, von Ricardo übernommen und erweitert worden ist, um endlich in der Karl Marx'schen Werttheorie ihre genialste Formulierung zu erhalten. Deren Hauptgedanken sollen hier in gebotener Kürze wiedergegeben werden, obwohl ich persönlich nicht auf ihrem Boden stehe und ihre Gültigkeit nicht anerkennen vermag, ebensowenig allerdings wie die irgendeiner nachmarxistischen, modernen Werttheorie. Die Arbeitswerttheorie nimmt, wenn auch der heutigen Auffassung nach ein Jrrtum, immer noch einen breiten Raum in der wissenschaftlichen Dis-

ziplin ein, welcher Umstand allein schon ihre Darstellung rechtfertigt. Andererseits ist sie gerade als geistreiche, wenn auch der Wirklichkeit nach entsprechende Hypothese, als gedankliche Konstruktion ganz dazu angeht, einiges Licht auf das Wesen des Tauschprozesses zu werfen, auf die Formen, in denen er sich abspielt.“

Marx geht von dem einfachen Tauschverhältnis aus, in dem etwa fünfzehn Ellen Leinwand einem Rode dem Wert nach gleichgesetzt sein mögen. Wenn zwei so verschiedenartige Dinge, wie Leinwand und Rode, so folgert er, einander gleichgesetzt werden können, dann muß ihnen beiden etwas Gemeinsames zugrunde liegen, auf Grund dessen sie miteinander verglichen werden können. Ein Hektoliter kann nicht mit einem Kilometer verglichen werden, wohl aber dieser mit dem Zentimeter, weil beiden der Meter als Maßeinheit zugrunde liegt. Was ist nun das Gemeinsame, das sowohl der Rode, als auch die Leinwand auszuweisen haben? Was anders, sagt Marx, als die menschliche Arbeit? denn beide sind Produkte eben dieser Arbeit. Hier liegt sein erster Fehlschuß; denn das Gemeinsame, was in Wahrheit allen Gütern zugrunde liegt, ist in erster Linie ihr Charakter, ist ihre Fähigkeit, menschlichen Bedürfnissen zu dienen. . .

Diese Ausführungen sind kennzeichnend für die Harpudersche Konfusion. Gewiß, der Tauschwert ist labil und schwankend; aber nicht, weil die Auffassung der Menschen von dem Nutzwert der Waren stetig schwankt, sondern weil erstens die zur Herstellung der einzelnen Waren gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit schwankt, und zweitens, weil sich der Wert (Tauschwert) in der warenproduzierenden Gesellschaft nur vermittelt einer ständigen Entwertung und Heberwertung der Produkte durchzusetzen vermag, die immer wieder die konkurrierenden einzelnen Warenproduzenten darauf hinweist, was die Gesellschaft von ihren Erzeugnissen braucht. Und ferner: was hat der „Gutswert“ der Ware, ihr Gebrauchswert, mit dem Tauschwert zu tun? Sicherlich muß ein Ding, wenn es austauschfähig sein soll, irgendwie zu gebrauchen sein; aber das Maß dieser Gebrauchsfähigkeit bestimmt nicht seinen Tauschwert. Eisen hat einen größeren Gebrauchswert für die Gesellschaft als Gold, Wasser und Luft einen höheren als Diamanten; aber Gold und Diamanten haben einen höheren Tauschwert. Allerdings muß man auch Luft und Wasser oft bezahlen; aber was dann bezahlt wird, ist nicht ihr Gebrauchswert, sondern die Arbeit, die die Zuführung der Luft oder des Wassers durch Ventilatoren, Röhrenleitungen, Pumpwerke usw. erfordert. Der Gebrauchswert hat damit nichts zu tun. Wenn morgen statt Wasser Milch aus der Erde flösse, würde sie auch wenig oder nichts kosten. Nicht weil sich dadurch, daß sie aus der Erde statt aus den Käufern käme, ihr Gebrauchswert verändern würde, sondern weil jetzt zur Gewinnung von Milch nicht mehr das bisherige Quantum Arbeit erforderlich wäre.

Doch Genosse Heinrich Harpuder vermag das nicht zu begreifen. In seinem Revisionismus, seiner Rückwärtskonzentration auf die Wirtschaftsbegriffe des Aristoteles gelangt er wieder zu jener nicht-indischen Auffassung, die an der Schwelle der Warenproduktion steht, seitdem aber von allen denkenden Nationalökonomien als Unsinn nachgewiesen ist, zu jener Auffassung, daß, weil man ein Ding kauft, um es irgendwie zu benutzen, dieser dem Ding anhaftende resp. innewohnende Nutzen auch den Tauschwert bzw. den Preis bestimmt.

Er wendet deshalb auch gegen die Marx'sche Werttheorie folgendes ein:

„Nunach, nach welchem Maßstab läßt sich nun dieses Quantum Arbeit berechnen? Ohne Zweifel nach der Zeitdauer der im Gute vergegenständlichten Arbeit. Die „wertbildende Substanz“, die Arbeit, wird gemessen an ihrer Dauer, ausgedrückt in Stunden. Als Werte sind alle Waren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit. Wie nun? wäre da nicht die Arbeitsstunde eines faulen, unthätigen Arbeiters dem Werte gleich der eines geschäftigen fleißigen? Wenn der fleißige in einer bestimmten Zeit zwei Schuhe, der faule bloß einen herstellen würde, so wäre der Wert eines Schuhs gleich dem zweier; beide sind doch Verkörperungen einer und derselben Zeitdauer? Rein, antwortete Marx, in Anbetracht kommt nicht die wirklich, im Einzelfall festgestellte Zeitdauer, sondern die allgemein gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeitszeit. „Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erscheint um irgend einen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad an Geschäft und Intensität der Arbeit hergestellt.“

Mit dieser Definition verwechselt sich aber mit einem Schlage der Wertmaßstab, die „Arbeitsstunde“, die an der Hand der Uhr genau berechnet werden kann, wieder in eine unbestimmte, unbestimmbare Größe. Der Begriff einer solchen gesellschaftlichen notwendigen Arbeitsstunde ist so weit, daß alles und jedes unter ihm Platz findet, er wird zu einem Phantom, das, sowie man es zu greifen versucht, einem aus der Hand verschwindet. Mit der Aufstellung dieser Theorie ist, wenn auch nicht viel verloren, so auch nicht viel mehr als ein neues Abstraktum, ein Gebilde gewonnen, mit dem man ebenso wenig anfangen vermag wie mit dem ideologischen Begriff der menschlichen Seele. Komplizierter wird die Sache noch weiter dadurch, daß der Theorie die gewöhnliche Durchschnittsarbeit zugrunde liegt und jede qualifizierte höhere Arbeit als ein Vielfaches dieser Einheit umgerechnet werden muß und anderes mehr.“

Es ist richtig, der Tauschwert ist im allgemeinen eine unbestimmbare Größe, insofern nämlich, als man von einer Ware, die man sieht, nicht ohne weiteres genau sagen kann, das oder das ist ihr Tauschwert. Vielleicht kennt man ihren Marktpreis, und dieser Marktpreis kann ihrem genauen Tauschwert entsprechen, doch noch häufiger steht der Preis über oder unter dem Tauschwert. Aber weil den Produkten ihr Tauschwert nicht ausgeprägt und oft schwer bestimmbar ist, deshalb ist keineswegs der durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmte Tauschwert ein Phantom, eine bloße Einbildung. Der Gebrauchswert ist noch viel weniger bestimmbar als der Tauschwert; man kann ihn weder messen, noch wägen, noch in einem Geldpreis ausdrücken. Man kann ebensowenig von einem Gebrauchswert in der Länge von 4 Meter, im Gewicht von 3 Pfund oder im Werte von 2 Mark reden, wie man von 3 Pfund Liebe oder 2 Meter Haß reden kann. Aber dennoch, trotz dieser Unbestimmtheit, ist der Gebrauchswert eine Realität. Und ebenso steht es mit den vielen physikalischen Gesetzen. Auch bei ihnen kann man oft nicht bestimmen, wie sie jederzeit in allen einzelnen Fällen wirken werden; aber deshalb, weil wir das nicht vermögen, sind nicht etwa diese Gesetze bloße Phantome.

Allerdings Genosse Harpuder ist anderer Ansicht. Weil sich die Tauschwertgröße nicht jederzeit genau bestimmen läßt, widerspricht die Marx'sche Werttheorie „aller Wirklichkeit“. Ausgerüstet mit fast der ganzen wirtschaftlichen Erkenntnis des alten Genossen Aristoteles verkündet er:

Die Marx'sche Werttheorie ist eine geistreiche, jedoch der Wirklichkeit nicht entsprechende Hypothese, die nicht widerlegt werden braucht, noch kann, weil sie nicht bewiesen worden ist und bewiesen werden kann. Und damit gehört sie in das Reich einer ökonomischen Metaphysik.

Aber nicht nur die Marx'sche Werttheorie ist Unsinn; auch die Werttheorien der klassischen englischen Schule und aller Theoretiker nach Marx sind Unsinn. Alles ist nur Spielerei, Illusion! Aber die Wertlehre ist doch die Grundlage aller Systeme dieser Ökonomen! Regiert man sie, bricht die ganztheoretische Rationalökonomie zusammen! Macht nichts. Zurück auf Aristoteles oder besser gleich auf die klassische Wirtschaftlichkeit des alten Genossen Diogenes!! Immer rückwärts!

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 16. Januar 1908.

Allgemeine Lage. — Spekulation der Kriegsmateriallieferanten. — Baumarkt. — Textil- und Eisenindustrie. — Eisenbahnsiskus als Großkonkurrent. — Arbeitgeber Staat.

In das trübe Dunkel des Wirtschaftslebens, das uns als Erbe des Jahres 1908 blüht, hat der Januar noch keine Hoffnung auf baldige Besserung auslösende Lichtstrahlen fallen lassen. Im Gegenteil! Für die Arbeiterschaft nahm der Krise Schrecken, der sich ihr in den Folgen anwachsender Arbeitslosigkeit aufdrängt, nur noch an Ducht und Bedeutung zu. Wenn hier und dort in einzelnen Branchen die Nachfrage am Arbeitsmarkte etwas lebhafter wurde, so wuchs an anderer Stelle in noch stärkerem Maße das Angebot. Der Druck aller in Betracht kommenden Verhältnisse läßt die Unternehmungslust nicht aufleben. Wohl ließ die Börse sich verschiedentlich etwas aufmuntern, aber die immer kurz hinterher folgende Reaktion wirkte oft intensiver als die Anregung.

Die beste und aussichtsreichste Hoffnung auf sehr gute Konjunktur haben zurzeit die Kriegsmaterialhersteller und Lieferanten. Ihre Hoffnung verschlechtert die Aussichten für die übrige wirtschaftliche Welt. Die allgemeine, der chaubinistischen Hebe haben und drüben erwachsene Mißstimmung und Angst vor möglichen Konflikten wirkt lähmend auf das Wirtschaftsleben. Nicht nur legen sich Verbraucher und Produzenten mögliche Zurückhaltung auf, die durch internationale Komplikationen erzeugte Hochspannung hat auch wirtschaftliche Wohlstands hervorgerufen, die auch wieder die Unternehmungslust zurückhalten. Von der den Interessenten dienstwilligen Presse wird die Säbelraffelei kräftig unterstützt; das schafft die für unerschämte Militäraufwendungen vorteilhafte Stimmung. Und diese will man haben, selbst auf die Gefahr hin, dabei wirklich einen Konflikt heraufzubekommen, dessen Lösung Massenvernichtung von Menschen und Gütern bedeutet. Solche Atmosphäre begünstigt kein wirtschaftliches Aufleben.

Trotz des erhofften und vielfach bestimmt erwarteten Wiedererwachens der Unternehmungslust im Baugewerbe, scheint hier die Stagnation doch noch länger anhalten zu wollen. Momente, die auf eine im Frühjahr beginnende lebhaftere Bautätigkeit schließen lassen könnten, sind kaum anzuführen, es sei denn, man gelange zu dem erwünschten Schluß aus Anlaß einer etwas regeren Tätigkeit im Grundstückegeschäft. Aber man weiß nicht, inwieweit hier lediglich das rein spekulative Motiv wirksam ist. Die Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe hat noch zugenommen.

Leider verlagte die Mehrzahl der Kommunen als Notmilderer. Bei planmäßiger Vorarbeit, wozu die Arbeitslosigkeit im vergangenen Winter Veranlassung geben mußte, hätte ein größerer Teil in Privatunternehmungen beschäftigungslos Gewordener bei sogenannten Notstandsarbeiten Unterchlupf finden können. Im all-

gemeinen sind die bürgerlichen Vertreter Gegner der Vorbereitung und Inangriffnahme solcher Arbeiten, weil sie darin eine Schwälzung des Unternehmergewinns sehen, auf den sie glauben ein unveräußerliches Anrecht zu besitzen. Daher erklärt sich auch die Scheu, den Umfang der Arbeitslosigkeit zu ermitteln. Uebrigens darf man nicht vergessen, daß durch eine Fählung der nach der bisherigen Begriffsbestimmung als arbeitslos geltenden der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit resp. Produktionsbeschränkung nicht erfährt wird. Früher hielt das Unternehmertum die Zahl der Beschäftigten immer ziemlich im Einklang mit dem Auftragsbestand, sank dieser, wurden nach dem Relationsverhältnis Kündigungen vorgenommen. Von dieser Praxis ist man mehr und mehr abgekommen. Der einzelne Unternehmer sucht sich nach Möglichkeit einen eingearbeiteten Arbeiterstamm zu erhalten. Anstatt diesen bei wirtschaftlichem Niedergang entsprechend der Erzeugungsverminderung zu verringern, hilft er sich durch Verfüzung der täglichen Arbeitszeit, oder, indem er die Leute unschuldig aussehen läßt, über die Arbeitszeit hinweg; er bezahlt die Arbeitskraft nur, soweit er sie benutzt, hält sie aber zu seiner steten Verfügung. So gibt es tausende Arbeiter, die im Monat nur für 20 Tage oder noch weniger voll beschäftigt sind, aber sie werden nicht entlassen und gelten daher auch nicht als arbeitslos. Das muß bei Wertung ermittelter Zahlen über Beschäftigungslose mit berücksichtigt werden.

Während im Gegensatz zum Baugewerbe, in der Textilindustrie nach monatelanger schwerer Krise eine kleine Erholung eingetreten ist, haben sich die Klagen aus der Eisenindustrie über Arbeitsmangel verschärft. Das gilt besonders von der Kleinisenindustrie; aber auch die Maschinenindustrie, der es bisher noch leidlich wohl ging, hat nun stark zu leiden. So wurde auf der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken in dem vom Vorstand erstatteten Jahresbericht scharf betont: die Aussichten für die nächste Zukunft seien wenig erfreulich, im ganzen genommen befinde der Werkzeugmaschinenbau sich in einer sehr ungünstigen Lage. — Teilweise macht man die Schutz-zollpolitik für die Wendung zum Schlechten verantwortlich.

Der Vergeber des bedeutendsten Arbeitsquantums in Preußen, der Eisenbahnsiskus, hat in seinem Etat für 1908, wenn auch nicht in ganz derselben Höhe wie im Vorjahre, doch wieder Riesensummen eingeseht, die sowohl dem Kostenberauben, als auch den Stahlwerken und der Kleinisenindustrie ein beträchtliches Quantum Arbeit sichern. Es sind z. B. vorgesehen für

	1908	1909
Kohlen, Koaks und Bricketts . . .	182,1	129,3
Schienen	29,1	27,8
Schwellen	34,4	32,1
Kleinisenzeug	20,4	19,7
Baumaterialien	19,0	17,7
Locomotiven	37,0	39,8
Waggons	44,0	41,2
Wasser, Gas aus fremden Werken	14,9	15,0

Insgesamt sind für Unterhaltung, Ergänzung und Erneuerung der baulichen Anlagen rund 253 Mill. Mark vorgesehen, gegen rund 209 Mill. Mark im Vorjahre. Die wirklichen Ausgaben pro 1907 haben den Voranschlag dieses Jahres nicht erreicht. Bemerkenswert ist, daß bei sämtlichen Positionen gegenüber dem Voranschlag für 1907 Erhöhungen der Einheitspreise eingetreten sind, die sogar mit Steigerung der Löhne gerechtfertigt werden. So stellt sich der Durchschnittspreis für Schienen pro Tonne um annähernd 4 % höher; für Kleinisenzeuge ergibt sich eine Steigerung von fast 14 % pro Tonne; hölzerne Bahnschwellen sind um 16,20 Pfennig, Weichenschwellen um 21,40 Pf. pro Stück teurer geworden; der Preis für eiserne Schwellen ist um 6 % pro Tonne hinauf-gesetzt worden. Demnach müßten ja die Arbeitslöhne über das Niveau des Jahres 1907 hinausgewachsen sein, was bestritten wird. Der Fiskus nimmt nicht nur als Konkurrent, sondern auch als Produzent industrieller Erzeugnisse, einen hervorragenden Platz

im Wirtschaftsleben ein. Der Etat der preussischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für das Etatsjahr 1908 balanciert mit rund 268 Mill. M., bei einem nominellen Ueberschuß von 18,8 Mill. Mark.

Der vorjährige Etat schloß in Einnahme und Ausgabe, bei einem veranschlagten Ueberschuß von rund 18 Mill. M., mit 262 Mill. M. Der nominelle Ueberschuß ist gegen 1908 um 841 410 M. höher vorgefallen; er bleibt aber damit gegen die Ueberschüsse in früheren Jahren doch noch zurück. In Wirklichkeit ist der Gewinn bedeutend höher, als jetzt rechnungsmäßig ausgewiesen wird. Der Fiskus treibt Verschleierungspolitik. Im letzten Jahre sind allein rund 7 1/2 Mill. M. als Zuschüsse eingestellt für Gruben, die allgemein noch keinen Gewinn abwerfen. Nicht nur die Zuschußsumme, sondern auch die Ueberschüsse, die diese Gruben aus dem jetzigen Geschäft erzielen, werden zu Neuanlagen und Erweiterungen verbraucht und müßten, da es sich um werbende Anlagen handelt, als neu investiertes Kapital verrechnet werden. Auch bei den Gruben, die Reingewinn rechnungsmäßig abwerfen, werden noch erhebliche Beträge für Betriebserweiterungen usw. verwendet, die gar nicht als erzielter Ueberschuß in Erscheinung treten. Durch solche Praxis wird der Ueberschuß künstlich vermindert. Das so gewonnene Resultat macht sich besser, gegenüber den jämmerlichen Löhnen, mit denen der Fiskus dem Privatkapital ein unzümlisches Beispiel gibt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsliste findet im Heft Nr. 3, zweiter Teil, den 1. Jahrgang, vier Treppen, 100 Jahre 1871 unter wochentäglich abends von 7 bis 9 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr wochentäglich abends von 7 bis 9 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid aus einer Zahl als Beleg beigefügt. Briefliche Antwort wird nicht erwidert. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen tragen man in der Erbschaftsliste vor.

Erbschaft 909. 1. Rein. 2. Ja. 3. Wenn bereits das Muttererbtteil geteilt ist, so läßt sich ein weiterer Anspruch nicht erheben. — 25. M. 215. Wenn es zu einer gütlichen Vereinbarung nicht kommt, liegt es rechtlich so, daß der Mann die Herausgabe seiner Kinder verlangen, in diesem Fall aber auch für deren Unterhalt Sorge tragen möchte. Kommt die Einigung nicht zustande, so würde der Mann nur für die Kosten aufzukommen haben, die zum Unterhalt dringend erforderlich waren. — 27. Der Ehemann. — 6. B. N. Es besteht ohne weiteres Ausschlag der Gütergemeinschaft. Jedem ist es, vor der Verheiratung zu notariellen oder gerichtlichen Protokoll das Eigentum der Ehefrau anzuerkennen und auf Nießbrauch und Verwaltung zu verzichten. — 2. Halle. Rein. — 2. M. 19. 1. und 2. Beantworten Sie bei der Gemeinde Sache unter Schlichtung der Sachlage. Der Ausgang eines Prozesses wäre sehr zweifelhaft. 3. Leber ja. — 6. 2. 47. Teilweise ja, aber nicht durch Gerichtsurteil. — 3. G. 60. 1. Ist nichts vereinbart, so steht dem Dienstmädchen eine Kündigungsfrist von sechs Wochen zum ersten des Quartals zu. 2. Ja. — 6. B. 39. Ja. — 4. G. Der Austritt dürfte zulässig sein. Bestimmte Auswechslungsgründe gibt es nicht. — 6. M. 22. Ja; außer Sie schließen einen Adoptionsvertrag ab. Der Vertrag ist beim Notar oder vor Gericht zu schließen und vom Gericht zu genehmigen. Das Amtsgericht erteilt auch Dispens von dem Adoptionserkenntnis. Die Kosten für den Adoptionsvertrag betragen 50 Mark. — 4. B. 1001. Das volle Gehalt. — 2. Halle. 2. 1. und 3. Ja. 2. Rein. — 6. 2. 24. 1. Ja und 2. Ja. 3. Rein. Durch das früher erlassene Urteil ist die Verjährung unterbrochen. Sollte das Urteil zu einer Zeit erlassen sein, wo Sie noch minderjährig waren, so wäre eine Aufhebung des Urteils durch eine Klage hienach nicht ausgeschlossen. — 2. M. 1909. Ja. — 4. M. 3. 4. Ein Anspruch steht den Erben nicht zu, wenn die Erbverminderer bereits gezahlt ist; Erben wären die Stiefmutter zu ein Viertel, die Kinder zu drei Viertel. — 6. M. 55. Wenn Sie den Ehevertrag nicht unterschrieben haben, so ist er nicht gültig. — 4. 2. 26. Scheidung kann von beiden Teilen mit Rücksicht auf Erfolg beantragt werden. — 2. 2. 4. Sie gelten als ehelich und haben dasselbe Recht wie Ihre Schwester. — 4. G. 78. Die Möbel sind pfändbar.

Eingegangene Druckschriften.

Der Geist im Handgeißel. Ausstattungsbriefe von Fr. Rosmann. Preis kart. 50 Pf. Buchverlag der „Globe“.
Krosaien im Jahre 1907—1908 von Veridicus. 1 Str. Galabos Robinsons, Budapest.

Billige Verkaufsmesse

Preise teilweise bis **70%** billiger als früher

Die größten Berliner Zeitungen berichten:

Eine Verkaufsmesse veranstaltet die bekannte Herren- und Anabenbekleidungsfirma **Baer Sohn** in ihren drei Geschäften Chausseestr. 29/30, Brückenstr. 11, Gr. Frankfurterstr. 20 an den Tagen bis Montag, den 25. d. Mts. Auf dieser Messe wird dem Publikum Gelegenheit gegeben, in vorteilhaftester Weise seinen Bedarf zu decken. Die Firma Baer Sohn bietet den Käufern ihre durch Tausende von Anerkennungs schreiben bestätigten vorzüglichen Erzeugnisse zu nicht allein sehr bedeutend, ja teilweise bis zu 70 v. H. herabgesetzten Preisen, sondern es kommen bei dieser Gelegenheit auch aus Resten der Mahabteilung und in der eigenen Betriebswerkstatt angefertigte große Quantitäten Kleidungsstücke zu billigen Preisen zum Verkauf. Besonders hervorzuheben sind Gehrock- und Jacketanzüge, Paletots, Ulster, Joppen sowie Westen in den verschiedensten Dessins, Anabenanzüge, Filzhüte usw. Wer also seine Garderobe komplettieren will, verläume nicht, die Verkaufsmesse der Firma Baer Sohn zu besuchen.

Sämtliche Winter-Paletots, Ulster, Joppen, Pelze u. Pelz-Joppen zu stark herabgesetzten Preisen.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11, Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog No. 35 und der Livree-Katalog No. 36 kostenlos und portofrei

JOSETTI VERA
CIGARETTEN m. u. o. Mundst.
erfreuen sich des besten Rufes.
Sie verbinden vorzüglichste Qualitätseigenschaften mit grösster Preiswürdigkeit und bieten für beides volle Garantie.
10 St. für 30 Pfg.

Victoria-Brauerei

Aktien-Gesellschaft
Berlin-Stralau — Fernsprecher: Amt VII Nr. 3835 —
empfiehlt in Gläsern und Flaschen: 5832L*

- Victoria-Saazer-Bräu (Pilsener Art)
- Victoria-Export-Bier (Münchener Art)
- Victoria-Tafelbier (ganz hell)

Bock-Bier (hochfein).

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Parteigenosse, der Arbeiter
Johannes Bruhns
Nordufer 11
in Beerdigung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
2247

Todes-Anzeige.
Am 17. Januar verstarb in Beerdigung nach schwerem Leiden unser lieber Kollege
Johannes Bruhns.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem städtischen Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seestraße statt. 58472
Die Kolleginnen und Kollegen der A. E.-G.
Abt. A. II und A. IV.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungssitz Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Johann Bruhns
am 14. d. M. an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Otto Borchert
an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
110/10 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
Bezirk Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer
Otto Gericke
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in der Bornstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
1472 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mir mein lieber Mann, der Schriftsetzer
Karl Lindenberg
durch den Tod entzogen wurde.
Witwe Lindenberg,
Königsplatz 45, born I.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Parochial-Friedhofes, Vogtanger Straße, aus statt.

Segel-Klub „Wendenschloß“.
Am 14. Januar, früh 7 Uhr, verstarb unser treuer Sportsfreund
Karl Lindenberg.
Ein Mitbegründer unseres Vereins, war er stets ein hilfs- und opferbereiter Freund.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Parochial-Friedhof, Vogtanger Straße, statt.
5536 **Der Vorstand.**

Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 14. Januar verstorbenen Mitgliedes, Herrn
Otto Friedrich
findet statt am Sonntag, den 17. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Steglitz, Bergstraße.
5445 **Das Komitee.**

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 58232
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 hr.

Am Freitag, den 15. d. M., verstarb nach längerer Krankheit der Vorsitzende unserer Kasse und Obermeister der Berliner Schlosser-Innung
Herr Paul Heinrich.
Seit dem Bestehen des Krankenversicherungsgesetzes, also 25 Jahre, gehörte er dem Vorstande an.
Im Jahre 1892 zum ersten Vorsitzenden gewählt, hat er dieses verantwortliche Amt ununterbrochen bis zum Tode verwaltet.
Arbeitsfreudig, gerecht und selbstlos, hat er stets und auch noch in den letzten Tagen schwerer Krankheit für das Wohl unserer Kasse gearbeitet und gestrebt.
Wir werden seiner stets in Ehren gedenken!
Die Beerdigung erfolgt am **Dienstag, den 16. d. M.,** nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dorotheenstädtischen Kirchhofes in der Liesenstraße.
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse der Schlosser und verw. Gewerbe zu Berlin.
I. A.: Gust. Lubatsch, Vorsitzender. 561 b

Am Freitag, den 15. d. M., verschied nach schwerem Leiden der erste Vorsitzende unserer Kasse
Herr Obermeister Paul Heinrich.
Wir verlieren in demselben einen stets wohlwollenden und gerechten Vorgesetzten, welcher zu jeder Zeit bereit war, mit Rat und Tat unser Wohlergehen zu fördern.
Sein Andenken wird in uns fortleben! 562 b
Die Beamten der Ortskrankenkasse
der Schlosser und verw. Gewerbe zu Berlin.

Am 15. Januar verstarb nach langem Leiden unser Kollege, der Tischler
Emil Hoffmann.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! 547b
Die Kollegen der Firma
Paul Trucks, Oranienstraße 87.

Am Sonnabend früh verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter und Schwägerin
Frau Margarete Juhre geb. Schley.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen
Die Beerdigung findet Dienstag, den 19. Januar, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhanse Torstraße 16 aus statt. 5736

Allen Verwandten, Bekannten u. Genossen die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau
Emma Nitschke geb. Schneider
am 16. Januar, morgens 6 Uhr, plötzlich an Schlaganfall verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Roabit, Eichenstraße, aus statt.
Franz Nitschke, Fuhrer,
56482 Beuststr. 61.

Dankfagung.
Allen Bekannten und Freunden sowie den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes, den Mitgliedern des Wahlvereins des VI. Kreises, den Herren Gebr. Müller sowie den Arbeitskollegen und Kolleginnen der Firma Müller sagen wir für die Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders unseren innigsten Dank. Besonderen Dank für die trostreichen Worte dem Herrn Stadredner Ranasse.
Wwe. Hackenberg
58422 und Geschwister.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Orabg.
Lor. Eleg. Grad. Gebrod
1,50, Hofe 1,00, Beste 50 Pf.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines innigstgeliebten Mannes
Otto Baar
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten und Kollegen meinen innigsten Dank.
Witwe **Martha Baar**
geb. Klüssner.
5755

Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN - Preis 1 Mark.
■ Dies Causend ■
Wenzl Has Richter Frankfurt (Oder)
Bismarckstr. 11

Charlottenburg
F. Kunsmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren

Wer wäscht
brauche nur
Dr. Henkel's Waschmittel.
Millionenfach erprobt und bestbewährt; über 30 jährige Erfahrungen in der Branche, auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut, beliebt in der ganzen Welt.
Das idealste und vollkommenste selbsttätige Waschmittel von noch nie dagewesener Wasch- und Bleichkraft.
Wäscht von selbst
ohne jede Arbeit und Mühe, ohne Reiben und Bürsten, ohne zweimaliges Kochen, ohne Zusatz von Seife und Soda, ohne Waschbrett. Nur einmaliges halbstündiges Kochen und die Wäsche wird blendend weiß, frisch und duftig
wie von der Sonne gebleicht!
Enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld, größte Schonung der Wäsche, da garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung.
Im Gebrauch billigstes, unerreichtes Waschmittel, erleichtert die Arbeit; kein Bürsten und Waschbrett. Nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine, bleicht wie auf dem Rasen und ist absolut unschädlich. Schont das Gewebe, da frei von Chlor und scharfen Stoffen.
Die beste Waschlösung, vorzüglich zum Einsetzen der Wäsche; unentbehrlich in jedem Haushalt zum Reinigen von schmutzigen Gegenständen, Küchengerät und Holzgeräten, zum Scheuern von Böden und Wänden beim Hausputz etc.
Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften!
Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf.**
301/7*

Persil:
Pakete à 35 u. 65 Pfg.
Dixin:
Paket 25 Pfg.
Henkel's Bleichsoda:
Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften!
Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf.**
301/7*

Teilzahlung
monatlich 10 M. Heitere Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski,
Lindenstr. 110, 2. Etage.
Habe besten Anzeigepreis.
Staffe 10%, billiger.
Wer - Stoff - hat
fertige Anzüge nach Maß 20 Wt. Tadellos, haltbar, halbbare Futterstoffe.
Bei Stoffkäufung billigste Preise.
Franko, Adlerstraße 143,
Ede Anwaltskanzlei.
44622*

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Max David
Sprechstunden: 9-10, 5-6.
Telephon Amt III, 786.
Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
Empfehl. viel Arznei u. Prof. grat. u. n. f.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Carin NW, Friedrichstraße 91/92

Billigste Bezugsquelle
gedleg. Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genau Besichtigung
meiner Firma u. Hausnummer geboten! *

Inventur!
Südsteuerte prima engl. u. deutsche
Herren-Stoffe.
Abgepaßte Anzüge 12-24 M.
Georg Rönch, Berlin
Erfolgreiche Herren-Schneiderei
Charlottenstr. 86.

Inventur-Verkauf
Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstraße 150.
Unterhalte nirgends Filialen!
Nur einmal jährlich!
findet dieser Inventur-Verkauf bei mir statt.
Inventur-Extralist
billig. Sonderangebote
gratis u. franko.

Dessin-Möbel
Panoletta M. 60
C., Rosenthaler Straße 39
Bahnhof Börse, neben „Hackescher Hof“
gelbes Haus
Riesen-Möbellager
Billigste Preise
Verkauf im Fabrikgebäude
Coulante Bedingungen
Buffet von M. 120 an
mit Matratze
Satin M. 60
Ausziehtisch M. 25-

Westmann
Wenn Sie nicht bald kommen, ist es zu spät!
meine Damen,
Der große Inventur-Ausverkauf im
Spezial-Konfektionshause Westmann
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstr.)
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße,
wird in den nächsten Tagen geschlossen!)
Beinahe umsonst gebe ich jetzt ab:
Originalmodelle! • Reisemuster! • Kopien!
Abend- und Theatermäntel!
Astrachan- und Plüsch-Konfektion!
×× Uebergangsmäntel!! ××
Nur eigenes Fabrikat!
Frauenmäntel, Tuch- und Phantasiepaletots, Kimonos, Capes, Jacketts, Golfjacken, Kinderkonfektion, Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen, Riviera-Kostüme (Rock und Jacke)
Originalwert bis M. 45.- bis M. 60.- bis M. 102.- bis M. 150.- bis M. 200.- bis M. 450.- usw.
jetzt nur M. 10.- nur M. 14.- nur M. 22.- nur M. 41.- nur M. 68.- nur M. 105.-
Einselne Piecen erheblich billiger!
Um die Total-Räumung zu erreichen, gratis! schon bei Einkauf für M. 20.-: ein nettes Golfcape oder ein Winterjackett!
Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr! Genau Besichtigung meiner Firma und Hausnummer dringend geboten!

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Montag — Donnerstag

Versand nach Ausserhalb prompt

Soweit Vorrat

10 Waggon Konserven.

Von sämtlichen Konserven sind Musterdosen geöffnet.

darunter:

Kaiserschoten extra fein	^{1/2} D. 1 ¹⁵	^{1/2} D.
Schoten Siebung I	85 Pf.	
Schoten Siebung II	52, 31 Pf.	
Perlbohnen	42, 26 Pf.	
Schoten u. Karotten pa.	68 Pf.	
Karotten in Streifen	30 Pf.	
Teltower Rübchen	68, 39 Pf.	
Pfefferlinge	44, 27 Pf.	
Kohlrabi in Scheiben	25 Pf.	
Kohlrabi in Knollen	45 Pf.	
Wirsingkohl	30 Pf.	
Dicke Bohnen	68, 39 Pf.	
Tomatenpuree	65 Pf.	

2 Waggon Spargel

Riesenstangenspargel	^{1/2} D. 1 ⁶⁵	^{1/2} D. 88 Pf.
Stangenspargel extra stark	1 ⁵⁵	83 Pf.
Pa. Stangenspargel Ia	1 ⁴⁵	78 Pf.
Stangenspargel stark	1 ³⁰	70 Pf.
Riesenbruchspargel	1 ²⁵	68 Pf.
Pa. Bruchspargel Ia	1 ¹⁵	
Bruchspargel mittel	1 ⁰⁰	
Bruchspargel ohne Köpfe	68 Pf.	

Pflaumen saas-sauer	^{1/2} D. 38 Pf.	^{1/2} D.
Pflaumen saas, 1/3 Frucht	48, 29 Pf.	
Reineclauden	78, 44 Pf.	
Mirabellen	68 Pf.	
Aprikosen 1/2 Frucht	95 Pf.	
Sauerkirschen ohne Stein	90, 50 Pf.	
Sauerkirschen mit Stein	68, 39 Pf.	
Stachelbeeren	68, 39 Pf.	
Gemischte Früchte	90, 50 Pf.	
Erdbeeren	85 Pf.	
Apfelmus 5 Pfd.-Dose	1 ⁹⁵ 58 Pf.	
Gewürzgurken Znalmer Glas	75 Pf.	
Marmelade 10 Pfd. 2 ²⁰ 5 Pfd. 1 ²⁰		

2 Waggon Pa. Apfelsinen Dtzd. 25, 35, 45, 55 Pf. Pa. Citronen Dtzd. 30, 45, 55 Pf.

Fleisch- und Wurstwaren

Prima Cervelat u. Salami	1 ¹⁰	Braunschweiger Mettwurst	95 Pf.	Prima Landleberwurst	90 Pf.	Nusschinken	1 ²⁰
Prima Schinkenwurst	1 ¹⁰	Westfälische Bauernwurst	95 Pf.	Hallesche Leberwurst	1 ⁰⁰	Delikatess-Fleischsalat in Sanfglas	75 Pf.
Fst. Teewurst u. Sanitäts-Cervelat	1 ²⁰	Jagdwurst	90 Pf.	Delikatess-Fleischwurst	90 Pf.	Feinste Delik.-Brühwürstchen 2 Paar	25 Pf.
Fst. Kalbsleberwurst	1 ⁰⁰	Delikatess-Sülzwurst	75 Pf.	Rotwurst u. Zwiebelleberwurst	45 Pf.	Frankfurter Würstchen 1 Paar	23 Pf.

Gesundheitsfördernd für
Zigarettenraucher sind:

Réunion - Zigaretten

mit aluvialem
Holzmundstück

Zu haben in allen Zigarren-Spezial-Geschäften.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung,
dass ich im Hause
Schöneleinstr. 34 ein Zigarrengeschäft
eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bitte!
Fritz Schwenke.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert Schneidergehilfen Berlins.
Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in

Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen
in allen Größen und Preislagen
sowie

Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen Betriebswerkstätten unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der
Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend,
des Berliner und Charlottenburger Konsum-
Vereins und des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Inventur-

Räumungs-Verkauf

Es kommen sämtliche fertigen

Herren- und Knaben-Garderoben

sowie ein grosser Posten eleganter Anzug-Stoffe zur Anfertigung nach Mass

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

In den Verkauf.

Chaussee-**D. Perleberg** Ecke Liesenstr.
strasse 63

MAL-KAH-Zigaretten

vorzüglich.

Masken-Garderobe
Carl Ernst
(Nadler Willi Ernst)
Röpenicker Str. 125, 1 Tr.
Um IV, 1906.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Besitzer dieser Annonce er-
hält 10% Preisermäßigung.

Stolas,
Kollern, Krawatten,
Muffen, Herren- u.
Kinder-Garnituren,
Pelzjacken, Pelze,
garnierte Pelzhüte,
Baretts, Pelz-
decken, nur
eigenes Fab-
rikat, in
größt. Aus-
wahl, aus
bestem Mate-
rial. Kein
Zwischen-
händler, daher Fab-
rikpreise.
**Kein
Laden!**
Sonntags
geöffnet.
F. Kalman, Kürschnermstr.
Kommandantenstr. 15, Tel.: I, 3917,
gegenüber Bouthstr., vorn 1 Tr.

5 Minuten ab Bahnhof
Kaulsdorf
20 Pfennig-Tour.
R. v. 12 Mk. an.
Vertreter auf unserem Terrain.
Nieschalke & Nitsche,
Berlin, Neue Königstr. 16.

Zur Psychologie der Berichterstattung aus Messina.

(Spezialbericht unseres nach Sizilien entsandten Korrespondenten.)

Rom, 11. Januar.

Es ist wohl mit Bestimmtheit zu behaupten, daß keine Zeitung schlechter bedient worden ist, keine weniger packende, weniger ergreifende Berichte aus dem Erdbebengebiet bringen konnte als gerade die Blätter, die einen Korrespondenten nach den Stätten des Schreckens gesandt haben.

Und dann — man kam wohl als Journalist nach Messina, aber man blieb nicht als Journalist. Der Spezialkorrespondent der „Gazzetta del Popolo“ aus Turin nahm Verbandszug und ging in die Umgegend, verwundete zu suchen! Ein Berichterstatter des „Mattino“, des berühmtesten „Mattino“ aus Neapel, hat vier Tage und vier Nächte auf dem Hülsplatz an der Capitanina del porto Krankenspflegerdienste getan.

So klein und fremd und fern kommt einem auch die Welt da draußen vor (für die man schreiben soll); in Nebensächlichem befassen, um Geringfügiges bemüht, dieselbe Welt, aus der ein einziger Faustschlag des Schicksals, eine kurze Spanne Zeit — nicht 10 Sekunden waren es — Messina herausgerissen hat.

Man denke nicht, daß in Messina die „tührende Episode“ auf der Straße gelegen hätte. Die Stadt war wie eingetaucht in eine Eiskeule der Stille. Wer weinte denn noch in Messina? Ich habe in vier Tagen zwei Menschen weinen sehen! Gleich nach der Landung sah ich ein junges Mädchen, das am Hafen allerhand Kleider und Land in einen Koffer packte und dabei laut schluchzte.

Sonst habe ich in Messina keine Tränen gesehen. Und wir selbst konnten auch nicht weinen. Das alles ist viel zu groß, viel zu entsetzlich, als daß sich die Spannung in uns in Tränen lösen könnte. Trodenen Auges habe ich die Stadt gesehen, die gräßlich zerstampfte Stadt; trodenen Auges Tausende von Leichen, Hunderte von Verwundeten. Mein ganzes bisheriges Leben hat mir nicht den zehnten Teil der Schrecken gezeigt, wie der erste Tag in Messina — aber weinen konnte ich nicht.

Das war Menschenleid in menschlichen Mäßen, ein Stück alltäglicher Jammer: ein kleines Kind, das nach der Mutter schreit, und die Mutter ist tot! Der gewaltige Jammer der im Todeskampfe liegenden Stadt, der hatte sich nur dumpf und betäubend über mich gesenkt. Erst in der kleinen Münze des ganz Alltäglichen konnte ich das Leid in lebendiges Gefühl umsetzen, konnte weinen um ein verwaistes Kind an dem Trümmerhaufen, der Zehntausende zu Waisen gemacht hatte.

Und das gilt nicht bloß für den, der dies alles nur mitempfindend erlebt. Es muß auch für jenen gelten, auf dessen lebendiges Fleisch die Hammerschläge übermenschlichen Leides fallen. Das Gefühlleben des Menschen ist viel schneller mit Schmerz gesättigt, als man annimmt. — Was über ein gewisses Maß hinausgeht, fällt aus, bleibt ein fremder Bodensatz, genau wie eine chemische Substanz, die man einer Lösung über ihren Sättigungsgrad hinaus zusetzt.

psychologischen Fessel, an die die Lebenstätigkeit gebunden ist, in Wahnsinn und Selbstmord. Wenn nicht die Ausnahme-unfähigkeit als Schutz einträte — wie könnte man es erklären, daß Hunderte, die alle 12 Stürze unter den Trümmern lassen, ihre Eltern, ihre Frau, ihre Kinder, alles, wofür sie gearbeitet haben, alles, wofür es lohnt, zu arbeiten, wie könnte man es erklären, daß sie weiterleben? — Sie leben, weil ihnen ein erbarmender Schleier der Stumpfheit den hoffnungslos verstümmelten Leib ihres Daseins und ihrer Zukunft verbirgt.

Ich habe in diesen Tagen, in Messina und auf der Reise, mit vielen Menschen gesprochen, die an der Unterhaltung teilnahmen, wie alle anderen: „Hatten Sie Verwandte in Messina?“ „Meine Kinder waren zu den Ferien bei den Großeltern hier.“ „Und sie sind alle gerettet?“ „Nein, sie sind alle tot.“ — Die so sprechen, sind Leute, die vielleicht in normalen Zeiten auf Jahre hinaus den Namen eines verlorenen Kindes nicht ohne Tränen nennen könnten. Heute sprechen sie ruhig von der Sekatomb ihrer ganzen Familie.

Koch entsetzlicher wirkt es, wenn jemand auf die Frage nach den Seinen die Ähneln zuckt: „Ich weiß es nicht — das Haus ist ganz zerstört, mir fehlt jede Nachricht.“ Viele scheinen auf der Erde überhaupt nur noch einen Lebenszweck zu haben: die Leichen der Ihren zu suchen, um sich zu vergewissern, ob der Tod schnell kam und erbarmend, oder grausam wie ein Folterknecht. Auch Genosse Salvemini ist ganz ruhig geworden, als die Leichen der ersten geborenen Kinder Spuren schnellen Todes trugen. Seine einzige Hoffnung ist, daß auch die Leichen seiner drei anderen Kinder sowie seiner Frau und seiner Schwester nicht von langer Todesqual erzählen. . . .

Was sollen wir mit unserem Federhandwerk, das für das Alltägliche eingearbeitet ist, gegenüber diesem Unfassbaren? Umprägen in rührselige Geschichten mag ich es nicht; es in seiner Nüchternheit zu zeichnen, in seiner blind-brutalen Furchbarkeit, groß wie der Tod und allmächtig wie dieser, dazu bin ich nicht imstande. Ja, wenn ich nicht in Messina gewesen wäre, dann hätte ich vielleicht Worte gefunden und Bilder und Farben. Vielleicht hätten dann meine Feilen manchem ans Herz greifen können. Aber ich war in Messina, und da sind mir die Worte klein geworden, nicht definierbar bis zu den Röhren des Gehirns.

Sie mühten in der Hölle gebräut sein, die Worte, wenn sie uns jetzt nicht in Stich liegen. Mich haben sie gründlich in Stich gelassen — ich habe nur zerfetzte Berichte aus Messina senden können, ohne Darstellungskraft und ohne Leben. Denn in Messina sind hunderttausend Menschen umgekommen, ist eine glorreiche Vergangenheit, eine verheißungsvolle Zukunft zu Schutt zermalmt worden. Wer das zu fassen vermag, der schreibe darüber. . . .

Messina, 16. Januar. Der Abgeordnete Micheli führte gestern in einer Versammlung der Ueberlebenden von Messina den Vorschlag. Er beauftragte die Aufhebung des Belagerungszustandes in Messina.

Der Provinzialrat am Freitag zum ersten Male nach dem Erdbebenzusammen und nahm eine Tagesordnung an, in der dem König, der Königin, der Regierung, dem Parlament, den Städten Italiens und der gesamten Welt, die einmütig zur Hilfeleistung beitragen, der herzlichste Dank ausgesprochen wird. Auch hier wurde der Wunsch ausgesprochen, daß alle öffentlichen Bureaus in Messina baldigst wieder hergestellt werden möchten.

In Reggio erfolgte Freitagmorgen kurz vor Tagesanbruch ein neuer Erdstöß, den lautes unterirdisches Rollen begleitete. Auf den freien Flächen lief die Menge zusammen, um Sanft Georg, den Schutzpatron der Stadt, um Fürsprache zu bitten! — Mit dem Herausdämmern des Morgens trat Verhüllung ein. Zu gleicher Zeit langten die ersten Fregatenden sowie einige Waggons Früchte und Gemüse in der angeschwemmten Stadt an.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

3. Sitzung vom 15. Januar.

Der Vorsitzende, Freiherr v. Camp, machte den geradezu ungläublichen Vorschlag, die Abgeordneten sollten an die Regierungsvorrede nicht so viel Anfragen stellen, sondern auf privatem Wege bei ihnen Informationen einholen! Als er aber merkte, daß ihm Genosse Singer kräftig in die Parade fahren wollte, versicherte der Vorsitzende schämehaft, er wolle niemand daran hindern, sich zu betätigen.

Die Fortsetzung der Beratung erfolgte bei Kap. 7b: Reichskommissariat. Der Posten zu 18000 M. für Ueberwachung des Auswanderungswesens wird vom Referenten beantragt und über die Verwendung nähere Auskunft verlangt. Ministerialdirektor v. Bonquères begründet die Höhe der Ausgabe hauptsächlich mit den erforderlichen hohen Reisefkosten. Der Posten wird schließlich bewilligt. — Beim Bundesamt für das Heimatwesen werden 1200 M. mehr angefordert. Der Berichterstatter ist der Meinung, daß die Arbeitskraft des Präsidenten nicht ausgenutzt wird und wünscht Erwägung darüber, ob der Posten nicht im Nebenamt besetzen werden kann. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg wendet sich gegen diese Ansicht, weil dieser oberste Richter dadurch in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis von der Hauptstelle komme. Diese Auffassung wird von dem Abgeordneten Erzberger mit dem Hinweis, daß die Kommissionskommission und das Oberseamt auch im Nebenamt besetzen würden, bekämpft. Genosse Singer anerkennt den Vorschlag, mit welchem der Abg. Erzberger Sparsamkeit üben wolle, aber ihm scheint der Eifer größer zu sein als der Bedacht. Das Amt sei wichtig und erfordere bei der großen Zahl von getroffenen Entscheidungen eine volle Arbeitskraft. Der Abg. Erzberger giebt seinen Antrag zurück.

Beim statistischen Amt werden für Remuneration von Hilfsleistungen 270000 M. (200000 M. mehr) angefordert und mit der Vermehrung der laufenden Arbeiten begründet. Der Berichterstatter beantragt, diese Mehrforderung zu streichen, zieht seinen Antrag jedoch zurück, als die Regierungsvorrede erklären, daß trotz der Erhöhung sich wahrscheinlich ein Selbstbetrag ergeben werde, da weitere Hilfskräfte besonders für Arbeiter- und Schiffbau-Statistik herangezogen werden müßten. Beim Reichsgesundheitsamt wurden von den zur Unterhaltung der Dienstgebäude in Döhlen angeforderten 18200 M. 2000 M. abgestrichen, weil ein erheblicher Fonds vorhanden sei.

Für sachliche und vernünftige Ausgaben werden statt 217000 M. im Vorjahre 227000 M. gefordert. Hierunter befinden sich auch die Ausgaben für die im Selbstverlag des Gesundheitsamtes herausgegebenen Druckschriften. Von Zentrumsseite wird angeregt, ob sich nicht die Herstellung von Drucksachen für das Reich in eigenen Druckereien vorteilhafter stelle. Diese Anregung wird von anderen, auch von Zentrumsrednern, bekämpft, weil die Arbeiter sich dann teurer stellen würden! Singer ist für Durchführung der Regiarbeit, wofür gerade die Buchdrucker

sehr geeignet erscheine. Allerdings müsse die bürokratische Verwaltung fallen und müßten solche Geschäfte nach kaufmännischen Grundfahen geleitet werden, wie das ja bei den Kommunen meist bereits der Fall sei. Aber die bürgerlichen Parteien wollen der Privatindustrie keine staatliche Konkurrenz machen! Abg. Erzberger beantragt eine Resolution, wonach die mit den einzelnen Druckereien abgeschlossenen Verträge der Kommission vorgelegt werden sollen. Der Antrag Erzberger wird angenommen und der Posten bewilligt.

Eine längere allgemeine Debatte entspann sich über die Klagen der diätarisch angelegten Herren bei den verschiedenen Reichsämtern. Die Anstellung erfolge speziell beim Patentamt, so wurde behauptet, erst nach fünf bis sechs Jahren, während andere Ämter sie früher vollziehen. In einer Resolution wird gefordert, daß die Diätäre in allen Ämtern gleichmäßig behandelt und der Reihe nach in die Reichsämter berufen werden sollen. Staatssekretär T w e l e wandte sich gegen die Tendenz der Resolution, während Genosse Singer lebhaft für die Resolution eintrat. Des weiteren nahm sich Singer verschiedener Petitionen der Diätäre an und wies nach, daß die angeblichen Schwierigkeiten bei der Verfertigung eines Beamten von einem Amt in das andere nicht bestehen und wo sie vorhanden seien, leicht überunden werden könnten. Selbstverständlich äußerten auch die anderen Redner ihre Sympathie mit den Forderungen der Diätäre, wenn das bekannte „aber“ auch immer auf dem Hübe folgte. So meinte der Rationalliberale S e m l e r, daß es gar nicht besonders zweckmäßig sei, die Diätäre fest anzustellen, weil die Privatbeamten auch nur in einem Kündigungsverhältnis ständen; das sei vorzuziehen, weil die Beamten dann fleißiger arbeiteten! Genosse Singer forderte, daß die Regierung die Wünsche des Reichstages auch beachte. Seit Jahren geforderte Einrichtungen werden nicht geschaffen und auch sonstige Anregungen ignoriert! Das sei ein unhaltbarer Zustand. Gegen Semler führte er an, daß die Lust zur Arbeit nicht mit schlechter Bezahlung und unsicherer Erziehung geschaffen werde. Das Gegenteil sei der Fall.

Die Resolution wurde angenommen. Nächste Sitzung Dienstag, den 19. Januar.

Aus der Weingekochkommission.

Die Weingekochkommission ist am Donnerstag mit ihren Arbeiten ein gut Stück vorwärts gekommen. Sie erledigte die §§ 11 bis 16. § 11 bestimmt, daß Getränke, welche dem Gesetz zuwider hergestellt sind, nicht in den Verkehr gebracht werden dürfen. § 12 bezweckt eine schärfere Ueberwachung der Einfuhr aus dem Auslande. Komentlich soll auf einwandfreie Begleitpapiere gesehen werden. Nach § 13 dürfen Getränke, welche vom Verfehr ausgeschlossen sind, nicht zur Herstellung von Schaumwein oder Sekt verwendet werden. Auch kann der Bundesrat die Verwendung bestimmter Stoffe bei der Herstellung von weinhaltigen Getränken verbieten. Ueber die Sektbereitung wird bestimmt: Trielbranntwein, dessen Alkohol nicht ausschließlich aus Wein genommen ist, darf im geschäftlichen Verkehr nicht als „Sekt“ bezeichnet werden. Trielbranntwein, der neben einer Mindestmenge von zehn Prozent des Alkoholgehalts an Weingeist Alkohol anderer Art enthält, darf als Sekt bezeichnet werden. Hierzu wurden folgende Anträge angenommen: Sekt und Sektbranntwein müssen mindestens 38 Proz. Alkohol enthalten.

Am Freitag beendete die Kommission die erste Beratung des Entwurfs. Nur beim § 23 gab es lange Auseinandersetzungen, weil die „Juristen“ an dem guten Willen, das Gesetz streng durchzuführen, bei der preussischen Regierung nicht glauben und ihr daher durch das Gesetz besondere Direktiven erteilen wollten. Die Regierungsvorrede wandten sich scharf dagegen, indem sie erklärten, daß der Antrag Baumann, welcher im ersten Abzug besage: „Zum Vollzuge des Gesetzes sind die Landesregierungen verpflichtet“, direkt verfassungswidrig und unlogisch sei; denn es sei selbstverständlich, daß die einzelnen Regierungen die Gesetze anwenden müssen. Ihnen wurde entgegen, daß wir, wenn die preussische Regierung ihre Schuldigkeit getan und das jetzt bestehende Gesetz richtig angewandt hätte, wir ein neues Gesetz überhaupt nicht gebraucht hätten. Sie habe keine Kontrolle geübt, und damit sei das ganze Gesetz wirkungslos gewesen. — Der Hauptantrag wird zurückgezogen, andere Anträge (das mit dem Inkrafttreten des Gesetzes auch die Ausführungsbestimmungen erlassen und innerhalb von 6 Monaten die Sachverständigen ernannt werden sollen) wurden angenommen. Das Gesetz soll am 1. September in Kraft treten, mit der zweiten Lesung am Dienstag, den 26. Januar, begonnen werden.

Die 29. Kommission (Automobil-Gesetz) beriet am Freitag den § 2 der Vorlage. Der § 2 der Regierungsvorlage lautet:

- Die Vorschriften des 1 finden keine Anwendung: 1. wenn zur Zeit des Unfalls der Verletzte oder die Beschädigte Sache durch das Fahrzeug befördert wurde oder der Verletzte bei dem Betriebe des Fahrzeuges tätig war; 2. wenn der Unfall durch ein Fahrzeug verursacht wurde, das auf ebener Bahn eine begrenzte Geschwindigkeit nicht überschreiten kann und hierauf amtlich geprüft ist. Die Geschwindigkeitsgrenze wird durch den Bundesrat bestimmt.

Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, den ganzen § 2 zu streichen, und zwar im Interesse der in Autos beförderten Fahrgäste und der beim Betriebe tätigen Angestellten (Chauffeurs). Bleibt der § 2 bestehen und wird er nicht durchs Plenum des Reichstages beseitigt, so sind die Fahrgäste und die Betriebsführer eines Kraftfahrzeuges vorweg von der Geldentmündigung der Haftpflichtausprüche ausgeschlossen. Es bleibt somit weiteren Kreisen das Erheben des Haftpflichtanspruchs verweigert. Dagegen schlägt auch nicht der Einwand, daß man auf Grund eines Schuldnachweises den Anspruch geltend machen kann. Seine Schuldlosigkeit wird ein Haftpflichtschuldner sehr leicht erweisen können, und dann ist mit einer Verschuldungslage gegen ihn nicht durchzubringen.

Der Ably 2 des § 2 wurde gestrichen. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten die Streichung bei der Ziffern beantragt.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung bei Gesetzentwurf betr. die Heranziehung der Beamten zur Einkommensteuer ist am Sonnabend wieder zusammengetreten. Während von freisinniger und sozialdemokratischer Seite die völlige Aufhebung des Privilegs beantragt wurde, stellten sich die anderen Parteien im allgemeinen auf den Boden der Regierungsvorlage. Bezüglich der Verteilung der Kosten lag ein nationalliberaler Antrag vor, wonach Beamte, welche vor dem 31. März 1909 in das Amtverhältnis eingetreten sind, am Schlusse des Steuerjahres aus der Gemeindefasse 1/2 des Betrages erhebt bekommen sollen, den sie nach Maßgabe des neuen Gesetzes mehr gezahlt haben gegenüber den bisherigen Versteuerungen. Die Hälfte dieser Rückzahlung soll den Gemeinden aus der Staatskasse vergütet werden. Mit anderen Worten: Die Beamten zahlen den Kommunalsteuerzuschlag, aber nur bis zu 100 Proz., und sie bekommen 1/2 davon später wieder zurück, sie selbst zahlen also nur 1/2, Stadt und Gemeinde gleichfalls 1/2! Das Wahlrecht der Beamten soll durch die Rückzahlung nicht beeinträchtigt werden, es werden ihnen also bei der Bildung der Wählerabteilungen die Steuern angerechnet, die sie nur verauslagten. Die Kommission lehnte sowohl den Antrag auf völlige Aufhebung des Privilegs, als auch den nationalliberalen Antrag sowie einen Antrag des Zentrums ab, der dahin geht, daß, wenn in einer Gemeinde Zuschläge über 100 Proz. erhoben werden, der Mehrbetrag der Zuschläge nur den auf das außerordentliche Einkommen entfallenden Teil des Steuerjahres ganz, dagegen das Dienstseinkommen nur zur Hälfte der Zuschlagsprocente trifft.

Die Beratung über das Steuerprivileg der Elementarlehrer, Geistlichen und unteren Kirchendiener wurde ausgesetzt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volkshöhle.
Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr: 3. Vorstellung im Neuen Schauspielhaus: Nabagás.
Freitag, den 22. Januar, abends 8 Uhr: 15. IV. Abend-Abteilung im Neuen Schauspielhaus: Nabagás.
Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr: im Herrnsfeld-Theater (Nummern der Karten 10 401-11 200): Der Probe-sandbad.

Neue Freie Volkshöhle. Am Sonntag, 17. Januar: nachm. 3 1/2 Uhr: im Deutschen Theater: Was ihr wollt; in den Kammer-spielen: Des Meeres und der Liebe Wellen; im Neuen Theater: Jahrmärkte in Pulsnitz; im Neuen Operetten-Theater: Der Opernball; im Berliner Theater: Emilia Galotti; im Hebbel-Theater: Urbe; im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus: Die Rübungen. I. u. II. Teil; im Schiller-Theater O: Ein Volks-fest; im Schiller-Theater Char-lottenburg: Julius César; abends 8 Uhr im Bühnenloal: Schu-mann-Verlos-Abend.

Hebbel-Theater
Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Elner von unsere Leut'.
Nachm. 3 Uhr: Emilia Galotti.

Neues Theater.
Täglich 8 Uhr:

Israel.
Freitag zum Besten der in Neßina Beurlaubten: Zum erstenmal: Die fremde Frau. (La femme X...)

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Nachm. 3 Uhr: Der Opernball.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Heute nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Ein Walzertraum.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:

„Kümmere Dich um Amelie.“
3 Uhr: Beschäftigungsvorstellung für die bei der Erdbebenkatastrophe in Neßin Beurlaubten: Kümmere Dich um Amelie.

Luisen-Theater.
Nachmittags 3 Uhr:

Der Sonnwendhof.
Abends 8 Uhr:

Das Mädchen auf Irrewegen.
Montag: Das Mädchen a. Irrewegen.
Dienstag: Das Mädchen auf Irrewegen.
Mittwoch: Der fliegende Berliner.
Donnerstag: Die Ehre.
Freitag: Das Mädchen a. Irrewegen.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Dorw-röchen. Abends: Der fliegende Berliner.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonntag, 17. Januar, nachm. 3 Uhr:
Der gehörnte Siegfried.
Siegfrieds Tod.
Abends 8 Uhr:
Sujarensieber.
Montag: Sujarensieber.

Lustspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Panna.
Abends 8 Uhr:

Die deutschen Kleinräder.
Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 17. Januar 1900:
Jugend von heute.
Komödie in 4 Akten von Otto Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 18. Jan. 1. 5. Teil: 3. Vor-stellung zu halben Preisen: Ein idealer Gatte.

Variété-Brillant
(City-Passage)
Dresdenerstr. 52/3. Annonst. 42/3
Täglich
Intern. Ringkampf-Konkurrenz
und den goldenen Meister-schaftsgürtel von Berlin
und
M. 1500 in bar.
Vorh. d. großart. Spez.-Progr.
Anf. 8. Beg. d. Ringk. 9 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf., ref. Platz 1.—

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

Folies Caprice.
Turchschlagender Erfolg:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Sizilien.
Montag 8 Uhr: Sizilien.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Ein Stündchen im Wimmelreich.
Gr. Ausstatt.-Feerie im Fest-saal des Zwischengeschosses
Die singenden Engelsköpfechen.
Mysteriöse Illustrationsvorst.
Das Bärenweib,
lebend.
Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Willi Agoston
in der tollen Burleske
Berlin im L. L.
(Berlin im lenkbaren Luftschiff)
„und das grandiose“
Januar-Programm.
10 erstklass. Nummern!

Melropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadello!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie
Direktor Seibitz.
Hassary — Perry
Holden — Bender
Giampietro — Kettner
Pfann — Thielscher.

WINTERGARTEN
Heute 2 Vorstellungen
mit
FRAGSON
dem polyglotten Vortragskünstler am
Klavier in seinem Repertoire.
Olga Desmond
die Berühmtheit
der Schönheitsabende
in ihren neuen Tanzweisen
und den
übrigen hervorragenden Kunstkräften.
Nachmittags-Vorstellung.
Anf. 3 1/2 Uhr. Kleine Preise.
Abends: Anfang 8 Uhr.

APOLLO
Theater
Nachm. 3 1/2 Uhr! Kleine Preise!
Familien-Vorstellung.
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Wacht von Paul Lincke.
Dazu: Die Spezialitäten-Attraktionen
Anfang 8 1/2 Uhr.
Onkel Casimir.
Außerdem: La belle Alexia.
? Pils? K. Bernhard.
Les fleurs Polonaises.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Hauptstr. Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Brüderlein fein.
Sonntagsvorst.
Nachm. 3 Uhr halbe Preise: Die
Räuber.
Montag: Die Entgleiten.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 21. Januar!
Ueber 70 Red. ausverkauft!
Die Dianabäder.
Ab Freitag, den 22. Januar
Ren! „Rusland“ Ren!
Sonntag 4 Uhr: Ritter Gräbert.

Folies Caprice.
Turchschlagender Erfolg:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Schumannstr. 16.
Einiger von unsere Leut'.
Volkshaus mit Gesang und Tanz.
F. Gluth mit eigenen Liedern zur
Gaute a 1 1/2 G. f.
Anf. d. Konzerts 6. d. Vorst. 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag und folgende Tage: Nie-terde Vorstellung.

Schiller-Theater.

O. (Ballner-Theater.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfest.
Schauspiel in 5 Akten von H. Wien.
Deutsch von E. Lange.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Schwank in 5 Akten von Brandon
Thomas.

Montag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Komtesse Guckerl.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag mittags 12 Uhr:
Kammermusik.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Julius César.
Trauerspiel in 5 Akten von
William Shakespears.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
Ein Trauerspiel in 5 Akten von
Friedrich Schiller.

Montag, abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.

Alaaf
Rheinisches Karnevals-Fest
(Prinz Karnevals Erdenwallen)
Ausstellungshallen am Zoo.
Sonnabend, den 30. Januar:
Logen 12 M., Entree 6 M. Anfang 9 Uhr.
Sonntag, den 31. Januar:
Logen 6 M., Entree 3 M. Anfang 7 Uhr.
Billette: Ausstellungshallen am Zoo — Invalidendank —
Wertheim u. in den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Große Karnevals-Gesellschaft
Club der Rheinländer zu Berlin
32/17
Präsident W. Werres.

CASTAN'S PANOPTIKUM
Friedrichstraße 165.
Neu! Ohne Extra-Entree! Neu!
Auftreten der berühmten
Zauberkinsterin Frau Max Rößner.
Nur noch kurze Zeit!
Schneewittchen und die 7 lebenden Zwerge.
Variété-Vorstellung der Zwerge.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 105-114
Täglich:
Bockbier-Fest
in den bayerischen Alpen.
Baron Muckls Max vom Heedes
Bauernkapelle. Tyrolertruppe.
30 echte bayerische Mad'l.
Jeden Dienstag und Donnerstag: Elite-Tag.
Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree 50 Pf.
wochenstags 7 " " 30 "
Dienstag, den 19. Januar 1900:
Gratisverlosung einer Küchen-Einrichtung.

Brauerei Friedrichshain
Heute Sonntag, sowie täglich:
Große Münchener Bock-Feste
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Ehrenguber
aus München mit seiner Truppe (60 Mit-wirkende). — Bedienung: 30 Bayr. Mad'l'n.
Schönste Alpendekoration.
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.
Avis! Freitag, d. 22. Januar: Zwei große Pferdewettrennen.
Erstes Rennen f. Herren, zweites Rennen f. Damen
6 Geldpreise — 100 M. bar — 2. Sieg — 4. Platz.
Teilnehmer daran werden an dem selben Abend aus dem Publikum gelost.

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. Täglich 8. Jahrmlich.
Bier-Kabarett.
Anfang 9 Uhr.

Schwarzer
Friedrichsberg
Stadtbahnstation
Frankfurter Allee.
Inh.: Gehr. Arnold.
Jeden Sonntag:
Adler
Frankfurter
Chaussee 5
(früher 137).
Fernsprecher
Friedrichshg No 8

Große Tanz-Reunion.

Zirkus Schumann.

Heute, Sonntag, 17. Januar:
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 3 1/2 Uhr. Abds. 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen
angekünd. „Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

„Golo“ und Mädchen-räuber.
In beiden Vorstellungen:

XIV. Saison. Zirkus Busch

Sonntag, 17. Januar 1900.
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei, jedes weitere Kind mit 10 Jahren halbe Preise. (Galerie voll. Freie.)
In beiden Vorstellungen:
Lebendig begraben!
2 Meter unter der Erde.
MIS Surajah, der weibliche Fakir.
In beiden Vorstellungen:
Nou! Die Granthos! Nou!
In beiden Vorstellungen:
Das Mascotte-Trio!
In beiden Vorstellungen:
Vorführen u. Reiten d. bestkennnt. Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
In beiden Vorstellungen:
Sämtl. Gloriosa mit den neuesten Stigen und Spähen.
Nachmittags 4 Uhr:
Barbarossa!
Die besten Szenen und Balletts aus der Pantomime.
Abends 7 1/2 Uhr:
Auswanderer
D. Kessel. Prachtlandst. Ganfam.

Sonntag, 17. Januar 1900.
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei, jedes weitere Kind mit 10 Jahren halbe Preise. (Galerie voll. Freie.)
In beiden Vorstellungen:
Lebendig begraben!
2 Meter unter der Erde.
MIS Surajah, der weibliche Fakir.
In beiden Vorstellungen:
Nou! Die Granthos! Nou!
In beiden Vorstellungen:
Das Mascotte-Trio!
In beiden Vorstellungen:
Vorführen u. Reiten d. bestkennnt. Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
In beiden Vorstellungen:
Sämtl. Gloriosa mit den neuesten Stigen und Spähen.
Nachmittags 4 Uhr:
Barbarossa!
Die besten Szenen und Balletts aus der Pantomime.
Abends 7 1/2 Uhr:
Auswanderer
D. Kessel. Prachtlandst. Ganfam.

Sonntag, 17. Januar 1900.
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei, jedes weitere Kind mit 10 Jahren halbe Preise. (Galerie voll. Freie.)
In beiden Vorstellungen:
Lebendig begraben!
2 Meter unter der Erde.
MIS Surajah, der weibliche Fakir.
In beiden Vorstellungen:
Nou! Die Granthos! Nou!
In beiden Vorstellungen:
Das Mascotte-Trio!
In beiden Vorstellungen:
Vorführen u. Reiten d. bestkennnt. Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
In beiden Vorstellungen:
Sämtl. Gloriosa mit den neuesten Stigen und Spähen.
Nachmittags 4 Uhr:
Barbarossa!
Die besten Szenen und Balletts aus der Pantomime.
Abends 7 1/2 Uhr:
Auswanderer
D. Kessel. Prachtlandst. Ganfam.

Sonntag, 17. Januar 1900.
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei, jedes weitere Kind mit 10 Jahren halbe Preise. (Galerie voll. Freie.)
In beiden Vorstellungen:
Lebendig begraben!
2 Meter unter der Erde.
MIS Surajah, der weibliche Fakir.
In beiden Vorstellungen:
Nou! Die Granthos! Nou!
In beiden Vorstellungen:
Das Mascotte-Trio!
In beiden Vorstellungen:
Vorführen u. Reiten d. bestkennnt. Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
In beiden Vorstellungen:
Sämtl. Gloriosa mit den neuesten Stigen und Spähen.
Nachmittags 4 Uhr:
Barbarossa!
Die besten Szenen und Balletts aus der Pantomime.
Abends 7 1/2 Uhr:
Auswanderer
D. Kessel. Prachtlandst. Ganfam.

Sonntag, 17. Januar 1900.
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei, jedes weitere Kind mit 10 Jahren halbe Preise. (Galerie voll. Freie.)
In beiden Vorstellungen:
Lebendig begraben!
2 Meter unter der Erde.
MIS Surajah, der weibliche Fakir.
In beiden Vorstellungen:
Nou! Die Granthos! Nou!
In beiden Vorstellungen:
Das Mascotte-Trio!
In beiden Vorstellungen:
Vorführen u. Reiten d. bestkennnt. Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
In beiden Vorstellungen:
Sämtl. Gloriosa mit den neuesten Stigen und Spähen.
Nachmittags 4 Uhr:
Barbarossa!
Die besten Szenen und Balletts aus der Pantomime.
Abends 7 1/2 Uhr:
Auswanderer
D. Kessel. Prachtlandst. Ganfam.

Sonntag, 17. Januar 1900.
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei, jedes weitere Kind mit 10 Jahren halbe Preise. (Galerie voll. Freie.)
In beiden Vorstellungen:
Lebendig begraben!
2 Meter unter der Erde.
MIS Surajah, der weibliche Fakir.
In beiden Vorstellungen:
Nou! Die Granthos! Nou!
In beiden Vorstellungen:
Das Mascotte-Trio!
In beiden Vorstellungen:
Vorführen u. Reiten d. bestkennnt. Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
In beiden Vorstellungen:
Sämtl. Gloriosa mit den neuesten Stigen und Spähen.
Nachmittags 4 Uhr:
Barbarossa!
Die besten Szenen und Balletts aus der Pantomime.
Abends 7 1/2 Uhr:
Auswanderer
D. Kessel. Prachtlandst. Ganfam.

Sonntag, 17. Januar 1900.
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei, jedes weitere Kind mit 10 Jahren halbe Preise. (Galerie voll. Freie.)
In beiden Vorstellungen:
Lebendig begraben!
2 Meter unter der Erde.
MIS Surajah, der weibliche Fakir.
In beiden Vorstellungen:
<

Restaurant Gewerkschafts- haus.

Engelauer 15.

Menu 75 Pf.

Heute Sonntag:
Suppe Italiener.

Sehr grün oder gemischtes Gemüse
mit Schnitzel.

Frischer Schweineschinken oder
Rehsteule mit Sahnesauce.

Kompott oder Salat.

× Reichhaltige Abendkarte. ×

Wochentaglich: Großer bürgerlicher

Mittagstisch cov. 60 Pf.

2 franz. Billards.

2 Regelbahnen

Whisky-Ausschank.

54512 **R. Augustin.**

Germania-Prachtsäle.

Carl Richter, Chausseest. 110.

Jeden Sonntag:

Paul Mantheys

lustige Sänger

(ehem. D. Stetlis

Gamb. Sänger)

Sehr neues Programm.

Anfang 6 1/2 Uhr Eintritt 50 Pf.

mit anschließendem Familienkränzchen

von 5 Uhr ab im weichen Saale

Großer Saal.

Jeden Mittwoch:

Paul Mantheys lustige Sänger

und Freizeitsänger.

Sorgungsstellen gelten.

Elysium, Landberger Allee 40,

Ecke Petersburger Str.

Jeden Sonntag:

Großer Ball.

Anfang 4 1/2 Uhr. Entree frei.

Jeden Mittwoch: Harburger Sänger

und Familienkränzchen. Anf. 8 Uhr.

Entree 20 Pf.

Avts! April bis September ist mein

großer Garten sowie Saal

an Wochentagen mit Sänger-

gesellschaft gratis zu ver-

geben an Vereine u. Gewerkschaften.

Café Meyer

Dresdener Str. 129/130.

Kaffee 10 u. 15, Bier, Wein, Rum, 10 Pf.

ca. 50 Zeitungen; 2 Billards etc. 40 Pf.

Zahntische der Freien Volksbühne.

J. Baer

Badstr. 26, Ecke

Prinz-Allee

Herrn- und Knaben-

Moden, Berufskleidung,

Eleg. Joppen u. Paletots

Großes Lager

in- und ausländischer

Stoffe zur Anfertigung

nach Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.

Ungar- u. Dessertweine

hemisch untersucht, Ia Qualität.

liefert zu billigen Preisen 252/7

Georg Eckart,

Güßbruchhandlung,

Berlin,

Dramenstraße 202.

Kubes Festsäle (früher Feuerstein) **Alte Jakobstr. 75.**

Amst I No. 867.

Gemache meine Säle zu Versammlungen und jeder Art Festlich-

keiten. Sonntage im Februar und März noch frei.

KLEINE KIOS

Beliebteste 2 1/2 Pf. Cigarette

Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Schöneberg.

Teils hierdurch den geehrten Parteigenossen, Freunden und Be-

kannten ganz ergebenst mit, daß ich das Lokal von **Krohn,**

Sachsendamm, Ecke der Geneststraße,

in Schöneberg

übernommen habe.

Zimmer zu Werkstätten, Besprechungen, 20-150 Personen fassend,

stehen den geehrten Gemeindegliedern freundschaftlich zur Verfügung.

Um gütigen Zuspruch bitte!

Albert Ende, Gastwirt.

57970

:: : Dritter Wahlkreis :: :

Sonnabend, den 23. Januar, in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses
Engelauer 15:

18. Stiftungs-Fest

KONZERT

ausgeführt von Zivilberufsmusikern.

Mitwirkende: Frau Margarete Walkotte, Humorist Herr Lachmann,
Sängerschaft „Fichte“ (Mitglied des A.-S.-B.)

Großer Ball. Herren, welche daran teilnehmen,
zahlen 50 Pf. nach.

Program am Eingang gratis. 219/2 Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Anfang
8 1/2 Uhr.

Billet
30 Pf.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 17. Januar, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:

Achtzehntes Stiftungsfest.

Kammermusik- und Lieder-Abend.

Werke zeitgenössischer Komponisten.

Auszug aus dem Programm:

- Ferruccio Busoni:** Zweite Sonate für Klavier und Violine, opus 36a (Amalie Radwaner-Birnbaum und Leo Kostenberg).
- Prolog von Ludwig Lessen** (gesprochen von Ella Lóránt).
- Richard Kirsch:** a) Ueber die Heide, b) Schmied Schmers, c) Ländler des Verliebten (Eugen Brieger).
- Robert Kahn:** a) Stelldichein, b) Wiegenlied, c) Der Gärtner (Paula Weinbaum).
- Walther Lampe:** Sonate für Piano-forte und Violoncello, opus 4 (Marix Loewensohn und Leo Kostenberg).
- Hugo Kaun:** a) Daheim, b) Auf leisesten Sohlen, c) Der Sieger (Eugen Brieger).
- Richard Strauß:** a) Mit deinen blauen Augen, b) Heimkehr, c) Heimliche Auforderung (Paula Weinbaum).
- Camille Saint-Saëns:** Zweites Trio für Piano, Violine und Violoncello, opus 92 (Amalie Radwaner-Birnbaum — Marix Loewensohn — Leo Kostenberg).

Nach dem Konzert: **Ball.**

Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Billets im Vorverkauf 60 Pf., an der Abendkasse 70 Pf. inkl. Programm.
Billets sind zu haben in sämtlichen Zahlstellen der Schule, in der Bibliothek, Grenadier-
straße 87 (Mittwoch abends zwischen 8 und 9 Uhr), bei Paul Elsner, N. 58, Eberswalder
Straße 19, und an der Abendkasse. 6/5

Warnung!

Problem-Raucher! Die Verbreitung, daß die Marke „Problem“ boykottiert sei, ist eine böswillige Erfindung und entbehrt jeder Grundlage. Ich warne daher vor jeglicher Irreführung und werde die Verbreiter, die eine Erpressung herbeiführen wollen, gerichtlich belangen.

Zigarettenfabrik „Problem“.

Inh.: S. Rochmann.

◆ Großes Frühstück, Mittag- und Abendtisch. ◆
Mittag mit Bier 60 Pf., abends à la carte in reicher
Küche zu sel. Preisen. Gr. Fremdenlogis a. Bett 40 Pf.,
2 Bereinigungszimmer (20 u. 60 Pers.) Telef. Amt IV 2266.
H. Stramm Ritterstraße Nr. 123.

Rum Cognac selbst zu bereiten!

Rp. Eine Originalflasch. Reichele
Echter Jamaika-Rum-Extrakt
für 75 Pf. Extra-
Qualität *** 1.25 RM. mit 1 Ltr.
Weingeist nach Vorschrift be-
reitet gibt
2 Ltr. Rum
über
o. edlem natürl. Aroma u.
feinem fröhlig. Geschmack,
der selbst
den **Kenner in Erstaunen**
setzt. — und Grog. —

Rp. Eine Originalflasch. Reichele
Echter französischer Cognac-
Extrakt für 75 Pf. Extra-
Qualität *** 1.25 RM. mit 1 Ltr.
Weingeist nach Vorschrift be-
reitet gibt
2 1/2 Ltr. Cognac
von vollem, naturreinem
Geschmack u. feinstblumigem
Buket älterer
französischer Marken.
Von keiner Nachahmg. erreichbar!

Man überzeuge sich selbst durch einen Versuch von der über-
raschenden Feinheit und bedenke die enorme Ersparnis!

Bei 6 Flaschen die 7. gratis!

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse Amt IV, 4751, 4752, 4753.
Niederlegen in den durch meine Schilder kenntlichen Drogerien etc.
Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.

Vorsicht: Lasse sich niemand durch Nachahmungen täuschen!
Man kaufe nur die **echten Reichel-Essenzen Marke Lichtherz.**

Reichel-Spiritus Feinster Weingeist 96 Vol. %, von
höchster Reinheit, kauft man garantiert
nur in Original-Flaschen mit un-
verfälschtem Verschlußstreifen.

Ein wertvolles Buch:
**„Die Destillierung im Haushalte“
gratis u. franko!**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis

Kunst-Abend

am Sonntag, den 17. Januar 1909,
in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18
(großer Saal) unter Leitung der
Frau Margarete Walkotte

Mitwirkende: Frau Thyra Nordström, Liedersängerin
Herr Felix Gutdeutsch, Violinist
Herr Johannes Cotta,
Rezitator eigener Dichtungen.

Nach Schluß der Vorträge Tanz.
Sich hieran beteiligende Herren
zahlen 50 Pfennig nach.
Saalöffnung 4 Uhr, Anfang 5 Uhr.
Eintrittskarten a 50 Pfennig

sind bei allen Bezirksführern und in den Parteipositionen:
Auguststraße 50 und Immanuelkirchstraße 12 zu haben.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche

Generalversammlung

in den

Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 156/4
2. Bericht und Abrechnung vom 4. Quartal 1908.
3. Aufstellung der Kandidaten zum Jahreskongress.
4. Wahl von 10 Delegierten zur Verbands-Generalversammlung in Köln.
5. Anträge zur Generalversammlung.
6. Verschiedenes.

Achtung!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß zu dieser Ver-
sammlung das Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne das-
selbe erhält niemand Zutritt. Die Werkstatt-Vertrauens-
männer sind hiermit angewiesen, den Mitgliedern die
Bücher auszuhandigen. Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 6. Februar 1909, in L. Kellers Festsälen
156/5 (Zuh. Freyer), Koppenstr. 29:

Großer Wiener Maskenball.

Stark besetztes Orchester. Ueberraschungen.

Um 1 Uhr Kaffeepause. Während derselben humoristische Vorträge,
ausgeführt von den Orchester-Direktoren Gebrüder Herulf.

Anfang 9 Uhr Billett 50 Pf.

Billets sind im Bureau sowie bei den Verkaufsstellen zu haben.
Zahlreiches Besuch erwartet **Das Komitee.**

Deutscher Kürschner-Verband

Filiale Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Barnimstraße 21, u. pl. Tel.: Amt VII 6789.

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhaus,
Pincusstraße 5:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kasernenbericht und Bericht des Vorstandes. 2. Renzwahl des
Vorstandes. 3. Gemeindefachliches. 4. Verschiedenes. 102/1
5. Bericht von der Konferenz.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendt, Brühlstr. 21:

Quartals-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und des Kassiers. 2. Diskussion. 3. Renz-
wahl der Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
5. Bericht von der Konferenz. 177/2

Die Ortsverwaltung.

Öffentliche Maler-Versammlung

am Montag, den 18. Januar 1909, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Alee 15, Saal 7 (Seltensäge).

Tagesordnung: Renzwahl für die abcheidenden Mitglieder des
Schiffenauerschiffes. — Wahlberechtigt sind die bei Innungsmitgliedern
beschäftigten volljährigen Gesellen.

Der Innungsvorstand: Der Schiffenauerschiff:
F. Rettig, Obermeister, C. Joachims W. Wendel, Mitgehilfe, Kommandantenstr. 22,
Straße 13.

Abends 7 1/2 10 Uhr: Versammlung der Maler usw.

Tagesordnung: Wahl der Beisitzer zum Schiedsgericht für die
Jahre 1909 und 1910. — Zur Teilnahme an den Wahlen ist be-
rechtigt, wer das 30. Lebensjahr vollendet hat. — Wählbar ist, wer
das 30. Lebensjahr erreicht hat. Ebenfalls muß derselbe seit mindestens
zwei Jahren im Bezirke des Schiedsgericht wohnen oder im Gewerbe be-
schäftigt sein. 590/0
Der Schiffenauerschiff: Wilhelm Wendel, Mitgehilfe, Kommandantenstr. 22.

Rauchen Sie Phänomen Cigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung
Garantiert feinste Handarbeit.

Metzner

BERLIN

Adressenstr. 23 — Brunnenstr. 55
Leipzigerstr. 54-55 — Bausellstr. 67 — Rixdorf, Bergstr. 133

Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.

1000 Mk. Belohnung
zahlt ich jedem, der mir in Berlin
ein größeres Spezial-Geschäft in
der Branche als das meine nachweist. KATALOG GRATIS.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Wittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr,

finden für Berlin und Umgegend in den bekannten Lokalen die

Bezirks-Sitzungen

Tagungs-Ordnung: 1. Die Arbeitslosenzählung im Verbands. 2. Vorschläge zu Kandidaten für die Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Die Oblicute.

Um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersuchen

Zur Beachtung! Das Bureau der Putzer befindet sich jetzt Engelauer 15 (Gewerkschaftshaus), u. III, Zimmer 58. — Tel.: Amt IV, 4098. Des weiteren weisen wir auf das am Sonnabend, den 23. Januar, stattfindende Fest u. Dinner zu demselben im Bureau und bei allen Oblicuten zu haben. (Siehe Annonce am 18. u. 19. d. M.) Der Vorstand. J. A. E. Schulze.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Fliesenleger.

Wittwoch, den 20. Januar, abds. 8 Uhr, bei Meyer, Drauzenstr. 103:

General-Versammlung der Fliesenleger-Sektion.

Tagungs-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Wahl des Sektionsvorstandes. 3. Berufsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Die säumigen Kollegen sind ganz besonders geladen. Der Sektionsvorstand. J. A. H. Waldheim.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Bureau: Dinsenerstr. 21b. Geöffnet von 9-1 u. 4-8. Telefon: III, 938.

Bezirks-Versammlungen

mit nachfolgenden Tagesordnungen:

Sonntag, den 17. Januar, vormittags 9 Uhr.

für Rummelsburg bei Tempel, Alt-Borsbagen 56. 1. Bericht der Bezirksleitung und Funktionäre. 2. Neuwahlen. 3. Berufsangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag, den 17. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:

Gruppe der Kunststeinarbeiter im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthaler Straße 57. 1. Stellungnahme zur Generalversammlung. 2. Wahl der Delegierten. 3. Bericht der Tarifkommission. 4. Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr.

für Tegel bei Kalkes, Berlinerstraße. 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten. 5. Verschiedenes.

Wittwoch, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

für Südost bei Hahn, Luisen-Platz 8. 1. Vortrag des Genossen Ritter: „National und International“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Bezirksleitung. 4. Neuwahlen. 5. Stellungnahme zur Generalversammlung. 6. Wahl der Delegierten.

Wittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr.

für Ober-Schöneweide bei Schulte, Wilhelm-Liebig-Straße. 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten.

Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

für Norden bei Kramer, Gutfenstr. 40. 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für Nordwest bei Kirschkowski, Besselerstr. 9.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für Osten bei Zietz, Warschauer Straße 61.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

1. Berichte: a) Der Bezirksleitung, b) Der Delegierten zur Gewerkschaftskommission, c) Bericht von der Volkskommission. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für Spandau bei Gottwald, Schönwalder Straße 80.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Bericht der Kartell-Delegierten. 3. Neuwahlen. 4. Unser Stiftungsfest. 5. Geschäftliches.

für Köpenick bei Joch, Grünauer Straße 7.1

1. Jahresbericht sämtlicher Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Neuwahlen. 4. Stellungnahme zur Generalversammlung. 5. Wahl der Delegierten. 6. Verhandlungsangelegenheiten.

für Weißensee bei Content, Leberstr. 5.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für Rixdorf bei Hennig, Zietzenstraße 69.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für Schöneberg bei Gebhard, Gothenstr. 28.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten.

Die Versammlung für Köpenick und Weißensee wird pünktlich 8 Uhr eröffnet.

Zwecks Ausübung einer Kontrolle über die Teilnahme an den Bezirksversammlungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder ihre Bücher mitbringen sollen, um den Besuch der Versammlung durch Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können. — Da in den Versammlungen die Wahl der Delegierten zur nächsten Generalversammlung vor sich geht, erwarten wir bestimmt, daß die Mitglieder zahlreich und pünktlich erscheinen. Die Bezirksleitungen.

Sophien-Säle

Sophienstraße 17/18

Querstraße der Rosenthaler Straße — am Haakoschen Markt

Inhaber: Paul Bantz

empfehle seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen, Partys u. Ausstellungen usw. Größt. Musik. Balant. Entgegenkommen.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantwortl.: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Öffentliche politische Versammlungen.

Dritter Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminshallen“, Kommandantenstraße 58/59:

Öffentliche Frauenversammlung.

Tagungs-Ordnung:

1. Der Kampf der Frauen um die politischen Rechte.
2. Freie Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer. August Pohl, Naunynstr. 30.

Sozialdemokratischer Wahlverein des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

5 Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

Sandfouci, Kottbuser Straße 6.

Bocker, Weberstraße 17.

Urania, Brangelstraße 11.

Litfin, Remeler Straße 67.

Elysium, Landsberger Allee 40.

Tagungsordnung in allen Versammlungen:

1. 500 Millionen neue Reichssteuern, ein Raub am deutschen Volke.
2. Diskussion.

Referenten sind die Reichstagsabgeordneten Genossen Drey, Hannover, Brühne, Wiesbaden, Emmel, Mühlhausen, Nothe, Chemnitz, Stücklen, Limbach, Wittweida.

Der Vorstand. Paul Hoffmann, Doppelner Straße 47.

V. Berliner Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Januar, 8 Uhr abends,

in den

Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18 (im Handwerker-Verein).

Tagungs-Ordnung:

1. Die Wahlrechtsräuber von Rixdorf.

Referent: Genosse Eduard Bernstein.

2. Freie Diskussion. 3. Diverse.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer.

Will Friedländer, Eissener Straße 25.

6. Wahlkreis.

Sonntag, 17. Januar, abends 6 Uhr, bei Raabe, Kolberger Str. 23:

Öffentliche politische Versammlung für Männer u. Frauen.

Tagungs-Ordnung:

Vortrag der Genossin Wurm über: „Entstehung der Arbeiterklasse“. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Einberufer: E. Ernst, Böhlerstr. 9. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Korbmacher.

Sonntag, den 17. Januar, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Öffentliche Versammlung.

Tagungs-Ordnung:

Die Regierung als Lohnrückerin in unserem Gewerbe. Der Einberufer.

Kistenmacher

Montag, 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsälen (oberer Saal), Andreasstr. 21:

Bezirks-Versammlung.

Tagungs-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Der Obmann.

Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal A. Preuß, Holzmarktstr. 65:

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher.

Tagungs-Ordnung:

1. Jahresbericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Kommission und der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Branchen- und Verhandlungsangelegenheiten. Um regen Besuch dieser Versammlung ersucht Die Kommission.

Stukkateure.

Montag, den 18. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tagungs-Ordnung:

1. Ausschlußantrag gegen die Tarifbrecher bei J. W. Kraus. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 3. Jahresbericht und Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. 4. Stellungnahme zur Teilungsspekulation durch die Hotelbahn, zum Verarmungsstafel und Tage und zum Wintervergnügen am 30. März d. J. Den Jahresbericht erhält jedes Mitglied am Eingange. Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.

Dienstag, den 19. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im „Volkshaus“, Rosinenstraße Nr. 3 (großer Saal).

Tagungs-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Emil Eichhorn. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 4. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 5. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Sterbekasse ehem. Pfingstberger Arbeiter (Helzelsche Kasse)

Sonntag, 21. Januar 1909, vorm. 10 Uhr, in Wilkes Saal, Brunnensstraße Nr. 188:

General-Versammlung.

Tagungs-Ordnung:

1. Bekanntgabe des Protokolls von der Generalversammlung am 20. Juli 1908 durch den Schriftführer Herrn Bauer. 2. Jahresbericht des Kassanten Herrn Schulz über das Jahr 1908 und Bericht der Revisoren. 3. Verschiedene Kassangelegenheiten: Antrag des Vorstandes betreffend Erhöhung des Sterbegeldes und Anfertigung eines technischen Gutachten im Jahre 1909. 4. Wahl des ersten Vorsitzenden, Wahl des Kassanten und des stellvertretenden Schriftführers. 5. Wahl von drei Revisoren. Der Vorstand. J. A. Otto Müller.

Zentralkrankenkasse d. Tapezierer

Filialen Berlin.

Freitag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Quartals-Versammlungen.

Filiale I: Drauzenstr. 103 bei Meyer.

Filiale II: Eglarstraße 14 bei Böwer.

Filiale III: Gewerkschaftshaus (Saal 7), Engelauer 15.

Tagungs-Ordnung:

Kassenbericht vom 4. Quartal 1908. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwarten Die Ortsverwaltungen.

Die Rentabilität der Riefelfelder.

Dieses Thema ist in der städtischen Verwaltung in ausgiebigem Maße erörtert worden. Namentlich in der Stadtverordnetenversammlung wurden lebhaftige Klagen über die großen Zuschüsse erhoben, die diese Verwaltung erfordert. Dabei wird aber meist vergessen, daß die Aufgabe der Riefelwirtschaft in erster Linie die Beseitigung der Fäkalien ist, wobei der landwirtschaftliche Betrieb nur das Mittel zum Zweck darstellt. Trotzdem muß zugestanden werden, daß unzweifelhaft manches zu bessern ist. Ein wesentlicher Mangel war das Fehlen einer einheitlichen Verwaltung des landwirtschaftlichen Betriebes.

Dieser Mangel ist, nachdem der erste Versuch mißglückt war, jetzt beseitigt. Es versteht sich von selbst, daß ein Mann, der an die Spitze einer solchen Verwaltung tritt, Zeit haben muß, sein Gebiet kennen zu lernen, handelt es sich doch um ein Wirtschaftsbereich von rund 70 000 Morgen, das nach einem System bewirtschaftet wird, wie es nirgends im Wesen sowohl als im Umfang wieder vorkommt. Noch dreijähriger Tätigkeit ist der Direktor Schröder jetzt mit seinen Plänen für die Zukunft an den Magistrat herantretend. Diese gipfeln darin, die Produktion mehr als seither, jedenfalls in der Hauptphase in den eigenen Zweigen der städtischen Wirtschaft und Verwaltung zu verorten. Ein durchaus gesunder Gedanke, der oft als undurchführbar bezeichnet wurde, jetzt aber wohl verwirklicht werden wird. Daß dieser Gedanke nicht zur Durchführung kommen konnte, lag eben an dem Mangel einer Zentralleitung, sowie der Steifheit und wohl auch Selbstherrlichkeit der einzelnen Verwaltungen. Soll es doch des öfteren vorgekommen sein, daß in einzelnen Verwaltungen Produkte der Riefelfelder als unbenutzbar zurückgewiesen wurden, die dann durch Zwischenhändler allerdings nun zu wesentlich höheren Preisen abgenommen wurden. Welche Mengen Feldfrüchte in den einzelnen Anstalten gebraucht werden, ist durch Berechnung festgestellt worden. So an Roggen 20 823 Doppelzentner, um 20 032 Doppelzentner Brot zu liefern. 10 521 Doppelzentner Weizen zu Weißbrot, 2012 Doppelzentner Hülsenfrüchte, 20 778 Doppelzentner Gerste und Hafer, 25 780 Doppelzentner Kartoffeln, 4300 Doppelzentner Roggenkleie, 38 180 Doppelzentner Heu, 27 285 Doppelzentner Stroh.

Diese Produkte können ohne Schwierigkeiten durch die Riefelfeldverwaltung geliefert werden. Ferner: I. Rindfleisch 5175 Doppelzentner, II. 4280 Doppelzentner Schweinefleisch, III. 1497 Doppelzentner Hammelfleisch. Zur Lieferung zu I gehören 1300 Rinder, die heute schon vorhanden sind, zu II 4280 Schweine, wovon schon heute 2400 und zu III 2994 Hammel, wovon heute circa 3000 gemästet werden. Zu Rindfleisch werden 8100 Kühe, die selbst aufgezogen werden können, gebraucht.

Für Milch werden 1470 Kühe, für Butter 1230 Kühe gebraucht, die zusammen 9 740 000 Liter Milch geben, die 605 Doppelzentner Käse werden als Nebenprodukt in der Molkerei gewonnen. Die Kühe sind ohne Schwierigkeiten unterzubringen, auch die notwendigen Fäkalien aufzugeben ist möglich. Durch eigene Schlachtungen wird eine höhere Verwertung des Viehes von nahezu 300 000 M. erzielt. Das Großvieh soll in städtischen Schlachthöfen, das Kleinvieh in eigenen Schlachthäusern, wie ein solches schon in Hohenbrosfeld eingerichtet ist, geschlachtet werden.

Jetzt besteht der Fortschritt in einer Fläche von 3500 Hektar; er wird sich in nächster Zeit nicht unwesentlich vergrößern. Werden die Erzeugnisse der Forstwirtschaft in der eigenen Verwaltung verwendet, so ist der Nutzen, wie festgestellt, um 100 Proz. größer als sonst. Der Holzbedarf der Stadt Berlin beträgt pro Jahr 20 000 Festmeter, der Brennholzbedarf 5000 Raummeter. Hier würde ein ganz erheblicher Gewinn herausgewirtschaftet werden können, weit über 1/2 Million Mark. Es soll daher in Hohenbrosfeld ein eigenes Sägewerk erbaut werden, ebenso später in Großbeeren. Auf den Riefelfeldern sind eine Anzahl Kleinschächter (432) tätig, die durchschnittlich 2-3 Hektar zum Gemüsebau gepachtet haben und mit ihrer Familie bewirtschaften.

Dieselben liefern nach Berlin alljährlich circa 395 000 Doppelzentner Gemüse aller Art, außerdem bezieht Berlin von auswärts pro Jahr noch 1 100 000 Doppelzentner. Da die Verpackung rentabel ist, sollen an dazu geeigneten Stellen Gemüsegärtnerkolonien angelegt werden, die an Gärten verpachtet werden sollen. Der Obstbau hat fortwährend gute Erträge geliefert, derselbe ist noch sehr ausdehnungsfähig; in der städtischen Verwaltung werden allein 1203 Doppelzentner an Obst gebraucht.

Mit der Schaffung von Gärtnerekolonien kann nur langsam vorgegangen werden. Die dazu notwendigen Ausgaben von 8 Millionen Mark würden sich auf 10 Jahre verteilen und 800 Hektar Raum bieten. Zu diesem Zwecke kommt vor allem Osdorf in Frage. Von Buch über Hohenbrosfeld nach Schmechdorf ist eine Feldbahn gebaut, die sich bewährt hat; es sind dabei auf den anderen Sektoren ebenfalls Feldbahnen geplant im Gesamtwert von 300 000 M., davon 240 000 M. im nächsten Jahre. In Hohenbrosfeld ist ein Getreidespeicher erbaut, wobei das Getreide nur mechanisch auf- und umgeschüttelt wird, wie überhaupt Hohenbrosfeld mit allen Hilfsmitteln der Technik ausgestattet ist. Der Bau eines gleichen Speichers ist am Bahnhof Blankenburg sowie für den Süden in Großbeeren beabsichtigt; jeder derselben kostet 215 000 M. Für den Norden soll die Mälzerei in Buch verwendet werden, für den Süden eine solche in Großbeeren erbaut werden, gleichfalls zwei Roggenmühlen, davon eine im Norden, für je 80 000 M.

Da die Fischzucht gute Erträge abwirft, soll eine mechanische Teichreinigungsvorrichtung für 10 000 M. angeschafft werden. Für Schmechdorf wird ein Dampfzug benötigt, der 60 000 M. kostet. An dem gleichen Orte wird eine Milchlieferungseinrichtung für die Säuglingsfürsorge in Berlin geschaffen, die 25 000 M. erfordert.

Durch Untersuchungen sind erhebliche Ries- und Bausandlager festgestellt, mit denen der gesamte Bedarf der städtischen Verwaltung auf Jahre hinaus gedeckt werden kann, ebenso sind Tonlager aufgedeckt, womit der gesamte Steinbedarf in eigenen Ziegeleien gedeckt werden soll.

Der landwirtschaftliche Direktor Schröder sagt seine Darlegungen in den Worten zusammen, daß wenn auch die Stadt Berlin die Ländereien teuer bezahlen mußte und die Ackerung und Drainierung derselben weiter erheblich verteuerte, so siehe andererseits die Lage vor den Toren der Weltstadt, die große Finanzkraft der Stadt und der riesige Verbrauch im eigenen Hause gegenüber, der eben nur richtig organisiert werden muß. Die Möglichkeit, nicht nur eine volle Rente, sondern auch noch einen Gewinn herauszuwirtschaften, glaubt er beweisen zu können. Offensichtlich finden diese großzügigen Ideen im Magistrat und Stadtverordnetenversammlung das richtige Verständnis und die nötige Unterstützung. Es könnte nichts Klüglicheres geben, als den Bestrebungen und umfassenden Arbeiten eines Mannes auf diesem Gebiete feilschen, engberzige Erwägungen gegenüberzustellen, die die Schaffensfreude erlahmen lassen müssen. Soweit die Konstitutions- und Riefelfelderdeputation in Frage kommt, scheint es an dem notwendigen Verständnis nicht zu fehlen; namentlich der langjährige Vorsitzende der Deputation hat das große Verdienst, ohne jede Kleinlichkeit den Dingen die Wege zu ebnen.

Partei-Angelegenheiten.

Städter Wahlkreis. Zu den heute stattfindenden Urwahlen sind noch Willems bei Paul Hoffmann, Oppelner Straße Nr. 47, und bei A. Schöple, Frankfurter Allee 74, zu haben.

Charlottenburg. Dienstag, 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Emil Eichhorn. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 4. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 5. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Lichtenberg. Dienstag, 19. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Kronprinzengarten“ (D. Gursch), Frankfurter Chaussee 128, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Berichte des Vorstandes und der Funktionäre. Neuwahlen. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Weißensee. Dienstag, 19. Januar, abends präzise 8 1/2 Uhr, findet im „Prälaten“, Lehderstr. 122, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Anläßlich der nachstehenden wichtigen Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre, 2. Wahl der Funktionäre, 3. Vereinsangelegenheiten, dürfte kein Genosse fehlen.

Johannisthal. Dienstag 19. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Hesse, Parkstr. 12/13, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Teltow. Dienstag, 19. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Genossen B. Bonow die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Friedrichsfelde. Dienstag, 19. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Schulze, Wilhelmstraße, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Neuwahl. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.

Treptow-Baumhulsenweg. Die Genossinnen werden darauf hingewiesen, daß der diesmonatliche Lesabend umständlicher am Montag, 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Vogt, Kleefeldstr. 35, stattfindet.

Frans-Buchholz. Heute nachmittag 4 Uhr findet bei Kühne, Berliner Straße 80, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen A. Stadthagen. Diskussion. Verschiedenes.

Kehlendorf. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Demmo Nieske, Potsdamer Straße 25, statt. Neben der Berichterstattung des Vorstandes und der Funktionäre steht die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung.

Nieder-Schönhausen. Deutschland in der Welt voran! lautet das Thema, das Genosse Reichstagsabgeordneter Arthur Stadthagen in einer am Dienstag, 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Schwarzer Adler“ (Jah. Ullrich), Blankenburger Straße, stattfindenden Volksversammlung behandeln wird. Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung rege zu agitieren.

Bernau. Heute nachmittag 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Kunze, Bürgermeisterstraße. Tagesordnung: 1. Berichte des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Parteiangelegenheiten.

Potsdam. Mittwoch, den 20. Januar, 8 Abende in allen Bezirken. Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher.

Die Gemeindevorwählerliste.

Treptow-Baumhulsenweg. Die Wählerliste für die Wahlen zur Gemeindevertretung liegt bis 30. Januar d. J. im Gemeindeamt, Neue Krugallee 5, Zimmer 15, an den Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, und an den Sonntagen von 9 bis 10 Uhr vormittags öffentlich aus. Besonders haben sich die im 2. Kommunalbezirk wohnenden Gemeindevähler wegen einer eventuell notwendig werdenden Wahl davon zu überzeugen, ob sie in der Liste verzeichnet sind. Der 2. Kommunalbezirk wird begrenzt von der Mitte des Dammtorges ausschließlich der beiden Bierhäuser, der Spree, von Nieder-Schöneweide und der Mitte der Kleefeldstraße.

Parlaments-Süden. Die Gemeindevorwählerliste liegt bis 30. Januar zu jedermanns Einsicht aus im Rathaus, Zimmer 11, während der Dienststunden von 8-12 und 2-6 Uhr. Diejenigen Gemeindevähler, welche verhindert sind, selbst Einsicht in die Wählerliste zu nehmen, wollen sich bei einem der nachstehend benannten Genossen melden, es wird dann Einsicht für sie genommen. Diese Stellen sind die Bezirkslokale: Rietzow, Chausseestr. 261; Pieper, Bergstr. 85; Pommerer, Chausseestr. 298; Löwenhagen, Chausseestr. 27; Hierod, Kurfürstenstr. 44; Well, Kurfürstenstr. 1, und bei H. Reichardt, Kurfürstenstr. 34. Parteigenossen! Überzeuge sich ein jeder, ob er in der Wählerliste steht, damit er seines Wahlrechtes nicht verlustig geht.

Steglitz. Die Gemeindevorwählerliste liegt im hiesigen Rathaus, Zimmer 21, in der Zeit von 8 bis 3 Uhr aus.

Nieder-Schönhausen. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeindevorwählerlisten bis zum 30. Januar im Einwohnermeldeamt, Blankenburger Straße 10, Hof parterre, öffentlich zur Einsicht ausliegen, und zwar an den Wochentagen von 8-3 Uhr, an den Sonntagen von 11-1 Uhr.

Adlershof. Dienstag, 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kaul, Bismarckstr. 16, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Ferner werden die Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeindevorwählerlisten vom 15. bis 30. Januar während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im hiesigen Gemeindeamt, Bismarckstr. 1, Zimmer 9, öffentlich ausliegen. Folgende Genossen haben sich bereit erklärt, für die Parteigenossen, denen die Einsichtnahme nicht möglich ist, diese Arbeit zu übernehmen: G. Tempel, Kronprinzengasse 46; A. Red, Gadenbergstr. 24; R. Kaul, Bismarckstr. 16; Daniels, Bismarckstr. 16.

Schmargendorf. Die Gemeindevorwählerlisten liegen im hiesigen Rathaus, Zimmer 3, zur öffentlichen Einsicht aus: wochentäglich von 10 bis 3 Uhr, Sonntags von 10 bis 12 Uhr, und zwar vom 15. bis 31. Januar.

Berliner Nachrichten.

Ordnungsfieber.

Wenn mit Hohenzollernsommerschein der heutige Tag anbricht, gibt es im Reiche der Anechtelhaftigkeit ein paar tausend überglückliche Menschen mehr. Die Heidenangst, die sie in den letzten Stunden vor dem großen festlichen Ereignis, das leider alle Jahre nur einmal eintritt, angestanden haben, können wir aber auch keiner Hundeseele. Die mächtige preussische Ordnungsfieber ist wieder mal umgekippt, und wie die Wälder, die für Rasenringe und Glasperlen schwärmen, haben sich die gewaltigen Heiden, die mit richtiger Hand ins Räderwerk der Staatsmaschine greifen, über den glühenden Land gestürzt. Ein paar tausend Draufgänger, die am lautesten schrien, und am kräftigsten ihre Ellenbogenkraft erprobten, erschäkten jeder eins der bunten Dmgerchen, eilten spornstreichs ins

stille Kämmerlein, pflanzten sich vor den Spiegel und bewunderten ihr geschmeidiges Kontersel im Widerschlag des Verdienstes um den Staat. Bitte, meine Herrschaften, laden Sie nicht so dreckig. Ich sage Ihnen, nicht ein einziger ist darunter, der seinen Knopflochsplitter nicht verdient hat. Unsere liebe preussische Kunstler sah während eines einzigen Jahres so unendlich oft im dicken Modder, daß gar viele rührige Häute dazu gehört haben, sie herauszuziehen. Und da wollen Sie sich aufregen, daß auf Kosten der Steuerzahler so viele Trinkgelder verteilt worden sind?

Es ging diesmal noch glimpflich ab. Unendlich viele Staatszelmänner strecken lustern die Hand aus und mühten wie die betäubten Lohgerber ohne modernen Rasenring abtreten. Hund fünftausend metallene Dommeln auf Grad und Uniform an einem einzigen Tage. . . Pah . . . ne Vappalie für Preußen-Deutschland in der Welt voran! Wo wir so viele Köder auswerfen, um Freundschaften zu angeln, kommt auf eine Handvoll mehr oder weniger nicht an. Na ja doch, einen hübschen Groschen Geld kostet und alljährlich der Spah. Der schönste Garzer Kanarienvogel ist billiger als der simpelste taubstumme Piepmag um schwarzweißen Bändchen. Ein roter Adler dritter Güte hat ungefähr ebensoviele Wert wie ein hochfeines Diner mit Heißfisch Monopol bei Jäger Unter den Linden, und der schwarze Kar von der glänzenden Sorte, wie ihn mehrfach ausländische Staats- und Volksverräter um den dem Galgen nahen Hals gehängt haben, entspricht dem Jahresverdienst eines höchstbezahlten Arbeiters. Mit unterschiedlichem glänzendem Klambim daran stellt sich der Preis sogar auf ein kleines Vermögen. Untel Dernburg wills freilich etwas billiger machen, wenn erst die Brillanten zum preussischen Adlerorden aus Südafrika importiert werden können. Macht also alles in allem pro Jahr mehr als zweihunderttausend Emmchen, eine ganz niedliche Trinkgeldrechnung für einen Staat, der vor dem Bankrott steht. Aber Bankrotteure haben befamlich noch niemals hausgehalten verstanden. Die Wechsel, die sie ausstellen, gehen aufs Konto fremder Taschen, und mit dem Wort, daß keine Geschenke die Freundschaft erhalten, stopfen sie winzige Löcher zu, um neue große aufzumachen.

Für die Berliner neugeborenen Ordenritter ist der heutige Tag ein „gefundenes Fressen“. Sie dürfen am Schloßplatz Hofluft atmen und an königlicher Tafel den funkelneuen neuen Piepmag mit Roßpon begießen. Oder nein — funkelneuen ist so mancher Orden, der auf der bürgerlichen Männerbrust prangt, doch nicht — nur auspoliert. Von einer gewissen Klasse aufwärts müssen ja die Trinkgelder nach dem Tode des Belehnten an den Staatskass zurückerzahlt werden, ein alter Anecht, daß in Preußen das Bülowische Rezept von der Sparfameit einen guten Boden hat. In kleinen Dingen ist ja der reichständigste Staat der Erde schon immer groß gewesen. Der Brauch paßt aber vortrefflich zu unseren frischdefortierten Freisinnshelden, deren Orden die Prust gemehst hat wie der Volkverräter seine politische Hausfarbe. Wie sie wieder da oben im Königsschloß aufgebläht herumstolzieren werden, die Dandlanger der modernen preussischen Reaktion! Für einen Orden schon verraten sie das Volkstum, unbekümmert um den Fußtritt, zu dem der Lauffußel aus der Wilhelmstraße ständig in der Luft schwebt. Schreiben wir diesen Drahtpuppen und allen anderen, die sich die Jacke anziehen können, als Zugabe zum Piepmag die lebenswahren Worte des deutschen Dichters und Jhainers Bürger ins Stammbuch:

Viel Klagen hör' ich oft erheben
Vom Hochmut, den der Grohe läßt.
Der Grohe Hochmut wird sich geben,
Wenn unsere Ariererei sich gibt!

Gincin in die Arbeiter-Bildungsschule!

Wieder richten wir diese Mahnung zum morgigen Beginn des neuen Schulquartals an die Arbeiterschaft Groß-Berlins, und wieder sind wir überzeugt, daß sie ihr im eigenen Interesse Beachtung schenken wird.

Die Berliner Arbeiter-Bildungsschule hat sich von jeher mit bewahrter Umsicht in einen scharfen Gegensatz gestellt sowohl zu der sogenannten „Bildung“, die in Volks- und Bürgerschule von Staat und Gemeinde wegen den Arbeitern beigebracht wird, als auch zu der wissenschaftlichen Halbbildung, die von „wohlthätigen“ oder sogenannten „gemeinnützigen“ Instituten des Bürgertums den Arbeitern dargeboten wird. Weder will sie eine Allverweltbildung züchten und dem Kapitalismus willige Arbeitstiere erziehen helfen. Was sie will, ist im ausgesprochensten Gegenteil hierzu: den Arbeitern durch ganz bestimmte ausgewählte Teile des menschlichen Wissens zur klaren Erkenntnis ihrer Klassenlage zu verhelfen und durch eine bestimmte Vorkarrierungsmethode dieses Wissen die Arbeiter zum wissenschaftlichen Sozialismus und zu seiner praktischen Vertretung in Partei und Gewerkschaft zu erziehen.

Die Schule beschränkt sich deshalb auf den Unterricht in Naturwissenschaft, Geschichte, Nationalökonomie, Rechtswissenschaft, Gewerkschaftswesen und auf sprachliche Übungen dieses Wissens in Redeübung. Sie hat im Laufe der Jahre einen festen Stamm erprobter Lehrkräfte gewonnen, die ihrerseits wieder verstanden haben, die alten Schüler zum großen Teil der Schule zu erhalten und viele neue ihr zu gewinnen. Immer aber kann bei der großen Zahl organisierter Arbeiter in Partei und Gewerkschaft in Groß-Berlin weit mehr für die Schule getan werden.

Und was steigendes Interesse, zunehmender Bildungsreifer an Unterstützung und Teilnahme der Schule gibt, das gibt die Schule hundertfältig zurück. Was einer daher für die Schule der Berliner Arbeiter tut, indem er an ihrem Unterricht teilnimmt und sie als Mitglied tatkräftig unterstützt, das tut er für sich selbst. Darum vor allem auch wiederholen wir zum morgigen Beginn des neuen Lehrplans die erste Mahnung an alle, die es angeht:

Gincin in die Arbeiter-Bildungsschule!

Den alten Teilnehmern, die auch diesmal wieder den Fortschrittskursus in Geschichte belegen wollen, diene zur Kenntnis, daß der Unterricht auch diesmal wieder im Verbandshaus der Bauwirtschaftlichen, Große Hamburger Straße 18/19, stattfindet. Schriftliche Einladungen werden nicht versandt, da als Legitimation die Karte vom letzten Kurse gültig ist.

Das Lied der Entertän.

Dieser Tage war's. Ein grimmig kalter Wind piff durch die Straßen und hastig eilten die Menschen mit aufgeschlagenem Kragen vorüber, ihrem warmen Heim zu. In einer Ecke stand ein in

kräftigsten Mannesalter stehender Mann. Die Hände in den Taschen vergraben starrte er vor sich nieder. — Arbeitslos! Vier Wochen vor Weihnachten gab man ihm Drah und Karte.

Vier Wochen lang ist er gelassen, nach Arbeit fragend, Arbeit suchend. Überall ein Achselzucken, überall ein starres Nein. „Alles befehlt.“ „Fragen Sie später wieder.“ „Wir müssen selbst Leute entlassen.“

Heute hat er es wieder versucht. Vorm Kontor hing ein Zettel mit der Aufschrift: „Geschlossen werden nicht eingestellt!“ Doch er geht trotzdem hinein in dem Gedanken: Vielleicht ist doch etwas; vielleicht hat man vergessen, den Zettel wegzunehmen. Wieder nichts! Grob angefahren wurde er; ob er blind sei oder nicht lesen könne. Stumm ist er gegangen. Er ist nicht blind und er kann sogar sehr gut lesen, aber Hunger hat er und es friert ihn doch so sehr Was nun? Während er vor sich hinstarrt, schwirren ihm allerlei Gedanken durch den Kopf. Seine Heimat, seine alte Mutter, für die er zu sorgen hat. Sie wird sich wundern, daß ihr Sohn nichts von sich hören läßt. Vielleicht hungert und friert auch sie? Langsam geht er weiter. Bald ist Mitternacht. Die paar ersparten Groschen sind zur Reize; kann er nicht zahlen, muß er ziehen. Wohin? Ohne Arbeit, ohne Geld, ohne Obdach bleibt ihm nur die Landstraße. Ihm schaudert. Er kennt die Balze. Lange genug hat er als Handverleiher die Welt durchgezogen. Seine Krankheit erinnert ihn oft genug daran. Nein, niemals wieder so ein Hundeleben. Blyssch, er weiß nicht wie, sieht er mitten unter ausgestoßenen, unter Heimgesessenen. Vor einer Volksspeisehalle ist es. Er hat den ganzen Tag noch nichts genossen und tritt ein. Hunderte von Arbeitslosen jeden Alters, vom bartlosen Jüngling bis zum weißhaarigen Greis, sitzen an langen Tischen und verzehren schweigend eine Suppe oder ein Gemüße. Leute, die noch ein paar Pfennige besitzen, kommen hierher, um sich etwas aufzuwärmen. Aber allzulange dürfen sie sich nicht aufhalten, denn der Herr Inspektor geht auf und ab und wacht sorgsam, daß ja keiner länger im Lokal bleibt, als unbedingt zum Verzehren der bezahlten Speisen und Getränke notwendig ist. Einige hat er schon aufgefordert, hinauszuweichen, und als ihm das zu lange dauert, ruft er den Hausknecht, damit dieser die Fenster aufreißt, angebläht, damit frische Luft hereinkommt. Er, wie schauern sie da zusammen, jene Unglücklichen, die da glauben, für ihre paar Pfennige könnten sie ihre Suppe im gewärmten Zimmer verzehren. Ein älterer Mann ruft erregt: „Da kann man ja seinen Kaffee auf dem Tempelhofer Felde trinken.“ Sofort winkt der Herr Inspektor seinen allzeit gereuen und hilfsbereiten Hausknecht, welchen das tägliche Elend bereits so abgestumpft hat, daß ihn nichts mehr rührt, und dieser nimmt dem Manne Kaffee und Stulle weg, gibt ihm die 10 Pfennige wieder mit den Worten: „Nun aber ichleunigst raus.“ Draußen vor der Tür dreht sich der Alte um und schreit: „Wenn ich Dich kriege, Du Lump!“

Es ist der Waisknecht eines Verjagten, eines Verstoßenen. Auch unser Arbeitsloser, angeekelt von diesem Treiben, daß und Jörn im Herzen, verläßt das Lokal, sich gelobend, diese sogenannte göttliche Weltordnung so lange zu bekämpfen, bis eine neue, eine menschlichere an ihre Stelle tritt.

„Die freisinnigen Stadtväter und die Arbeitslosenzählung.“ Unter dieser Überschrift lesen wir in der Wochenschrift „Das Blaubuch“, dem Organ der Demokratischen Vereinigung, folgende verständigen Auslassungen:

„Vom Hausgartenerkreissinn der „Alten Linken“ erwartet niemand große sozialpolitische Heldentaten — die einst von Theodor Barth begründete „Neue Linke“ hat soziales Verantwortungsempfinden zu zeigen, sie hätte hier auf seit den Wahrheitssuchenden stehen müssen.“

Ihr Wortführer, Herr Karl Goldschmidt, hat vor der ersten Zählung selbst für das Hauslinsenystem gestimmt, und nur auf die Zusicherung, daß man ja das System beim zweiten Male ändern könne, haben einige Stadtverordnete damals dem Versuch mit dem Meldehystem zugestimmt. Jetzt bei der zweiten Zählung war Herr Goldschmidt unbedingt für eine Wiederholung des Versuches, obwohl dieser mißglückt war, weil wir uns im „Stadium des Vergleichs befinden“. Wegen der leichten Gruppierung und Vermeidung scharfer Kontraste muß die Wahrheit unerforscht bleiben, einer verpfuschten Zählung eine zweite folgen!

Es ist nicht zu verlangen, daß die Vertreter einer gefättigten Bourgeoisie sich in der Pöde eines Arbeitslosen, der mit zahlreicher Familie oder ohne Obdach der Kälte und dem Hunger ausgeht, ist, hineinreden können. Sie können die Empfindungen nicht teilen, mit denen der Arbeitslose die Zumutung aufnehmen wird, als Versuchsanstehen für „statistische Vergleiche“ das amtlich festgesetzte Lokal aufzusuchen, ohne bestimmte Hoffnung auf wirkliche Hilfe. Sie machen ja Statistik um der Statistik willen!

Es hat sehr weit links stehende Leute gegeben, die Herrn Goldschmidts Auscheiden aus dem Landtag nicht ohne Bedauern gesehen haben, weil sie ihn mit Rücksicht auf seine Tätigkeit beim Vergeseh und anderen Gelegenheiten für eine Notwendigkeit im Dreiklassenparlament hielten. Herr Goldschmidt scheint den Trost der Betrübten für der Christenpflichten oberste zu halten.

Was will es diesem Verhalten eines Arbeiterführers gegenüber besagen, wenn Herr Nettig es für eine „Beleidigung der anständigen Arbeitslosen“ erklärte, daß sie die Legitimierung im Pähllokal scheuten. Es gibt eben Leute, für die der „anständige Arbeitslose“ erst beim Rentier beginnt.

Aus dem Herzen der Wahrheit sprach Herr Nettig, als er die von den Gewerkschaften in dankenswerter Weise angebotenen 24 000 Pähler ablehnte, aus Furcht, daß sie den „Vorwärts“ verbreiten könnten. Aus dem gleichen Empfinden läßt Herr Delbrück lieber Hunderte von Vergararbeitern zerstückeln und verbrennen, ehe er die unabhängigen Urdenkontrollen bewilligt.

Warum soll Herr Nettig mehr Objektivität besitzen als der preussische Minister gegen Sozialpolitik.

Das rote Tuch wirkt gleichmäßig auf alle gehörnten Modestegfriede.

Die Arbeitslosen, die man anscheinend nicht finden will, werden den Weg zu denen finden, die bereit sind, zu ihnen zu kommen, um sie zu zählen und die ihnen auch helfen — den Gewerkschaften.

Selbst der Berliner Kommunalfreisinn arbeitet zuweilen für den Fortschritt.

Das sind Ausführungen eines Nichtsozialdemokraten, die sich der Kommunalfreisinn hinter die Ohren schreiben sollte.

Arbeitslosenfürsorge des Berliner Magistrats.

Mit großem Tamtam wurde die Arbeitslosenfürsorge des Magistrats in der ersten Stadtväterordnungsung dieses Jahres gefeiert. 50 000 M. wurden bewilligt, damit die Obdach- und Arbeitslosenhilfe in Verbindung mit der Nieselfelderverwaltung ganze 85 Mann beim Steinelsloffen, bei Meliorationen, bei Anlage von Fischteichen und dergleichen beschäftigen kann. Jetzt kommt von den nördlichen Nieselfeldern die Anlage, daß dort 60 Drainagearbeiter entlassen worden sind wegen Mangels an Arbeit.

Wäre es denn nicht richtiger, daß man diese Arbeiter zur Herrichtung von Wasserleitungen usw. verwendet hätte; Arbeiter, die diese Arbeit gewöhnt sind, ihr Handwerkzeug haben, anstatt ungeübte Arbeiter von Berlin hinauszufenden? Was ist das für eine Arbeitslosenfürsorge, die an einer Stelle Arbeitslose einstellt und an der anderen Arbeitende auf Pfahler wirft? Wie die Dinge auch liegen, von einer besonderen Umsicht der in Frage kommenden Verwaltungen kann keine Rede sein, sonst hätte dieses Verfahren vermieden werden müssen. Am nächsten Sonntag

wollen die entlassenen Arbeiter eine Protestversammlung abhalten.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hat in ihrer Sitzung am 13. d. M. beschlossen, dem Oberpräsidenten eine anderweitige Festsetzung des durchschnittlichen Tageslohns in Vorschlag zu bringen, und zwar a) für männliche über 16 Jahre alte erwachsene Arbeiter ausschließlich der Lehrlinge 3,60 M.; b) für weibliche über 16 Jahre alte Arbeiter 2,40 M.; c) für jugendliche Arbeiter männlichen Geschlechts unter 16 Jahren 1,80 M.; d) für jugendliche unter 16 Jahren stehende weibliche Arbeiter 1,60 M. Die letzte Festsetzung hat im Jahre 1902 stattgefunden. Die Beschlüsse der Deputation beruhen auf Vorschlägen, die vom Statistischen Amt, den Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Gewerbegerichts, sowie dem Gewerbekommissariat beim Polizeipräsidium gemacht wurden. Die niedrigsten Ziffern hatte merkwürdigerweise das Statistische Amt eingereicht, es sind jedoch durchweg die des Gewerbekommissariats akzeptiert worden. Ferner lag der Entwurf zu einem Fragebogen vor, wie solcher bei der Enquete wegen Erweiterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ausgegeben werden soll. Nach den Vorschlägen der Subkommission, denen die Deputation zustimmt, werden folgende Fragen gestellt werden: 1. Name der Firma. 2. Geschäftsort. 3. Branche. 4. Beschäftigte Sie Angestellte und wieviel? 5. Halten Sie Ihr Geschäftssonntags geöffnet? 6. In welchen Stunden? 7. Wünschen Sie vollständige Sonntagsruhe für Ihr Geschäft? 8. Wünschen Sie eine Verlängerung der Geschäftszeit (Arbeitszeit) am Sonntage? Wenn ja, a) wie lange soll Ihr Geschäft geöffnet sein? b) In welchen Stunden? Außerdem erhält der Geschäftsinhaber ein Anschreiben, in welchem er darauf hingewiesen wird, daß er nur für sein Geschäft die Aufgaben machen darf, ferner daß er den Fragebogen in das beige-schriebene Kuvert legen und nach drei Tagen verschlossen und unterschrieben dem Steuerheber wieder zu übergeben hat. In dem Anschreiben wird die Geheimhaltung der Entscheidung garantiert.

Der Metallbearbeiter von Döring, Stalitzer Straße 100, soll aufgegeben werden, nur auf je einen Gesellen zwei Lehrlinge zu beschäftigen. Heute kommen auf zwei Gesellen 35 Lehrlinge. Dem Vorstand der Maschinenbau- und Metallindustrie wird der Antrag genehmigt, die Zustimmung des Gesellenausschusses zu ergänzen zur Kündigung des Vertrages bezüglich des paritätischen Arbeitsnachweises. Für die Schweißindustrie soll der Nachweis in Zukunft nur von 10—12 und von 7—9 Uhr abends geöffnet sein. Sonntags darf keine Arbeit vermittelt werden. Diejenigen Gesellen, welche die ihnen angebotene Arbeit nicht annehmen, kommen wieder an die letzte Stelle der Bewerberliste.

Freie Bebeamtenwahl. Bisher konnten die Personen, für die die Armendirektion die Kosten der Entbindung zu zahlen hatte, nur die von dem Magistrat in dem betreffenden Bezirk bestimmte Bebeamte in Anspruch nehmen. Dies ist nun geändert worden. Vom 1. April d. J. ab können auch andere Bebeamte hinzugezogen werden, d. h. jede Bebeamte kann dann gegen die von der Armendirektion festgesetzten üblichen Gebühren bei Entbindungen gerufen werden. Die Armen können sich also schon vor ihrer schweren Stunde mit irgendeiner Bebeamten, die ihr Vertrauen besitzt, in Verbindung setzen, doch kommt der Magistrat vom 1. April d. J. nur in Höhe der üblichen Gebühren für die Kosten der Entbindung auf.

Die Ferien der Berliner Gemeindeschulen sind vom Provinzial-Schulkollegium wie folgt festgesetzt worden: Das laufende Schuljahr ist am 31. März d. J. zu schließen und der 1. April d. J. Schulfrei zu lassen. Das neue Schuljahr wird begonnen am Freitag, den 2. April d. J. Die Osterferien beginnen: Mittwoch, den 7. April 1909. Der Schulanfang ist: Montag, den 19. April 1909. Die Pfingstferien beginnen: Freitag, den 28. Mai 1909. Der Schulanfang ist: Freitag, den 4. Juni. Die Sommerferien beginnen: Freitag, den 2. Juli 1909. Der Schulanfang ist: Dienstag, den 10. August 1909. Die Herbstferien: Schulschluß: Mittwoch, den 20. September 1909. Schulanfang: Donnerstag, den 7. Oktober 1909. Die Weihnachtsferien werden am Donnerstag, den 23. Dezember 1909 beginnen. Der Schulanfang ist auf: Dienstag, den 4. Januar 1910 festgesetzt.

Ueber die Wochenschrift „Wahrheit“ des antisemitischen Abgeordneten Braun und über die Sensationspresse im allgemeinen fällt der „Hamb. Cour.“ aus Anlaß des Falles Dajfel, über den unsere Leser unterrichtet sind, folgendes Urteil: „Es muß wieder einmal klar ausgesprochen werden, daß Blätter, wie die „Wahrheit“, die nur vom niedrigsten Personenstand leben, Pestbeulen am Körper des Journalismus sind, und daß es gar nicht wunderbar ist, wenn die dauernde Beschäftigung bei einem solchen Blatte schließlich zur verbrecherischen Ausnutzung der aufgeschaffelten (wirklichen oder vermeintlichen) Sensationsereignisse anregt. Nach dem Gesetz ist nur der ein Verbrecher, der seine Kenntnis von sensationellen Ereignissen anderer dazu ausnützt, von diesem Schweigegeld zu erpressen; moralisch aber steht der kaum höher, der sie in die Öffentlichkeit zerzt, um Geld damit zu verdienen. Von solchem Gelde sollte selbst die Deutsche Reformpartei nicht mehr sagen können: non olet.“

Stimmt!

Die Wertzuwachssteuer in Steglitz ist von der Gemeindevertretung abgelehnt worden. Auch in Steglitz steht das Terrain Spekulantentum in voller Blüte und nützt seine Macht in volstem Maße aus — zum Schaden der großen Masse der Bevölkerung.

Ein Rottschrei aus dem Osten. Ein Leser schreibt uns: „Vom Bahnhof Warschauer Straße nach der Medaler Straße führte früher auf der rechten Straßenseite ein schmaler, aber wenigstens gepflasterter Weg, der täglich von Tausenden frequentiert und erheblich häufiger benutzt wurde, als die andere breitere Straßenseite. Hinter einer Holzbarriere lag eine Böschung, die bis zur Einfriedigungsmauer der Eisenbahnwerkstätten reichte. Daß dieser schmale Weg für den starken Verkehr auf die Dauer nicht genügte, wurde endlich eingesehen und Anfang März vorigen Jahres begann die Verbreiterung des Weges durch Höherlegung der Böschung. Zu diesem Zweck wurden durch einen Jaun drei Viertel der Straße gesperrt und die Passanten mußten entweder die andere Straßenseite benutzen oder aber einen kleinen von der Mittelpromenade freigelassenen Pfad. Abgesehen von der Unbequemlichkeit, die der wenn auch keine Umweg verursachte, war der Weg fast immer durch die Erdarbeiten schmutzig und schwer passierbar. Trotzdem trösteten wir „Ostberliner“ uns in dem Bewußtsein, wenn die Sache fertig ist, haben wir wenigstens einen schönen, breiten Zugang zum Bahnhof! Ja, auch! Seit September ist der Jaun gefallen, der Weg ist verbreitert, aber bis heute, nach vier Monaten, ist die rechte Seite noch nicht gepflastert.“

Bei Regenwetter oder Schnee ist die rechte Seite derartig durchweicht, dreht sich mit Pfählen bedeckt, daß sie nicht zu passieren ist, und da auch die Mittelpromenade mangels Kies-schüttung eine gleichartige Verfassung aufweist, bleibt nur der Umweg über die rechte Seite, ganz wie früher.

Wir östlichen Berliner, die wir wirklich nicht verwöhnt sind, fragen in unserer angeborenen Bescheidenheit, wann wird uns das Heil erblähen und auch der Bürgersteig gepflastert werden? Vielleicht erleben die Enkel, was die Großväter erhofft.

Ob man aber die Bewohner von Berlin W. auch so rücksichtslos behandeln würde?

Kontrolle der Berliner Kuhmilch durch das Städtische Nahrungsmittel-Untersuchungsamt.

Aus ärztlichen Kreisen wird uns geschrieben: „Mit dem 1. Januar d. J. ist in Berlin eine Einrichtung von großer hygienischer Bedeutung ins Leben getreten. Das Städtische Nahrungsmittel-Untersuchungsamt hat die regelmäßige Kontrolle der Milch aus denjenigen Kuhställen übernommen, deren Besitzer

im vorigen Jahre zu einer „freiwilligen Stall- und Milchkontrolle“ zusammengetreten sind. Diese Kuhställe werden außerdem von eigens angestellten Tierärzten in regelmäßigen Zwischenräumen zur Untersuchung der Kühe und des Futters sowie zur Ueberwachung der einwandfreien Milchgewinnung besucht, so daß diese städtisch kontrollierte Kuhmilch als einwandfrei bezeichnet werden kann.“

Der größte Wert dieser neuen Einrichtung besteht aber darin, daß der Preis dieser Milch nicht höher als derjenige der gewöhnlichen Milch oder der Volleschen Milch ist, er beträgt ab Stall 22 Pf., in die Wohnung gebracht 25 Pf. pro Liter. Die städtische Milchkontrolle erhebt sich nicht nur auf die Bestimmung des spezifischen Gewichtes und des Fettgehalts, sondern auch auf den Salzgehalt der Milch. Wenn erforderlich, werden auch bakteriologische Milchuntersuchungen vorgenommen. Man braucht also jetzt nicht immer gleich 40 bis 70 Pf. auszugeben, um „Vorzugs-milch“ zu kaufen. Befanlich läßt auch diese teure, sogenannte „Kuhmilch“ oft noch sehr viel zu wünschen übrig.

Diese städtische Kuhstallkontrolle ist im Interesse der energischen Bekämpfung der noch immer sehr hohen Säuglingssterblichkeit ebenso zu begrüßen, wie im Interesse der Bekämpfung der Tuberkulose.

Die Bedeutung dieser neuen Einrichtung wird auch von der Sanitätspolizei vollumfänglich gewürdigt, indem sie denjenigen Kuhstallbesitzern, welche sich — auf ihre eigenen Kosten — der Kontrolle ihrer Milch durch das Städtische Untersuchungsamt unterwerfen, gestattet hat, ein besonderes Erkennungsschild zu führen. Auf demselben ist zu lesen:

Rosterei.

Kühe unter ärztlicher Kontrolle. Milch wird untersucht vom Städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamt.

Um für Krankenkassen, Fürsorgestellen, Wohltätigkeitsvereine usw. größere Milchmengen liefern zu können, sind in den verschiedenen Stadtteilen Milchsammlstellen eingerichtet worden.“

Die „Berliner Hausfrau“, das sogenannte Familienblatt, hatte am Donnerstagnachmittag in den Industrie-Geschäften einen großen Kaffeekaffee veranstaltet, um neue Abonnentinnen einzulangen. Die ihr Vormund, die immer schlechter werdende farblose „Deutsche Partei“, berichtet, waren Hunderte von Leserinnen, die nichts weiter zu tun haben, zusammengeschrumpft, um einen Vortrag über Bedeutung und Nutzen der Reformkaffee zu hören, wozu Berliner Konfektionsfirmen die nötigen Kaffeekaffee in Parade gestellt hatten. Für ein Familienblatt ein recht artiger Trick! Wir vermischen in dem Bericht, ob auch die Tugend von Wahrsage-schwindlerinnen eingeladen waren, denen die „Berliner Hausfrau“ seit langer Zeit ihre Insertionspalten zur Verfügung stellt, um die Abonnentinnen zu überzeugen, wie gering sie die Kultur ihrer Leserinnen einschätzt.

Einen neuen Beitrag zu der Unkenntnis und schändlichen Auslegung des Vereinsgesetzes seitens der amtlichen Organe lieferte die am Freitag durch die demokratische Vereinigung veranstaltete öffentliche Versammlung im Restaurant „Zum alten Plauer“ in Mariendorf, in der Herr Dr. Dreißig über das Thema: „Die Not des Reiches und des Volkes“ sprach. Die Versammlung, die als öffentliche angemeldet war, wurde von zwei Gendarmen überwacht. Als nach der Diskussion, an der sich auch Parteigenossen beteiligten, der Referent zum Schlußwort kam, war die Zeit schon so weit vorgeschritten, daß Dr. Dreißig mit seinen Ausführungen um 12 Uhr nicht gut zu Ende sein konnte. Es lag ja auch kein Grund vor, diesen Zeitpunkt nicht zu überschreiten — so glaubte wenigstens die Versammlung. Ganz anders dachte die Polizeigewalt. Kurz vor 12 Uhr machte der Gendarm durch Zeichen darauf aufmerksam, daß nun Schluß gemacht werden müsse. Die Versammlungsleitung suchte ihm verständlich zu machen, daß es hier keine Polizeistunde gibt. Als dann Dr. Dreißig dem Ueberwachenden gegenüber betonte, er gebe wohl dem Vereinsgesetz eine falsche Auslegung, erhob sich dieser und erklärte die Versammlung für aufgehoben.

Töblich verunglückt ist am Sonnabendnachmittag um 3 Uhr ein Fräulein Krends in der Königsgräber Straße 2, Ecke Lennestraße, durch einen Sturz in einen Fahrstuhl. Bevor Feuerwehr und Arzt zur Stelle waren, trat der Tod ein.

Großfeuer in einer Leberfabrik. Von einem großen Schadenfeuer wurde gestern früh die Maccederfabrik von Günther Schneider in der Prinzenallee 59 heimgesucht. Die Firma hat im Seitenflügel des genannten Hauses ausgebaute Lagerräume, in denen große Rollen Maccedelle für Handschuhleder aufgestapelt waren. Der Brand entstand im ersten Stock und wurde erst bemerkt, als gegen 47 Uhr früh plötzlich helle Flammen aus den Fenstern schlugen. Wenige Minuten später brannte der ganze Lagerraum mit seinen Vorräten. Die herbeigerufene Feuerwehr griff daher sofort mit mehreren Schlauchleitungen ein. Das Hauptaugenmerk richtete Brandinspektor Julius, der die Ablösungsarbeiten leitete, darauf, ein Leberbringen des Feuers auf andere Fabrikbetriebe zu verhindern. Durch unausgesehtes Wassergerben gelang es denn auch, das Feuer auf den Lagerraum zu beschränken, der allerdings ausbrannte. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Brand durch Kurzschluß entstanden.

Anfragen wegen Erweiterung der Sonntagsruhe. In der nächsten Woche gehen den Interessenten in Berlin — 42 000 Geschäftsinhabern aller Branchen — vom Magistrat Fragebogen zu. Diese sollen dazu dienen, festzustellen, ob die Berliner für oder gegen eine Erweiterung der Sonntagsruhe im Kleinhandel sind. Die befragten Geschäftsinhaber werden um präzise Angaben über Branche, Umfang und Betrieb des Geschäfts ersucht und um genaue Aufzeichnungen darüber, wie sie die Ausdehnung der Sonntagsruhe geregelt wünschen, oder ob sie die jegliche Sonntagsruhe beibehalten möchten. Öffentlich wird auch die Meinung der Angehörten bei der Regelung dieser Frage berücksichtigt.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Montagabend 9 Uhr: 2. Abteilung Brunnenstr. 154. Vortrag des Herrn Dr. Loewy über „Das Ver-schanden von Fremdkörpern“. 5. Abteilung in Rixdorf bei Thiel, Vergr. 151/152. Vortrag des Herrn Dr. Gebel über „Der Bau und die Funktionen des Auges und dessen Verletzungen“. Praktische Übungen. Donnerstag: Vortrag in der 3. und 4. Abteilung.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Der Urheber des Rixdorfer Wahlrechtsantrages, Herr Rahmig ist Vorsitzender des Rixdorfer Haus- und Grundbesitzervereins. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung dieses Vereins hat er sein Verhalten in der Wahlrechtsfrage zu verteidigen gesucht und sich schließlich beschließen lassen, daß er recht gehandelt habe. Wir haben schon kürzlich berichtet, daß selbst zahlreiche Haus- und Grundbesitzer der Meinung sind, daß dieser Beschluß zu beurteilen sei, weil er die Stadt schwer schädige. Also nicht einmal alle Haus- und Grundbesitzer hat Herr Rahmig für sich.

Eine Erhöhung der Kirchensteuer tritt in Rixdorf am 1. April d. J. ein, indem der bisherige Steuerfuß von 12 Proz. eine Erhöhung auf 15½ Proz. erfährt. Die Erhöhung wird jedenfalls dazu beitragen, die Zahl derjenigen zu erhöhen, die die Klucht aus der Kirche ergreifen.

Wilmersdorf.

Zur Krankenhansmifere lesen wir in der „Wilmersdorfer Zeitung“ folgenden Beitrag: „Wie wir erfahren, hat der Magistrat beschlossen, das Material, das gegen die mangelhafte Vertragserfüllung des Kreis-

Zeltort in letzter Zeit verlor, besonders soweit es die Schwierigkeiten betrifft, die von den Krankenhäusern der beiden Städte Wilmersdorf bei Einlieferungen von Kranken aus dem Stadtbetriebe Wilmersdorf gemacht werden, zu sammeln und der Kreisverwaltung mit dem nachdrücklichen Ersuchen zur pünktlichen Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen zu übermitteln. — Inzwischen sind uns in Ergänzung der kürzlich von uns mitgeteilten Fälle neue Mitteilungen zugegangen, die die Verletzung der gegen die Krankenhäuser gerichteten Klagen vor bestätigen. So wird uns zuverlässig die unglaubliche Tatsache berichtet, daß das Kreis-Krankenhaus Groß-Lichterfelde des Nachts telephonisch überhört nicht zu erreichen ist! Wir meinen, daß dies denn doch ein Zustand ist, der die größten Gefahren in sich birgt und der Abhilfe dringend bedarf. Des weiteren wird uns mitgeteilt, daß am 11. d. M. ein Verunfallter, der von einem Wagen überfahren worden war und sich einen Schädelbruch und schwere Hüftverletzungen zugezogen hatte und in bedenklichem Zustande nach dem Groß-Lichterfelder Krankenhaus geschafft wurde, dort wegen Ueberfüllung (!) abgewiesen wurde. Der Verunfallte war zwar nicht Wilmersdorfer, aber der Unfall war doch in Wilmersdorf passiert. Erst nach längerem Hin und Her gelang es, die Aufnahme durchzusetzen. Der Verunfallte wurde auf Anordnung des Arztes auf eine Chaiselongue gebettet. — Das beharrliche Schweigen, in das sich die Krankenhäuserverwaltung gegenüber unseren kürzlich veröffentlichten Anklagen hüllt, darf man wohl für eine Verhöhnung derselben annehmen? Bemerkenswert sei, daß uns auch von anderer Seite noch Material über erfolgte Abweisungen in Aussicht gestellt worden ist.

Ein neuer Beweis, daß es mit dem Krankenhauswesen sehr im Argen liegt.

Lichtenberg.

Eine öffentliche Protestversammlung fand am Donnerstagabend im „Kronprinzengarten“, Frankfurter Chaussee, statt, einberufen von der Gewerkschaftskommission, dem Vorstande des sozialdemokratischen Wahlvereins und dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Der Stadtv. Prühl legte in seinem Referat die Aufgaben der Kommune zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar. Die Kommune, so führte er aus, ist gezwungen, dazu Stellung zu nehmen, wenn eine der fürstbarsten Erfindungen der kapitalistischen Produktionsweise, die Arbeitslosigkeit, massenhaft auftritt. Ein systematisches Vorgehen dagegen ist notwendig. Zuerst gilt es, die Zahl der Arbeitslosen festzustellen. Dies wurde von den Vertretern der Arbeiter in der Kommission sofort beantragt. Die Art, wie gezählt wurde, fand nicht die Billigung der Arbeitervertreter, weil dadurch kein genaues Resultat erzielt werden konnte. In Lichtenberg zählte man nur 908 Arbeitslose, obgleich die Zahl weit größer sein mußte. Nur 39 weibliche Arbeitslose ließen sich in Lichtenberg feststellen. Man hat ein Recht, die Wichtigkeit dieser Zahlen anzuzweifeln, und nun werden am 12., 13. und 14. Februar die Partei und die Gewerkschaften in Groß-Berlin eine eigene Zählung vornehmen, die ein zuverlässigeres Resultat ergeben wird. Die großen Gewerkschaften, wie die Metallarbeiter und die Holzarbeiter, erkennen den großen Umfang der Arbeitslosigkeit deutlich daran, wie ihre Unterstützungseinrichtungen in Anspruch genommen werden. Die Rat ist da und gerade jetzt im Winter doppelt fühlbar. Was tat die Kommune Lichtenberg dagegen? So gut wie nichts! Man macht glatte Worte und sucht Entschuldigungen. Man tröstet sich damit, daß die Armen nach Berlin gehen könnten, denn Lichtenberg sei die ärmste Gemeinde. Man versucht, sich der Pflichten gegenüber dem Problem der Arbeitslosigkeit zu entziehen. Der Redner besprach die einzelnen Forderungen der Arbeiter, die in der folgenden Resolution niedergelegt sind.

Die Resolution, die nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen wurde, lautet:

„Die am 14. Januar 1900 im „Kronprinzengarten“ tagende Versammlung von Lichtenberger Männern und Frauen stimmt den Ausführungen des Stadtverordneten Prühl über die Frage: „Was muß die Stadtverwaltung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tun?“ vollinhaltlich zu.“

Die Versammlung wendet sich aufs schärfste gegen die bisherige Untätigkeit der städtischen Behörden gegenüber den Folgen der Krise. Die am 17. November vorigen Jahres festgestellte Zahl von circa 1000 Arbeitslosen umschließt nach den bisherigen Feststellungen bei weitem nicht die ganze Summe der Arbeitslosen. Eine auf Grund des Haushaltsplans vorgenommene Zählung wurde vorgenommen und festgestellt, daß etwa 10 Prozent aller Erwerbstätigen in Lichtenberg arbeitslos sind.

Um so bedauerlicher ist es, daß die städtischen Behörden durch umfangreiche Entlassungen von Arbeitern in städtischen Betrieben die Zahl der Arbeitslosen vermehren. Die Versammelten fordern demgegenüber:

1. Sofortige Einstellung aller entlassenen städtischen Arbeiter.
2. Beschleunigung aller angefangenen Bauten sowie sofortige Inangriffnahme derjenigen Bauten, für die bereits Baukosten im Etat eingestellt sind.
3. Beschleunigte Ausführung derjenigen kleineren Umbauten und Reparaturen, die sich als sofort ausführbar erweisen.
4. Einrichtung von Wärmehallen mit Verabreichung von Speisen zum Selbstkostenpreise.
5. Beschleunigte Einrichtung von Schulspenden.
6. Verfüzung der Arbeitszeit in allen städtischen Betrieben auf höchstens acht Stunden bei strenger Vermeidung von Ueberstunden und Doppeldiensten.
7. Beihilfe an die Arbeiterorganisationen (Verbandsvereine), die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, im Verhältnis ihrer Leistung.
8. Möglichste Nachsicht in der Verfolgung der städtischen Steuern, soweit dadurch das Wahlrecht nicht gefährdet wird.

Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, die vorstehende Resolution dem Magistrat, Stadtverordnetenkollegium, der sozialen Kommission und der Deputation für die städtischen Werke zu überreichen.

Nach Erledigung der Tagesordnung trat eine alte 72jährige Frau vor die Versammlung und brachte eine bewegte Klage vor über eine Härte, die sie von der Ortskrankenkasse von Lichtenberg erfahren haben wollte. Genosse Kupper gab die Erklärung ab, daß die Angelegenheit untersucht werden sollte und daß man gern der alten Frau zu ihrem Rechte verhelfen würde, wenn ein Unrecht vorgekommen ist. Die Versammelten waren mit dieser Erklärung zufrieden.

Nieder-Schönhausen.

Gemeindebediener als Hauskollektanten! Einen interessanten Beitrag zur Förderung der kirchlichen Bestrebungen durch die Behörden liefert der hiesige Gemeindevorstand. In der Nr. 4 des hiesigen Lokalblattes, zugleich amtliche Publikationsorgan, erklärt der Bürgermeister unter der Rubrik „Amtliche Anzeigen“ eine „Bekanntmachung“, daß demnächst wie in den früheren Jahren, Sammlungen zur Zeichnung von Gaben für den Provinzialverband Brandenburg des evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins durch die „Gemeindebediener“ (!) vorgelegt werden würden!

Man mag zu diesem Kollektantenwesen, das man besser als Unwesen bezeichnen, stehen wie man will, das eine wird sich aber jeder Steuerzahler fragen: „Werden die von der Gemeinde besoldeten Gemeindebediener für den Dienst für die Gemeinde bezahlt, oder aber steht es im Belieben des Gemeindevorstandes, dieselben zu denartigen privaten Veranstaltungen zu verwenden?“

Sind denn die sicherheitspolizeilichen Zustände am Orte so glänzende, daß die Gemeindebediener als Aufsichtsorgane ganz nach Belieben ausgeschaltet werden können? Wie stellt sich denn die Gemeindevertretung hierzu? Ein Teil der bürgerlichen Wähler sind doch auch Geschäftsleute. Da sind wir doch begierig, ob die durchwegs bürgerlichen Gemeindevertreter gegen diesen indirekten Zwang, der so auf diese von „Amt wegen“ ausgeübt werden soll, Protest erheben werden.

Wir sehen als selbstverständlich voraus, daß die Herrschaften die arbeitende Bevölkerung mit dieser Vetelei verschonen, denn sonst dürfte es wohl den „Zwangskollektanten“ nicht erspart bleiben, von dem einen oder anderen etwas unentgeltlich über die augenblickliche Krise und unsere herrliche Gesellschaftsordnung eine vielleicht ungewollte Aufklärung zu bekommen!

Groß-Lichterfelde.

Beachtet die Lokalisten. Zum Maskenball des Gärtnervereins Gr.-Lichterfelde in Hennigs Festhallen wird verschiedentlich versucht, Willets unter der organisierten Arbeiterkraft abzufehen. Wir machen darauf aufmerksam, daß das genannte Lokal gesperrt ist und ersuchen, Willets zu allen Veranstaltungen in diesem Lokal zurückzuweisen.

Nikolassee.

Ein großes Licht auf die Zustände des hiesigen Feuerlöschwesens wirft ein Brand, über den uns folgendes berichtet wird: Am Montag wurden hier in der in der Nähe des Bahnhofs liegenden Gärtnerei der Heimstätten-Aktiengesellschaft einige Schuppen und Wirtschaftsgebäude eingestrichelt. Dabei soll noch nicht einmal etwas dagegen gesagt werden, daß die Feuerwehr erst verspätet ankam, daß weder der Ortspostbeamte, der sich mit seinem Notizbuch in der Nähe des Feuers postierte, noch die zuerst angekommenen Feuerwehrleute eine Abnung hatten, wo der nächste Hydrant sich befand, und daß die allgemeine Stoffslosigkeit in Verbindung mit dem geringen Wasserdruck bei einem größeren Brande die schlimmsten Folgen gehabt hätte. Aber verschiedene Beobachtungen zeigen wieder einmal, wie wenig sich größere Terraingesellschaften um Polizeivorschriften scheren. Nikolassee ist bekanntlich eine Ortschaft, von der man nicht weiß, wozu sie kommunalpolitisch gehört; die Heimstätten-Aktiengesellschaft, die vor einigen Jahren die Kolonie gründete, sorgt nun zwar für die reichen Villenbesitzer, aber sie hat u. a. noch nicht einmal eine Leichenhalle bauen können. Das Feuer, das am Montag in der hiesigen Gesellschaft gehörigen Gärtnerei ausbrach, zerstörte eine Anzahl von Holzschuppen, von denen einer als Glaserwerkstätte benutzt wurde, die anhängen zur Aufbewahrung von Werkzeugen, Brettern usw., aber auch von Benzin, Teer und Petroleum dienten. Die Schuppen lagen unter den Bäumen des dicht angrenzenden Hochwalds, von denen einige mit in Flammen aufgingen. Ist es nun schon ein großer Leichtsin, im Walde in einem hölzernen Schuppen eine Werkstätte einzurichten, so ist noch viel weniger zu verstehen, wie in denselben Schuppen leichtentzündliche Gegenstände untergebracht werden konnten. Die Fässer mit Benzin usw. wurden ja noch rechtzeitig herausgebracht. Aber das Feuer hätte nur ein paar Stunden später oder gar im Sommer auszubrechen brauchen, so wäre ein ungeheurer Waldbrand die Folge gewesen. Natürlich wird sich auch hierbei ein Sündenbock finden; man spricht von dem Glaserlehrling, der den Brand durch Unvorsichtigkeit verschuldet. Ob man aber auch die Heimstätten-Aktiengesellschaft zur Verantwortung ziehen wird, ist noch sehr die Frage.

Grünau.

Der hiesige Wahlverein hielt am Sonnabend, den 9. Januar, seine Generalversammlung ab. In den Vorstand wurden folgende Genossen neu gewählt: erster Vorsitzender Herr. Blum; zweiter Vorsitzender Ernst Wigner; Kassierer Karl Tontow; Schriftführer Paul Fritsche. Expediteur Franz Klein. Bezirksführer: Franz Müller, Kahner, Schneider, Krenzins, Prühl. Lokalkommission: Pietich, Ocker, Arnoldi. Revisoren: Arnoldi, Puls, Hoffmann, Grabowski. Außerdem wurde beschlossen, die Mitgliederversammlung auf den Jahrestag von Groß-Berlin zu verlegen. Aufgenommen wurden vier neue Mitglieder, darunter zwei Frauen.

Röpenitz.

Verhaftungen in der Raffenaubaffäre. Die in aller Stille fortgeführten Nachforschungen der Röpenitzer Polizei nach den Einbrechern, die kürzlich aus der Steuerbehörde II des Röpenitzer Rathauses sechshundert Mark raubten, sind von Erfolg gewesen. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft, Teilnahme und Anstiftung zu diesem und einer großen Anzahl anderer Diebstähle wurden in einem Quartier der dortigen Rosenstraße die 25 Jahre alte Witwe Emma B., deren „Bräutigam“, der Arbeiter L., und ein Mädchen namens S. verhaftet. Das Tergelt hat sich durch auffallende Gelbtauglichkeit verdächtig gemacht. Die Witwe hat bereits zugegeben, an dem einen von den Einbruchdiebstählen beteiligt gewesen zu sein; die beiden anderen leugnen beharrlich.

Adlershof.

Der hiesige Bildungsausschuss teilt mit, daß am Montag, den 18. Januar, der 2. Vortrag von Herrn Max Schütte gehalten wird. Das Thema für diesen Abend lautet: „Ferdinand Lassalle und der allgemeine deutsche Arbeiterverein“. Es folgen dann am 25. Januar: „Die Internationale“, am 1. Februar: „Die geeinigte Partei“, am 8. Februar: „Das Ausnahmegesetz“, am 15. Februar: „Der Sieg über das Ausnahmegesetz“ und am 22. Februar: „Das letzte Jahrzehnt“. Eine kleine Anzahl Hörerkarten sind nach dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Genossen Horst, Genossenschaftstraße 19, zu haben. Wie weisen ferner darauf hin, daß diejenigen Genossinnen und Genossen, welche verhindert sind, alle Vorträge zu besuchen, Eintrittskarten für den Besuch eines einzelnen Vortrages zum Preise von 10 Pf. am Eingang des Saales erhalten können. Da jeder Vortrag ein abgeschlossenes Ganzes für sich bildet, empfiehlt es sich, daß speziell die Genossen, die aus besonderen Gründen nicht alle Vorträge besuchen können, von dieser Einrichtung Gebrauch machen.

Die Vorträge finden im Lokal von Karl, Bismarckstr. 16, statt. Sie beginnen pünktlich um 9 Uhr und endigen um 10½ Uhr.

Nowawes-Neuendorf.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Auslösung eines Drittels der Gemeindeverordneten für die im März vorzunehmenden Ergänzungswahlen. Es wurden ausgelöst in der 1. Abteilung die Vertreter Wobach, Nathan und, unter allgemeiner Heiterkeit, der erst im Dezember v. J. gewählte frühere Neuendorfer Gemeindevorsteher Obert; in der 2. Abteilung die Herren Nielsen, Prühl und Dartsch, und in der 3. Abteilung die Genossen Grühl und Pesser. — Nach einer Rundbesprechung der königlichen Regierung wird die Bildung einer besonderen Wohlfahrtsdeputation, welcher die neuerdings an die Gemeinde herangetretenen Aufgaben auf dem Gebiete der Fürsorge für Säuglinge, sowie überhaupt die Förderung der kommunalen und sozialen Hygiene obliegen würde, in Anregung gebracht. Die Vertretung beschließt, die Befugnisse der Wohlfahrtsdeputation der Armendeputation zu übertragen und letzterer die Doppelbezeichnung: „Armen- und Wohlfahrtsdeputation“ zu geben. — Eine ausgedehnte, zum Teil sehr erregte Debatte entwickelte sich bei dem Punkte: Uebernahme der Heinestraße in eigene Regie. Diese Straße ist vor vier Jahren von dem Unternehmer Wich angelegt worden. Genosse Gomoll gab der Beschäftigung Ausdruck, daß die Straße, die sehr schlecht gepflastert ist, wahrscheinlich nach ein paar Jahren neu reguliert werden muß. Genosse Reumann erklärte, daß die Heinestraße nicht mit dem Material gepflastert worden ist, welches von der Gemeinde verwendet wird. Dem widerspricht in extremer Weise der Bürgermeister und betont, daß die Straße in Ordnung ist; man solle in der Vertretung nicht Behauptungen aufstellen, die der Wahrheit nicht entsprechen. Gegen diesen Vorwurf verwahrt sich Genosse Gomoll in energischer Weise, da der Vertretung nicht das Recht genommen werden könne, ihre Bedenken bezüglich des Zustandes der Straße zu äußern. Nach einigen weiteren Ausführungen, aus welchen hervorgeht, daß die Straße nach den Grundrissen reguliert ist, die vor 4 Jahren maßgebend waren, wogegen heute anderes Material verwendet wird, wurde die Uebernahme beschlossen. — Die Festsetzung des Baukostenplanes der kleinen Sandsholle wurde in der mit der königlichen Regierung vereinbarten Fassung genehmigt. Genosse Grühl führte hierbei aus, daß die kleine Sandsholle das Terrain ist, welches die Gemeinde von dem Forstfiskus

für eine spätere Erweiterung des Friedhofes in der Goethestraße erwerben wollte. Da aber der Fiskus den exorbitant hohen Preis von 2 M. pro Quadratmeter forderte, trotzdem das Grundstück erst in circa 30 Jahren gebraucht wird, unterließ der Ankauf. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß man auch in Preußen nach dreißig Jahren so weit sein werde, daß überall die Leichenverbrennung eingeführt sei, damit die Gemeinden nicht mehr mit den hohen Kosten für Friedhofsterrains belastet werden. — Von den Anliegern des schmalen Teiles der Friedrichstraße liegt ein Einspruch vor gegen die gleichmäßige Heranziehung mit den Anliegern des breiteren Teiles zu den Pflasterkosten der Straße. Die Vertretung erkennt die Beschwerde als berechtigt an und beauftragt den Gemeindevorstand, für beide Straßenteile besondere Kostenverteilungspläne aufzustellen. — Des weiteren gab der Bürgermeister einen vom Landrat übermittelten Bericht über eine im vorigen Jahre stattgefundene Revision der freiwilligen Feuerwehre durch einen Revisor vom Provinzial-Feuerwehrverband. Der Bericht bemängelt besonders das Alarmwesen und fordert die Anschaffung von 8 Sirenenleitern. Der Bürgermeister erklärt, daß sich die Feuerlöschkommission mit einer Neuorganisation des Alarmwesens beschäftigt. Für die Anschaffung der Leitern werden die Mittel im Betrage von 168 M. von der Vertretung bewilligt.

Bevorstehende Gemeindevahlen. Im März d. J. ist der hiesigen Arbeiterkassette Gelegenheit gegeben, sich wiederum an der Gemeindevahl zu beteiligen. In der letzten Gemeindevahlversammlung ist ein Drittel der Gemeindevorsteher ausgelöst worden und zwar aus der 1. und 2. Abteilung je 3 Gemeindevorsteher und in der 3. Abteilung 2 Gemeindevorsteher, die Genossen Karl Grühl und Paul Pesser. Die Parteigenossen werden aufgefordert, die Wählerliste einzusehen, die vom 15. bis zum 31. Januar im Rathause in der Priesterstraße, 1. Treppe, Zimmer 2, in den Dienststunden vormittags von 8 bis nachmittags 3 Uhr für jedermann öffentlich zur Einsicht ausliegt. Für diejenigen Genossen, welche keine Zeit haben, die Listen selbst einzusehen, haben sich die Genossen Karl Grühl, Priesterstr. 69, Karl Gomoll, Priesterstr. 29 und Ernst Köhler, Lindenstr. 36, bereit erklärt, die Einsicht zu nehmen. Die Genossen werden ersucht, an die Genannten ihre Adresse abzugeben.

Wer seines Wahlrechts nicht verlustig gehen will, der versäume nicht, die Wählerliste einzusehen. Wer nicht in der Wählerliste aufgeführt ist, der hat kein Wahlrecht.

Spandau.

„Die Frau in der Gegenwart“ ist das Thema, das Frau Lungwitz in einer am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 4½ Uhr, bei Köpenik, Bücheldorfer Str. 39, stattfindenden Versammlung behandeln wird. Nach der Versammlung findet ein gemütliches Beisammensein mit Tanz statt.

Weiter sei darauf aufmerksam gemacht, daß die letzte Generalversammlung des Wahlvereins den Genossen Max Scior, Gadower Straße 1, zum ersten Vorsitzenden und zum ersten Kassierer den Genossen E. Köppen, Jagowstr. 9, gewählt hat. Mitteilungen, die Geschäfte des Wahlvereins betreffend, sind an den ersten Genossen, Angelegenheiten, die Kasse betreffend, an den letzteren zu richten.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. In der am Freitag abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung, der ersten in diesem Jahre, gab der Vorsteher Woll den Geschäftsbericht über die Tätigkeit der Versammlung im Jahre 1900. Sodann wurde dem Stadtverordneten Wöhrle, welcher nunmehr seit 25 Jahren das Amt eines Stadtverordneten bekleidet, anlässlich seines Jubiläums eine Adresse überreicht. Der unbesoldete Stadtrat Wöhrle ist jetzt ebenfalls 25 Jahre in der städtischen Verwaltung tätig und zwar 18 Jahre als Stadtverordneter und 7 Jahre als Stadtrat. In der sich hieran anschließenden Neuwahl des Bureau wurde Woll, 1. Vorsteher; Paul, 2. Vorsteher; Köpfer, Beisitzer und Schmäser, Schriftführer, wiedergewählt. Zur Anschaffung eines Projektionsapparates für Schulzwecke für die höhere Mädchenschule wurden 700 M. bewilligt. Stadtv. Grell empfahl die Anschaffung dieses wichtigen Apparates für alle höheren Schulen und wir wollen an dieser Stelle seine Empfehlung auch für die Gemeindevorsteher nachholen, denn seine Wertbarkeit dürfte da nicht minder profitlich sein. Für ein am Rhein zu errichtendes Bismarck-Nationaldenkmal hatte man die Summe von 300 M. übrig. Den zur Rede gekommenen Professorenentwurf will man auch in Potsdam nachmachen. Doch begünstigt man sich mit Lehramtskandidaten in Französisch und zwar sollen die Oberrealschule und das Realgymnasium hiermit probeweise begünstigt werden. Die Summe, die hierfür vorläufig auszugeben werden soll, beträgt 1980 M. Das alte Realgymnasialgebäude soll in Zukunft einen Teil der gewerblichen Fortbildungsschule bilden, da dieselbe nicht genug Raum zur Unterbringung aller Klassen hat. Bereits jetzt sind einige derselben anderweitig untergebracht. Deshalb machen sich einige heulige Bemerkungen notwendig, welche die Summe von 3000 M. fordern. Bestrebt der Vertretung über das angekaufte Fortgelände zwischen den beiden Friedhöfen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Während der Magistrat vorschlägt, diesen Streifen Land so zu lassen, wie er momentan ist, vertritt die Mehrheit der Stadtverordneten die Ansicht, das Land in Geld umzusetzen und damit den Kirchhof zu vergrößern. Die Finanzkommission soll sich mit der Sache erst einmal befassen und dann Vorschläge machen.

Gerichts-Zeitung.

Heiratschwindel.

Die fast ungläubliche Leichtgläubigkeit und Naivität heiratslustiger Mädchen hatte der 24jährige Maschinist Wilhelm Rahefarth zu recht gewissenlosen Schwindeltrieben ausgebeutet. Aus der Strafanfall-Praxis wurde M. gestern dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg vorgeführt, welches unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Schenk gegen ihn wegen Betruges in 15 Fällen und Unterschlagung zu verhandeln hatte. — Der Angeklagte, welcher verheiratet ist, aber von seiner Frau getrennt lebt, ist bereits wegen Betruges und verurteilter Erpressung, begangen gegen ein heiratslustiges Mädchen, am 7½ Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er 3. J. verbüßt. Im August v. J. lernte M., der nur vom Heiratschwindel lebte, eine Verkäuferin O. kennen. Das nicht mehr ganz junge Mädchen war höchst beglückt und geschmeichelt, als sich ihr der Angeklagte als „Mittlergutsbesitzer Hennig“ vorstellte. Durch das sehr sichere Auftreten des Angeklagten, der einen sehr stattlichen Eindruck machte, wurde die O. derartig in Sicherheit gewiegt, daß sie alles tat, was ihr „nobler Bräutigam“ von ihr verlangte. Sie händigte ihm ihr Erbteil in Höhe von 400 M. aus und gab ihm auch sonst noch verschiedene Geldbeträge. Auf Verlangen des Schwindlers gab sie sogar ihre Stellung auf und fuhr mit ihm nach Köln, wo er ihr eine Filialleitung verschaffen wollte. Beide wohnten im Hotel als Mann und Frau, natürlich auf Kosten der Betrüder. Schließlich mußte sie unter allen möglichen Drohungen des Angeklagten an ihren Vater einen Brief schreiben und 200 M. verlangen. Als M. auch dieses Geld erhalten hatte, ließ er das Mädchen völlig mittellos in Köln sitzen und fuhr nach Berlin zurück. Hier betrieb er den Heiratschwindel im großen, wobei er sich abwechselnd als Postdirektor, Gutsbesitzersohn, Lokomotivführer, Monteur und Rittergutsbesitzer ausgab. Er bekam es fertig, zu gleicher sechs Bräute zu haben, wie er vor Gericht unter vernünftlichem Lächeln zugab. In den meisten Fällen nahm er den Mädchen nicht nur ihre familiären Erparnisse und Schmuckstücke ab, sondern er verleitete sie auch noch ihre Stellung aufzugeben, um mit den Leichtgläubigen besser in intimere Beziehungen treten zu können. — Vor Gericht bestrebt der Angeklagte, der anfänglich zum Teil gelangweilt hatte, auf die Ermahnungen des Vorsitzenden hin ein umfassendes Geständnis ab. — Staatsanwalt Dr. Rahe beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Jahren und sechs Monaten. Das Gericht nahm nur eine fortgesetzte Betrugshandlung an und erkannte auf nur zwei Jahre Gefängnis.

Der Wert der Kaufkraft eines Kriminalbeamten.

Kürzlich teilten wir mit, daß der Gastwirt Schieffer aus Rummelsburg vom Schöffengericht am 7. d. M. freigesprochen wurde, weil die Bekundung des Kriminalbeamten Lempke, es sei ein öffentliches ungenehmigtes Tanzergelände abgehalten, durch eine große Reihe von Zeugen widerlegt war.

Die Bilanz der Kunstweber-Genossenschaft in Scherbeck beschäftigt am Freitag das Reichsgericht. Im Wiedererhebungsverfahren ist am 22. Mai v. J. vom Landgerichte Flensburg der frühere Pastor Jacobson wegen Vergehens gegen § 147 des Genossenschaftsgesetzes zu 800 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Bilanzversicherung einer Genossenschaft.

Die Bilanz der Kunstweber-Genossenschaft in Scherbeck beschäftigt am Freitag das Reichsgericht. Im Wiedererhebungsverfahren ist am 22. Mai v. J. vom Landgerichte Flensburg der frühere Pastor Jacobson wegen Vergehens gegen § 147 des Genossenschaftsgesetzes zu 800 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Die Unzuverlässigkeit des Fingerabdrucksystems anerkannt.

Vor dem Oberkriegsgericht in Dresden gelangte am Freitag ein Fall, der auf die Unzuverlässigkeit des Fingerabdrucksystems ein wenig günstiges Licht warf, zur Verhandlung. Es handelte sich um Feststellung des Täters in einem Diebstahl, der in der Verkaufsstelle des 1. Bataillons des 2. Grenadierregiments Nr. 101 verübt wurde, und zwar durch Vergleich der Fingerabdrücke.

Sie an diese die Steine verkauften, und, nachdem diese von den Frauen verarbeitet waren, wieder zurückkauften. Selbst dem Vorstehenden war das zu bunt. Er meinte ironisch: Die Arbeiterfamilien kaufen doch keine Steine, um ihre Wohnungen damit auszukuppeln.

Es ist kaum anzunehmen, daß solche Freisprechungen oder so geringe Strafen die Unternehmung von der ungezüglichen Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft abhalten werden.

Der Wöchnerinnenschutz in dem Gesetzentwurf für Sozialversicherung in Österreich.

Der energischen und zielbewußten Propaganda der sozialdemokratischen Partei, besonders der sozialdemokratischen Frauen, ist es zu verdanken, daß sich die Regierung bei Ausarbeitung des neuen Krankenversicherungsgesetzes auch an die Wöchnerinnen erinnerte.

Sozialistische Frauenstimmrechtspropaganda in England.

Den englischen Frauenrechtlerinnen ist der Gedanke, daß ein allgemeines Wahlrecht auch ihre Dienstmädchen, Schwestern und Näherinnen als gleichberechtigte Bürgerinnen an die Hand führen würde, unerträglich.

Die Adult Suffrage Society hielt — wie „The Woman Worker“ berichtet — kürzlich ihre Jahresversammlung ab. Genossin Bondfield, die bisherige Präsidentin der Vereinigung, legte den Vorsitz nieder und an ihrer Stelle wurde Mrs. J. Macpherson gewählt.

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Mrs. Dot. Montag: Die Dultrom. Dienstag: Mrs. Dot. Mittwoch: Ugnés Bernauer. Donnerstag: Der Schlagsbaum. Freitag: Mrs. Dot. Sonnabend: Die Radenfeilerin. Sonntag: Mrs. Dot. Montag: Der Schlagsbaum.

Deutsches Theater. (Kammerspiele). Sonntag: Der Graf von Gleichen. Montag: Der Arzt am Scheidewege. Dienstag: Der Graf von Gleichen. Mittwoch: Joha Gabriel Borkman. Donnerstag: Der Arzt am Scheidewege. Freitag: La Gioconda. Sonnabend: La donna del Mare. Sonntag: Der Graf von Gleichen. Montag: La donna del Mare. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag bis Donnerstag: Israel. (Auf. 8 Uhr.) Freitag: Die fremde Frau. (Auf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die fremde Frau. (Auf. 8 Uhr.)

Aus der Frauenbewegung.

Wie die Arbeitgeber die Arbeiterschutzbestimmungen umgehen. In den Steinbrüchen in der Umgegend von Meissen werden vielfach, obgleich die Frauenarbeit in Steinbrüchen gesetzlich verboten ist, Frauen beschäftigt.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Das Rheingold. Montag: Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Sardanapal. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: La Traviata. Donnerstag: Siegfried. (Auf. 7 Uhr.) Freitag: Bajazet. Verheißung. Sonnabend: Carmen. Sonntag: Götterdämmerung. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Montag: Signon.

Witterungsvorbericht vom 16. Januar 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Witterungsvorbericht, Witterungsvorbericht, Witterungsvorbericht. Rows include Entenbe, Danzberg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetterprognose für Sonntag, den 17. Januar 1900.

Freitag: etwas wärmer, zunehmende Bewölkung mit Niederschlägen und lebhaften südwestlichen Winden; später wieder aufklarer.

Berliner Wetterbureau.

Aus Industrie und Handel.

Profitmacherei auf Staatskosten.

Kürzlich kam die Meldung von der Gründung eines großen Elektrizitätswerkes im ostpreussischen Hochmoor. Diese Gründung ist von großer Bedeutung, da sie die erste großindustrielle Ausbeutung der riesigen deutschen Moorflächen darstellt.

Diese riesigen Moorflächen konnten bis jetzt nur zum geringsten Teile unter Anwendung hoher Kosten der Landwirtschaft zugänglich gemacht werden, und zwar in der Weise, daß die Torfede durch Sandbedeckung und Zuführung künstlicher Düngemittel urbar gemacht wurde.

Seit Jahren werden dagegen im Zustande die Moorflächen anders ausgenutzt. Nach einem besonderen System wird der oberflächlich getrocknete Torf vergast; das gewonnene Koksgas dient zum Betriebe von Großgasmotoren, die auf diese Art eine elektrische Energie liefern, die jede Stromerzeugung gut ausfällt.

Der Bau eines Elektrizitätswerkes im Kurischer Wiedmoor, einem Teile des 25 000 Morgen großen Königsmoors, stellt den ersten Schritt Deutschlands auf dem Wege der Ausnutzung dieser günstigen Naturkräfte dar. Zuerst soll damit begonnen werden, einen größeren Teil der ostpreussischen Hochmoorflächen, die den dritten Teil des ganzen Regierungsbezirks Kurisch ausmachen, planmäßig zur Kultur zu bringen.

Es bedeutet die Gründung des Werkes nicht die schon so oft geforderte planvolle Kultur der riesigen Moorflächen durch die Regierung. Es sind die Siemens- u. Schuckert-Werke, die in der Zentrale sich nicht nur einen neuen Auftrieb, sondern auch für 75 Jahre vom Fiskus die ungestörte Ausbeutung derselben gesichert haben.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden die Moore schon wegen des Gehalts an Ammoniak und ihres hohen Wertes für die Landwirtschaft, neben der Wasserkraftverwertung, im kommenden halben Jahrhundert ausschlaggebende Energielieferanten werden. Da stellt es eine drastische Beleuchtung der wirtschaftlichen Weltlage dar, daß die auch hier wieder der privaten Großindustrie eine neue zukunftsreiche Industrie zur Ausbeutung überläßt, und das gleich auf dreiviertel Jahrhundert.

Registrierung. In modernen Wirtschaftsleben gehört heute, selbst für wenig umfangreiche Unternehmen, eine praktische Registrierung zum Werkzeug, das die halbe, oft noch einen viel größeren Anteil der Arbeit bedeutet. Der redaktionelle Zeitungsbetrieb erfordert umfassende Materialsammlung, die ohne entsprechende Registrierung auch wieder nur beschränkter Wert hat.

Ueberzeichnung. Die Subskription auf nom. 10 000 000 Mark 4proz. Teilschuldverschreibungen der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin ist wegen starker Ueberzeichnung sogleich nach Eröffnung geschlossen worden.

Amerikanische Eisenbahnen. Aus Ottawa wird gemeldet: Präsident Schaughnessy von der Canadian Pacific-Eisenbahn bezeichnet es als zutreffend, daß die Verhandlungen mit der Minneapolis St. Paul-Sault Ste. Marie-Eisenbahn wegen Ankaufs dieser Bahn bereits ziemlich weit vorgeschritten sind.

Die Leidtragenden. Aus London berichtet unterm 16. Januar B. T. O.: Da die schottischen Eisenbahnen vom 1. Februar d. J. an ein Liegegeld zu erheben beabsichtigen, so sind die schottischen Stahlfabrikbetreiber, um ihre Betriebe von diesem Tage an gegebenenfalls zu schließen, übergegangen, ihren Arbeitern mitzuteilen, daß ihre Arbeitsverträge mit diesem Tage endigen werden.

Folgen des neuen Patengesetzes. Reuters Bureau meldet: London, 16. Januar. Infolge des neuen Patengesetzes ist eine Kauffirma beauftragt worden, Pläne für die Errichtung großer Fabrikgelände in Flint zur Produktion von Patent-Kunstseide (Patent Lustre Silk) durch eine deutsche Firma zu errichten.

Vermischtes.

Ein neues Grubenunglück in Ungarn.

Wie eine Meldung aus Budapest besagt, erfolgte im Minsker Schacht, der österreich-ungarischen Staatsbahn-Gesellschaft gehörend, wo erst dieser Tage durch eine Grubenkatastrophe etwa 20 Personen, nach anderer Angabe über 60 Personen umgekommen sind, gestern nachmittag eine weitere Explosion. Bis gestern abend wurden 15 Leichen geborgen. Viele Schwere- und Leichtverwundete wurden am Tagelicht befördert.

Weiter wird aus Budapest gemeldet: Der Brand in der Kohlengrube Aita ist gelöscht. Im ganzen sind 55 Bergleute tot, die übrigen konnten gerettet werden. 15 in dem Bergwerk beschäftigte Kinder konnten sich durch einen 7 Kilometer langen Seitensollen retten.

Eine folgenschwere Explosion. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, fand aus bisher unaufgeklärter Ursache in einer dortigen Mine eine Explosion von Sprenggelatine statt. Sechs Farbige wurden getötet, neun Weiße und fünfzehn Farbige verwundet.

18 Personen getötet. Nach einer Meldung aus Denver (Colorado) wurden bei einem Zusammenstoß eines Eisenbahnzuges der Denver- und Rio-Grande-Eisenbahn mit einem anderen Zuge, der gestern abend bei Glaswood Springs erfolgte, 18 Personen getötet und 30 verletzt.

Vermisste Touristen. Nach einer Meldung aus Innsbruck werden drei Touristen aus Feldkirch, die eine Skitour nach der Lindauerhütte unternommen haben, vermisst. Eine vorgetrieben zur Suche abgegangene Rettungsexpedition ist unter einer Lawine geraten. Zwei Teilnehmer wurden vermisst; einer wurde gestern lebend geborgen, während der andere tot ist.

Even Hedin, der bekannte Forscher Afens ist, wie eine neue Meldung aus Stockholm besagt, gestern dort eingetroffen.

Künstlicher Marktbericht der südlichen Marktbaßen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbaßen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich reger, Preise wenig verändert.

Beste Bettenfällung und die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt dänischen Monopoldaunen. Gustav Lustig Berlin S. 390 Prinzenstr. 48

Rheumatismus. Gibt, Gliederkrämpfe, Nervenschmerzen, Müdigkeit, Geschwulst etc. sind oft unzerträglich, daher gebraucht man sofort Reichel's „Electricum“

Wacholder-Extrakt „Medico“. Stärkt 75 Pf., Ml. 1,50 und Ml. 2,50 in den Drogerien und Apotheken erhältlich und zu beziehen durch Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Die preussische Polenpolitik in ihren Ursachen und Wirkungen. Von Herrn. Wendel. Preis 60 Pf. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 99 (Linden).

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf., Stellengesuche und Schlachtstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. 5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Cauerbetten, nur Handliche Umbredstrasse achtunddreißig. 15974* Zandbett, zwei Deuben, zwei Kissen, weichen 18,00, große Laten 1,00, Damastbette, 15984* Bauenbeder, Unterbett zwei Kissen 20,00, Handliche Umbredstrasse achtunddreißig, Annoncen-vorgelegte vergütete Abgabe. 15992* Teppiche: (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Selma, Gasse der Markt 4, Bahnhofsstraße. 264/11* Ringfreie Seilsets, 100 0,85, 100 0,90 Mark. Seile, Donsaufstraße 108.

Wenn Sie einen bekömmlichen, wohlschmeckenden und dabei doch billigen Kaffee trinken wollen, dann nehmen Sie halb Bohnenkaffee, halb Kathrein's Malzkaffee. Kathrein's Malzkaffee ist schon in Paketen für 10 Pfennig zu haben.

Höchste Leistung! „Eppstania-Zigarren“ tadellos hell, mit Ring 10 Stück 50 Pf. „Talmon“ garantiert Handarbeit, beste 3 Fig.-Zigarette. General-Agentur: Dagobert Rund Berlin N. 24, Gr. Hamburger Straße 1. Zu haben in den Zigarrenhandlungen.

Ich kaufe sozialdemokratische Zeitschriften wie „Vorwärts“, „Sozialdemokrat“, „Neue Zeit“, auch ältere Bücher jeder Art Buchhandlung Streisand Augsburg, Augsburgstr. 40.

Verlangen Sie „Vorwärts“ Vorzügliche Qualitäts-Zigarette aus besten türkischen Tabaken. Nur Handarbeit. Ueberall erhältlich.

Mühlhauser Kautabak von Hugo Karl Hagenbruch, Mühlhausen (Thüringen). Vertreter: August Kleinert, Berlin SW, Großbeerenstraße 39. Amt 6, 10 560.

W. Hermann Müller, Berlin, Magazinstr. 14. Sumatra-Decke Nr. 6195 a 1,70 Ml. verzollt. Java-Sumatra Nr. 6195 a 2,50 Ml. verzollt. Vollblätter mit guten Farben und schönem Brand.

Heinrich Franck Berlin, Brunnenstr. 185. Sumatra-Decke Nr. 1401 Vollblatt ganz hell, 2te Länge unter 1 1/2, Pfd. zock., flatter schneeweiß Brand nur 2.90 verz. Geschäftsabschluss 7 Uhr.

Billige Rohtabake. Max Jacoby, Streitzerstr. 52

Achtung!! Java erste Länge Vollblatt leicht und flott brennend pr. Pfund M. 1,60. Hamburger Rohtabak-Haus Hengsöb & Hank, Filiale: BERLIN N., Brunnenstr. 190.

Kassenbäder jeder Art Augusta-Bad, Köpenickerstr. 60. Tabakpfeifen (Weiche), Zog- und Jagdpfeifen, Weeridaun-Zigarren und Zigarettenpfeifen. Karl Schubert, Köpenickerstr. 6.

Kleine Anzeigen

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Kleidungsstücke, Uhren, Schmuckgegenstände, Porzellan, Wandteppiche, Korbwaren, Möbel, etc. etc.

In den billigsten Tagespreisen verkaufe ich von heute ab: Hund, Schmeißler, Hammeleier, sowie künstliche Geflügel, ausgeglichene Wäb, Kartowig u. Co., Mühlstr. 81. 139*

1000 Teppiche, darunter große Sofen einzelner Muster, welche bis zur Hälfte des regulären Vorkaufpreises herabgesetzt sind. Verkauf nur nachmittags 2-7 Uhr in einem besonderen Lagerraum des Teppichfabrikanten Schneider, Hauptstraße 5/6, Hof links I. 1427*

Winterpaletots, Monatsanzüge wenig getragene, von 5 Mk. an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Belegungsreihe, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hagenzell, nur Rosenfelderstraße 10. 267/14*

100 Wohnzimmer-Teppiche, beleuchtet gezeichnet, wenig benutzte Prachtteppiche, Inventar-Ausverkaufspreis: 5,75, 7,50, 10,50 bis 27,00. Richard Wolfs Teppichlager, Dresdenerstraße 8. Abmontieren Kasten und Holzregal-bergung. 16008*

